Mittwoch, 2. März 1983 - D **
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr. Dänemark 7,50 dkr. Frankreich 6,00 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 36 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 51 - 9.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 : 10 11
Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mutmaßliche Terroristin Dutzi verhaftet

DW. Bonn

Die mutmaßliche Terroristin Gisela Dutzi ist gestern in Darmstadt festgenommen worden. Bereits am 24. August 1981 hatte der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Haftbefehl gegen sie erlassen. Sie steht im Verdacht, Mitglied der terroristischen Rote Armee Fraktion und gemeinsam mit Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar am Anschlag auf US-General Kroesen in Heidelberg beteiligt gewesen zu sein. Sie soll eine konspirative RAF-Wohnung in Heidelberg-Rohrbach als „Andrea Heim" gemietet haben. Die heute 30jährige hat in dieser Wohnung Spuren hinterlassen, unter anderem Fingerabdrücke auf Lageplänen des US-Stützpunktes „Hammond-Barracks". Gisela Dutzi war früher in dieser Kaserne beschäftigt. Die Festgenommene gehört zu den Gesichtern, die Anfang des Jahres neu auf den Fahndungsplakaten erschienen. Neben Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier, Henning Beer und Helmut Pohl gehört sie zu denjenigen, die mutmaßlich teilweise die Lücken in der RAF geschlossen haben, die durch die Fahndungserfolge gerissen wurden.

ZITAT DES TAGES

„Ich bin sicher, daß die Amerikaner in Genf niemals ein Abkommen annehmen werden, das das geringste Risiko für uns beinhaltet."

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Interview mit der französischen sozialistischen Tageszeitung „Le Matin"
FOTO: LOTHAR KUCHARTZ

General zurückgetreten

DW. Tel Aviv

Der Chef der militärischen Abwehr Israels, General Yehoshua Saguy, ist gestern nach Angaben eines Armeesprechers von seinem Amt zurückgetreten. General Saguy folgt mit seinem Schritt der Empfehlung des Kahan-Ausschusses, der die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Schatilla untersucht hatte und dabei eine indirekte Verantwortung hoher israelischer Politiker und Militärs festgestellt hatte.

Kritik an Wehner

Co. Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel (CDU), hat die Forderung des scheidenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner nach Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft scharf zurückgewiesen. Der Verzicht auf eine deutsche Staatsangehörigkeit verstoße gegen das Grundgesetz und gebe entscheidende Positionen deutschen Selbstverständnisses unwiderruflich auf. Damit falle Wehner all denen in den Rücken, die sich dem einen deutschen Volk zugehörig fühlten. Seite 2

SMOT-Chef verurteilt

DW. Moskau

Der sowjetische Dissident Waleri Senderow ist gestern in Moskau zu sieben Jahren Lagerhaft und anschließenden fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Dies wurde aus Dissidentenkreisen bekannt. Der Aktivist der Untergrundgewerkschaft SMOT (Freie Vereinigung aller Arbeitnehmer) war im vergangenen Juni verhaftet worden, weil er angeblich für die Veröffentlichung einer Informationsbroschüre der SMOT verantwortlich war.

Ausreisesteuer stört Verhältnis zu Rumänien

Co. Bonn

Die zunehmende Behinderung der Ausreise von Rumänien-Deutschen hat zu einer Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest geführt. Die Bundesregierung hatte bis vor kurzem vergeblich gehofft, daß ein rumänisches Dekret vom 22. Oktober 1982, das Ausreisewilligen die Rückzahlung von „Ausbildungskosten" in harter Währung abverlangte, nicht auf die Familienzusammenführung von Deutschen angewendet werden würde. Tatsächlich bekamen ausreisewillige Rumänien-Deutsche in letzter Zeit die Folgen des Dekrets aber in rigoroser Weise zu spüren. Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka werden von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Familienmitgliedern Summen bis zu einer Höhe von 80 000 Mark verlangt; im Verweigerungsfall wurde die Ausreise untersagt. Das Auswärtige Amt, das schon im Herbst 1982 scharf protestiert hatte, befindet sich in intensivem Kontakt mit Bukarest. Hupka appellierte an die Bundesregierung, auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen gegen diese Behinderungen zu protestieren.

WIRTSCHAFT

Opec-Sonderkonferenz

rtr/AFP, Paris

Die Ölminister der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) werden vermutlich am Wochenende oder am Montag in der Schweiz zu einer Sonderkonferenz zusammenkommen. Dies gab der saudiarabische Ölminister Scheich Yamani gestern bekannt. Nach seinen Worten steht die Opec kurz vor einer Einigung. Die „Mehrheit, allerdings nicht die Gesamtheit", der Opec-Länder sei mit einer Preisreduzierung einverstanden, sagte er, nannte aber keine Zahlen. Seite 9

Arbeitsplatzsicherung

dpa/VWD, Tokio

Die 47 000 organisierten Arbeitnehmer des Autoherstellers Nissan haben als erste japanische Firmengewerkschaft eine Vereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung bei der Einführung neuer Technologien durchgesetzt. Das Abkommen, das gestern in Tokio nach fast fünfjährigen Verhandlungen von Firmen- und Gewerkschaftsführung unterzeichnet wurde, legt fest, daß die Rationalisierung der Produktion durch Roboter und Mikroelektronik nicht zu Entlassungen oder Lohnkürzungen bei den Beschäftigten führen darf.

Aktien leichter

DW. Frankfurt

Am deutschen Aktienmarkt gaben die Kurse nach. WELT-Aktienindex 117,1 (118,4). Rentenmarkt bei ruhigem Geschäft wenig verändert. Dollarmittelkurs 2,4406 (2,4212) Mark. Goldpreis je Feinunze 414,00 (408,50) Dollar.

KULTUR

Zwei Goldene Bären

dpa, Berlin

Der Goldene Bär der Internationalen Filmfestspiele Berlin für den besten Film ist gestern zu gleichen Teilen an die Streifen „Belfast 1920" (Ascendancy) von Edward Benett aus Großbritannien und „Der Bienenkorb" (La Colmena) von Mario Camus aus Spanien verliehen worden. Ein Silberner Bär wurde dem türkischen Film „Eine Saison in Hakkari" von Erden Kiral für seine Originalität zugesprochen. Der Silberne Bär für die beste Regie ging an Eric Rohmer für seinen Film „Pauline am Strand" aus Frankreich. Für eine herausragende Einzelleistung wurde der österreichische Beitrag „Der stille Ozean" von Xaver Schwarzenberger mit dem Silbernen Bären geehrt. Seite 17

WETTER

Nachtfrost

DW. Essen

Im Norden und Westen Wechsel zwischen lockerer und starker Bewölkung. Niederschlagsfrei. Temperaturen um 3, nachts um minus 3 Grad. In Südwest- und Süddeutschland meist stark bewölkt, vereinzelt Schneefall. Bis minus 5 Grad.

Heute in der WELT

Meinungen: Glanzlose Isolierung – Von Carl Gustaf Ströhm S. 2
Grundigs Partner in spe hält es mit der „Japanisierung" S. 3
Ost-Berlins Bischof klagt über „Belastungen und Spannungen" S. 4
Harte Worte von Karl Schiller an den Genossen von Dohnanyi S. 5
Mit Stolz verweist Costa Rica auf demokratische Traditionen S. 6
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Athen: 16 Generäle in den Ruhestand versetzt S. 8
Wirtschaft: Währungsfonds stellt Kreditpaket für Brasilien S. 9
Sport: Wichtiger Handballsieg auf dem Weg nach Los Angeles S. 16
Fernsehen: Prof. Bruch, Erfinder des PAL-Farbsystems, wird 75 S. 16
Kultur: Berlinale – Die Erde ist blau wie eine Orange S. 17
Aus aller WELT: Pferde widerlegen das Wort von der Rezession S. 18

Ermittlungsverfahren gegen Franke und Hirt eingeleitet

Verdacht: Untreue, Urkundenunterdrückung / Immunitätsaufhebung

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat gestern ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), und dessen Ministerialdirektor Edgar Hirt (SPD) eingeleitet.

Nach Angaben von Oberstaatsanwalt Hans Wilhelm werden die Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und der Urkundenunterdrückung geführt. Das Verfahren sei zunächst gegen Hirt eröffnet worden, aber es werde auch auf den früheren Minister Franke ausgedehnt. Über diese Absicht hat die Staatsanwaltschaft gestern nachmittag Bundestagspräsident Richard Stücklen unterrichtet. Nach einer Frist von 48 Stunden ist dann automatisch die Immunität des Abgeordneten Franke aufgehoben.

Die WELT hat mehrfach ausführlich über den Hintergrund der jetzt eingeleiteten Ermittlungen der Justiz berichtet. Es geht dabei um zwei Komplexe. Einmal muß der Verbleib von 5,56 Millionen Mark geklärt werden, für die es keine Belege gibt. Zum anderen muß die Verwendung von weiteren 723 000 Mark untersucht werden, die ebenfalls ohne Belege ausgegeben worden sind.

Der Hauptverdacht richtet sich zunächst gegen Hirt. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, er habe die Caritas in Berlin angewiesen, für die 5,56 Millionen Mark „einen fingierten Verwendungsnachweis" zu erstellen. Der zugrunde liegende Sachverhalt wird in amtlichen Unterlagen so dargestellt: Hirt habe 1979 mit der Caritas vereinbart, neben den allgemeinen Zuwendungen für humanitäre Aufgaben eine „Sonderzuwendung mit der Zweckbestimmung Kauf medizinisch-technischer Geräte" zu leisten. Von dieser Sonderzuwendung sollten dem Westberliner Rechtsanwalt Stange „auf dessen Anforderung jeweils Beträge in bar" weitergezahlt werden. Dieser wiederum soll die Beträge an Hirt gegeben haben, und zwar „ohne Quittung". Hirt soll der Caritas gegenüber erklärt haben, diese Vorgänge dürften dem Ministerium gegenüber nicht erkennbar gemacht werden.

Für die Verwendung der 5,56 Millionen Mark konnten Hirt und Franke bisher keine plausiblen und nachprüfbaren Gründe nennen. Angaben von ihnen erwiesen sich zum Teil als unhaltbar. Unbestätigt ist die Information, die Staatsanwaltschaft gehe auch der Frage nach, ob Hirt an Verwandte 200 000 Mark gezahlt habe.

Der zweite Komplex, den die Justiz untersucht, umfaßt „Sonderzahlungen" an Rechtsanwalt Stange, für die es ebenfalls keine Belege gibt. Im Jahr 1977 war Stange die Genehmigung erteilt worden, er könne pro Jahr 15 000 Mark ohne Belege ausgeben. Damit sollte es ihm ermöglicht werden, unvorhersehbare Ausgaben im humanitären Bereich mit der „DDR" sofort zu begleichen. 1980 war dieser Betrag plötzlich von 15 000 auf 60 000 Mark, 1981 von 107 100 Mark und 1982 sogar auf 556 200 Mark erhöht worden. Verwendungsnachweise für diese insgesamt 723 000 Mark liegen nicht vor. Unabhängig von diesen Summen hat Stange ein beträchtliches Honorar erhalten: Von 1980 bis 1982 betrug es immerhin 1,7 Millionen Mark.

Umfragen: Koalition liegt klar vorn

Allensbach gibt FDP und Grünen mehr als acht Prozent Zweitstimmen / Infas: Niedriger

MANFRED SCHELL, Bonn

Nach der jüngsten Meinungsumfrage des Instituts Allensbach werden CDU/CSU und FDP aus der Bundestagswahl am kommenden Sonntag als klarer Sieger hervorgehen. Die Umfrage, die im Auftrag des „stern" in der Zeit zwischen dem 5. und 20. Februar erfolgte, erbrachte folgendes Zweitstimmenergebnis: CDU/CSU 47,6 Prozent, SPD 35,6, FDP 8,3 und Grüne 8,1 Prozent. Dies würde eine eindeutige Mehrheit der bisherigen Koalitionsparteien bedeuten. SPD und Grüne wären nicht in der Lage, die Regierung zu bilden.

Einen Unionssieg erwartet nach dieser Umfrage auch die Mehrheit der Bürger. 52 Prozent waren dieser Meinung und nur 19 Prozent rechneten mit einem Sieg der Sozialdemokraten. Neben einem deutlichen Kompetenzvorsprung der Union in wichtigen Bereichen der Politik herrscht bei den Bürgern auch mehr Zutrauen zu der Mannschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl. 39 Prozent sind der Meinung, daß er die besseren Leute hat. 24 Prozent würden die Mannschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel vorziehen.

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzten 52 Prozent auf die CDU/CSU, aber nur 21 Prozent auf die SPD. Für eine Sicherung der Renten tritt nach Ansicht von 38 Prozent die CDU/CSU ein. 34 Prozent nannten in diesem Zusammenhang die SPD.

Für den Abbau der Staatsverschuldung ist nach Auffassung von 62 Prozent die CDU/CSU kompetent. Nur 8 Prozent nennen hier die SPD. Interessant ist die Antwort auf die Frage, wer am meisten für die Jugend tut. Hier sind 25 Prozent der Auffassung, daß es die SPD ist, aber 23 Prozent nennen die Union. Beim Umweltschutz trauen 54 Prozent den Grünen am meisten zu, 15 Prozent nennen die CDU/CSU und nur 10 Prozent die SPD.

Die neue Regierung nach dem 6. März kann auf die Opferbereitschaft der Bürger setzen. Nach der Allensbach-Umfrage wären 29 Prozent bereit, in diesem Jahr notfalls ganz auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verzichten, wenn damit die Wirtschaft in Schwung gebracht werden könnte. 57 Prozent sind der Meinung, daß die Lohnerhöhungen lediglich nur die Preissteigerungen und den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge ausgleichen müsse. Nur 10 Prozent fordern Lohn- und Gehaltsabschlüsse über den Inflationsausgleich hinaus.

Das Infas-Institut in Bad Godesberg hatte bei einer Erhebung, die zwischen dem 7. und 20. Februar erfolgte, also etwa im gleichen Zeitraum, und die der „Spiegel" veröffentlichte, ebenfalls einen klaren Vorsprung von CDU/CSU und FDP vor der SPD und den Grünen ermittelt. Allerdings ergab sich dabei, was den Ausgang der Wahl für die FDP und die Grünen betrifft, eine erhebliche Abweichung zu den Werten von Allensbach. Infas ermittelte, wie bereits berichtet, folgende Zweitstimmen-Anteile: CDU/CSU 48 Prozent, SPD 41 Prozent, FDP 5 und Grüne 5,5 Prozent.

Die Freien Demokraten haben ihre Wahlwerbung in den zurückliegenden Wochen bewußt darauf angelegt, von traditionellen Wählern der Union diesmal die für sie entscheidende Zweitstimme zu erhalten. Infas hat ermittelt, daß immerhin 40 Prozent wissen, daß die Zweitstimme besonders wichtig ist.

Warschau klagt Gewerkschafter wegen Terror an

AP/rtr/dpa/AFP, Warschau

Die polnischen Behörden haben neun im Untergrund tätig gewesene Mitglieder des unabhängigen Gewerkschaftsbundes „Solidarität" wegen terroristischer Aktivitäten und Vergehen gegen das Kriegsrecht angeklagt. In gleicher Sache werde gegen weitere zwölf Gewerkschafter ermittelt, meldet die amtliche Nachrichtenagentur PAP. Sie bestätigt, daß am Sonntag nach einer Messe in der St.-Nikolaus-Kirche in Warschau fünf Personen festgenommen wurden. In der Kirche hatten sich wie an jedem letzten Sonntag im Monat einige tausend Menschen eingefunden, um an einer Gedenkmesse für die unter Kriegsrecht Verurteilten und Verhafteten teilzunehmen. In ihre Gebete hatten sie auch Lech Walesa mit dem Wunsch einbezogen, er möge unter keinem Einfluß seine Überzeugung ändern.

Die Vereinten Nationen haben einen Bericht über die Lage in Polen nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 vorgelegt. Der Bericht dient als Diskussionsgrundlage für die zur Zeit in Genf tagende UNO-Menschenrechtskommission.

Europäer wollen bei KSZE enger zusammenarbeiten

EG-Außenminister: Kein Anlaß für neue Nahost-Initiative

BERNT CONRAD, Bonn

Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft stimmten gestern in Bonn darin überein, daß alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um das Madrider KSZE-Folgetreffen möglichst bald mit substantiellen Ergebnissen abzuschließen. „Die Zusammenarbeit der zehn muß sich dabei in Madrid weiter bewähren", stellte ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes fest.

Bei den Beratungen über die KSZB zeigte sich ein gewisser Optimismus, weil die Teilnehmer in Madrid jetzt zum erstenmal seit längerer Zeit wieder zwei neue Texte provisorisch vereinbaren konnten. Sie betreffen neben dem freien Zugang zu Botschaften eine Verbesserung der Möglichkeiten, ausländische Zeitungen zu abonnieren.

Das 49. Außenministertreffen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) war gestern morgen im NATO-Saal des Bundeskanzleramtes vom derzeitigen EG-Ratsvorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, eröffnet worden. Den ersten Tagesordnungspunkt bildeten die Ost-West-Beziehungen. Genscher wies darauf hin, daß es nach wie vor einige Punkte der Irritation gebe, daß aber auch Ansatzpunkte für eine positive Entwicklung des Klimas zwischen Ost und West erkennbar geworden seien.

Diese Beurteilung bezog sich nach Bonner Angaben auch auf die Entwicklung in Polen. Dort seien die drei Forderungen der EG-Partner an das polnische Militärregime – trotz einiger positiver Anzeichen – noch längst nicht erfüllt. Genscher wurde von seinen Amtskollegen autorisiert, den polnischen Behörden die Besorgnis der zehn über Behinderungen der Arbeit von westlichen Journalisten und Botschaften „in geeigneter Weise" zu übermitteln.

Ausführlich befaßten sich die Außenminister ferner mit der Lage im Nahen Osten. Im Vordergrund standen dabei die Entwicklung in Libanon und eine Bewertung des Palästinenser-Kongresses in Algier. Nach Mitteilung eines Bonner Sprechers herrschte die Ansicht vor, daß derzeit kein Bedürfnis für eine europäische Nahostinitiative bestehe. Vielmehr müsse es den

Fortsetzung Seite 8

USA besorgt über SAM-5 in Syrien

Von Sowjetpersonal bediente Raketen bedrohen auch die amerikanische 6. Flotte

TH. KIELINGER, Washington

Die US-Regierung hat nach Angaben von Außenminister George Shultz gegenüber der Sowjetunion ihre Besorgnis über die Stationierung neuer sowjetischer Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM-5 in Syrien geäußert.

In einer Anhörung im US-Kongreß nannte Shultz die Aufstellung dieser Raketen ein „für den Nahen Osten ernüchterndes und destabilisierendes Ereignis". Das sowjetische Vorgehen unterstreiche die Notwendigkeit, schnell zu einem Übereinkommen über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon zu gelangen, sagte der Minister.

Sorge bereitet amerikanischen Sicherheitsexperten auch die Tatsache, daß die vier sowjetischen Raketenbatterien in Syrien bisher nur von russischem Personal bemannt sind und operationsfähig gehalten werden.

Unter Anspielung auf die Präsenz von Tausenden sowjetischen Beratern in Syrien sagte Verteidigungsminister Weinberger in einem Fernsehinterview, das Nahost-Land sei „in vieler Hinsicht einfach ein weiterer Vorposten des sowjetischen Imperiums geworden". Von den vier Batterien – bestückt mit je sechs Raketen – stehen zwei in der Nähe von Damaskus, die beiden anderen nahe der westlichen Stadt Homs.

Die radargelenkten SAM-5-Raketen mit dem NATO-Codenamen „Gammon" gehören zum Besten, was die Sowjets an Luftabwehrwaffen zu bieten haben. Sie gehen qualitativ mehrere Stufen weiter als die SA 6-, SA 8- und SA 9-Raketen, die im Luftabwehrkampf mit den Israelis im vergangenen Sommer eingesetzt wurden. Die Reichweite der SAM-5 beträgt 250 Kilometer, die Rakete kann fast 30 000 Meter hoch steigen. Mit diesen Charakteristika bildet sie nicht nur eine ernsthafte Bedrohung für fast den gesamten israelischen Luftraum. Sie bedroht auch die Operationen der amerikanischen 6. Flotte im Mittelmeer.

Die Dislozierung dieser Rakete in Syrien wurde zum erstenmal vor fünf Wochen festgestellt. Für die israelische Sicherheitsplanung bedeutet sie ein schwer einschätzbares Risiko. Politisch unmittelbar vorauszusehen ist, daß es Jerusalem im Lichte dieser neuen Bedrohung mit dem Rückzug aus Libanon nicht eilig haben wird. Gleichzeitig wird der Zeitpunkt für den Beginn der Gespräche über eine Autonomie für die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten mehr und mehr in den Hintergrund geschoben.

DER KOMMENTAR

Das Verfahren

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Nun ist es offiziell, daß die Staatsanwaltschaft gegen den früheren Ministerialdirektor im innerdeutschen Ministerium, Hirt, wegen Untreue und Urkundenunterdrückung ermittelt und daß sie ihr Verfahren auf den ehemaligen Bundesminister Franke ausdehnt. Dem Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Abwägung von Belastungs- und Entlastungsmomenten darf nicht vorgegriffen werden; ein Ermittlungsverfahren kann eingestellt werden, es kann aber auch zur Anklage führen. Doch auch wenn man jede Vorverurteilung peinlichst vermeidet, so lassen sich beim gegenwärtigen Stand der Dinge schon einige Schlüsse ziehen.

Es war offensichtlich eine verfehlte Organisationsvorstellung der sozialdemokratischen Bundeskanzler seit 1969, dem vormaligen Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen die wichtigen politischen Gestaltungskompetenzen zu entziehen und das Schrumpfressort einem Mann zu überlassen, dessen Vorzug die Funktion war, dem Kanzler die Mehrheit in der SPD-Bundestagsfraktion zu garantieren. Franke wurde nicht innerdeutscher Minister, weil er Vorgängern in diesem Amte, wie Barzel oder Wehner, als Politiker das Wasser reichen konnte, sondern weil er der Vormann der „Kanalarbeiter" war. Besonders Kanzler Schmidt war auf Franke angewiesen.

Zur Kümmerexistenz des einstmals einflußreichen Ministeriums kam, daß sich die verbliebenen Kompetenzen weitgehend auf Tätigkeiten bezogen, die aus guten Gründen im verborgenen gedeihen sollten. Die „humanitären Aktionen" im geteilten Deutschland wären durch die Scheinwerfer der Öffentlichkeit behindert worden. Das wissentlich geduldete Halbdunkel, in dem das Ministerium den Freikauf von Häftlingen und sein Hilfswerk für Familienzusammenführung abwickelte, begünstigte zwei Fehlentwicklungen. Zum einen drang das prüfende Auge des Kanzlers Schmidt wohl nicht mit der gebotenen Schärfe in Frankes Domäne, zum anderen konnten sich im Ministerium sozialdemokratische Parteikarrieren, wie die Hirts, entfalten.

Die bisher vergebliche Suche nach den verschwundenen Millionen ergibt bereits das Bild eines ehemaligen Ministers, der von seinen Amtspflichten offenbar überfordert war. Das ist eher eine Tragödie als ein Skandal. Einen Skandal stellt aber zweifellos die mangelhafte Organisationsgewalt der abgelösten Regierung Schmidt dar.

Druck auf Verhandlungen durch Metall-Warnstreiks

Erster Tarifabschluß bei VW soll kein Signal sein

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit Warnstreiks in der ganzen Bundesrepublik hat die IG Metall gestern massiv Druck auf die Metallarbeitgeber auszuüben versucht, um sie zu verbesserten Angeboten in den laufenden Tarifverhandlungen für die rund 2,7 Millionen Beschäftigten der deutschen Metallindustrie zu veranlassen.

Rund 17 000 Teilnehmer an den Warnstreiks, die teilweise von Demonstrationen und Kundgebungen begleitet waren, hatte die IG-Metall-Zentrale in Frankfurt gestern bis zum frühen Nachmittag bundesweit gezählt. Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin und Bayern.

Während in der metallverarbeitenden Industrie nach dem Auslaufen der gewerkschaftlichen Friedenspflicht gestern um 0.00 Uhr die Warnstreiks begannen, wurde in der Nacht zum Dienstag der erste Tarifvertrag der diesjährigen Lohnrunde im Metallbereich geschlossen. Für die rund 120 000 Beschäftigten der Volkswagenwerke (Inland) wurde eine Einkommensverbesserung um vier Prozent, allerdings bei einer um drei Monate verlängerten Laufzeit des Tarifvertrages, vereinbart.

Gewerkschafter und Arbeitgeber stimmten in dem Urteil überein, daß dieser Abschluß für die Tarifverhandlungen in der westlichen Metallindustrie keine Signalwirkung habe, weil bei Hausverträgen wie in diesem Falle die ganz spezielle Situation des jeweiligen Unternehmens berücksichtigt werden könne. Für die übrige Metallindustrie sei dieser Abschluß entschieden zu hoch, erklärte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Köln.

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, übte entschiedene Kritik daran, daß die Gewerkschaft die Warnstreiks durchziehe, obwohl die Verhandlungsdelegationen beider Seiten im Tarifgebiet Bayern übereinstimmend ihren festen Willen bekundet hätten, bei ihrem nächsten Gespräch am 9. März in Nürnberg wenn nicht zu einem Abschluß so doch zu einem Durchbruch in den seit längerem stagnierenden Verhandlungen zu gelangen. Gegenüber der WELT sagte Kirchner gestern: „Was wir jetzt erleben ist eigentlich die Umkehrung der üblichen Reihenfolge in Tarifverhandlungen, die einen Streik nur als Ultima Ratio in den vergangenen Jahren gekannt haben, wenn alle Verhandlungschancen voll ausgeschöpft waren. Jetzt wird der Streik zur Prima Ratio; die Verhandlungen werden zum Endprodukt nach einer Streikwelle."

Bei den Metallarbeitgebern in Düsseldorf wurden auch die von der IG Metall am frühen Nachmittag gemeldeten Teilnehmerzahlen in Zweifel gezogen. Die Gewerkschaft hatte für Nordrhein-Westfalen rund 9000 Streikende gemeldet. Ein Arbeitgebersprecher: „Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit." Die wahre Zahl habe bis zum Nachmittag bei knapp über 4000 gelegen. Für Baden-Württemberg meldete die IG Metall 5000 und für das als wahrscheinliches „Pilotland" ausersehene Bayern 1300 Streikende.

Seite 9: (K)ein Signal?

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Iberischer Prüfstand

Von Thomas Kielinger

Ein weiteres Land im sowjetischen Einflußgebiet, nach Kuba, nach Nicaragua, nach Grenada – meine Herren, das wären schlechte Nachrichten für uns." Der das sagte, US-Außenminister Shultz, ist kein Mann der leichtsinnigen Sprache. Als er, El Salvador nicht beim Namen nennend, den Kongreßabgeordneten Anfang dieser Woche das Bild möglicher Konsequenzen malte, wenn die USA nicht aktiver und in größerem Umfang in den Konfliktherd Zentralamerikas eingriffen, da hatte keiner der Zuhörer den Eindruck, hier würde übertrieben.

Aber das ist nicht das Problem. Amerika sieht wohl, was vor seiner Haustür passiert. Es sieht sogar weiter und hat bereits den Ernstfall der Zukunft – Mexiko – vor Augen, „das Problem Nummer eins", wie Senator Henry Jackson in diesen Tagen unentwegt warnt. Aber sehen und handeln, das sind zwei Dinge für die Vietnam-verwundete Nation.

Ganze fünfundfünfzig Ausbilder und Berater unterhält Washington in El Salvador. Das reicht aus, um Berufsprotestler in aller Welt gegen Amerika als den großen „Kriegstreiber" zu Felde zu ziehen. In Wahrheit aber ist das eine bejammernswert kleine Gruppe von Helfern – bezeichnend für eine Großmacht, die zum wirklichen Sprung, zu neuem machtpolitischem Engagement noch nicht bereit ist. Der Präsident, die Administration wäre es wohl – aber würde der Kongreß, das Land, folgen?

Ronald Reagan hat jetzt wissen lassen, er wolle neben der finanziellen Hilfe für El Salvador auch das Kontingent der US-Berater erhöhen, um eine noch nicht näher umschriebene Zahl. Das dürfte ein Test für die USA werden, wie sich der Anspruch, die Vormacht des Fortschritts in der eigenen Hemisphäre zu sein, zu der tatsächlichen Entschlußkraft verhält, diesen Anspruch auch durchzusetzen.

Es leichter machen

Von Enno v. Loewenstern

Er kehrt nicht wieder in den Deutschen Bundestag zurück, er wird nie mehr seinen Einfluß in die Richtlinien der Politik einbringen. Aber hie und da erklingt die grollende Stimme noch vom Denkmalssokkel: Er, sagt Herbert Wehner, würde das machen, um praktische Erleichterungen für die Menschen zu erreichen. Er würde, sagt Wehner, anerkennen, daß es eine „DDR-Staatsbürgerschaft" gebe.

Dies, schränkt er ein, sei freilich leichter gesagt als getan. Was – die Anerkennung? Oder die Erleichterungen?

Seltsam, wie leicht Herbert Wehner so etwas sagt. Er hat an manchen Verhandlungen mit der Ostberliner Seite mitgewirkt, indirekt und auch manchmal, am Kaffeetisch, sehr direkt. Er hat die Euphorie der Ostverträge miterlebt, jene wabernden Hoffnungen auf Wandel durch Annäherung, als man „eine wirkungsvolle Politik gegen das Abhaun von DDR-Deutschen aus ihrem Staat" darin sah, dem SED-Regime Subventionen zu zahlen, weil man „eine starke DDR will, keine schwache, und eine selbstbewußte DDR-Führung, keine ängstliche" („Vorwärts", 18. November 1976). Wehner sah die Blütenträume welken, bis zu jener Verdoppelung der Umtauschsätze – die allerdings erst unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl vorgenommen wurde, weil „die DDR nicht an einem Sieg von Strauß interessiert war" (ADN, 10. Oktober 1980).

Die rauhe Wirklichkeit des Realen Sozialismus kommt immer erst nachher ans Tageslicht. Er gibt nie mehr, als er glaubt, sich leisten zu können. Um keinen Pfennig ginge die Umtauschquote herunter, um kein Jota mehr Freiheit gäbe es für die Menschen für welche Zugeständnisse auch immer – das Regime hat viel zu viel Angst, daß seine „Staatsbürger" nur zu genau wissen, wo sie hingehören. Es will, daß wir sie entmutigen durch Preisgabe, um den Unterdrückern „praktische Erleichterungen" zu verschaffen; einen Spielraum an Erleichterungen für die Opfer signalisiert es erst gar nicht, weil es ihn sich selber nicht zutraut. In welchen Illusionen lebt Wehner, nach so vielen Jahren praktischer Erfahrung?

Hellenische Spiele

Von Evangelos Antonaros

Griechenlands sozialistischer Premier Andreas Papandreou spielt mit dem Feuer. Seitdem man definitiv weiß, daß die griechische Armee am Wochenende nicht geputscht und nicht zu putschen versucht hat, wirft die Überreaktion der Sozialisten viele Fragen auf. Vor allem: Welches Motiv steckt hinter der absichtlichen Mobilisierung der Linksparteien?

Zu Recht hat der konservative Oppositionsführer Evangelos Averoff dem Regierungschef vorgeworfen, seiner Pasok-Partei Aufgaben übertragen zu wollen, die eigentlich den Staatsorganen zustehen. Gerade weil auch die Regierung auf der Behauptung beharrt, daß es keinen Putschversuch gegeben hat, liegt die Vermutung nahe, daß die Mobilisierung von Sozialisten und Kommunisten den Charakter einer Generalprobe für den Ernstfall, also für einen echten Putschversuch, gehabt hat. Oder stimmt gar die Version, daß linke Parteistrategen die allgemeine Aufregung nutzen wollen, um Papandreou zu einer Säuberung von durchaus demokratischen, aber der Pasok nicht nahestehenden Offizieren zu bewegen?

Seit der Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse in 1974 hat sich das griechische Militär, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in politischer Abstinenz geübt und den Primat der Politiker akzeptiert. Seit einigen Monaten allerdings macht sich eine Politisierung der Streitkräfte bemerkbar. Sie wird von den Sozialisten betrieben.

In einer demokratischen Gesellschaft ist es verständlich, daß jede Regierung sich das Recht vorbehält, Spitzenpositionen in der Armee mit Leuten ihres Vertrauens zu besetzen. Aber wenn die Bildung von Berufsverbänden von Offizieren und Soldatenausschüssen sowie die Störung von Hierarchie und Disziplin geduldet wird, geht das ein paar Schritte zu weit in die falsche Richtung.



Anstieg

ZEICHNUNG: HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Glanzlose Isolierung

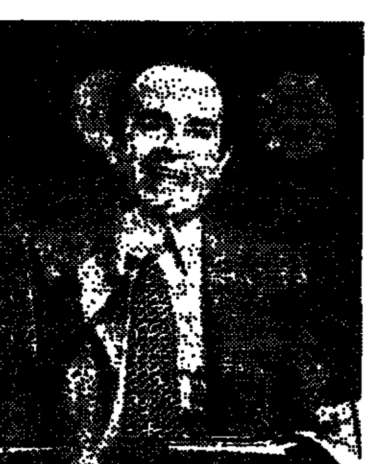
Von Carl Gustaf Ströhm

Wie Laokoon in den Schlangen, so haben sich die deutschen Sozialdemokraten unter ihrem Kanzlerkandidaten Vogel und dessen grauer Eminenz Egon Bahr in den Fallstricken sowjetischer Politik verfangen. Die SPD ist, ob sie das nun will oder nicht, im westlichen Europa zum wichtigsten Interpreten Moskauer Interessen geworden – auch wenn sie ständig das Wort von den „deutschen Interessen" im Munde führt. Die prominenten Politiker der deutschen Sozialdemokratie sprechen zwar noch nicht offen vom Neutralismus. Aber die Art und Weise, in der etwa Vogel das westliche Bündnis und das deutsch-amerikanische Verhältnis auf bloße juristische Formalitäten zu reduzieren pflegt, zeigt bereits, wohin die Reise gehen soll. In der zweiten Reihe der SPD, bei Jusos und anderen Linken, wird der Anti-Amerikanismus bereits offen als Weltanschauung der achtziger Jahre propagiert.

Damit allerdings hat sich die deutsche Sozialdemokratie in Westeuropa von fast allen maßgebenden politischen Kräften isoliert. Als Brandt und Bahr seinerzeit ihre Ostverträge durchpaukten, warnte die damals regierende SPD die damalige CDU-Opposition, sie gerate gegenüber den westlichen Bündnispartnern und der allgemeinen Entspannungsstimmung in die Isolation. Die Ironie des Schicksals will es, daß sich diese Prophezeiung heute an ihren Urhebern erfüllt, wenn auch in diametral entgegengesetzter Richtung. Heute steht die SPD mit ihren ostpolitischen Vorstellungen und Plänen einsam auf weiter Flur, sogar auf deren linkem Bereich.

Bis auf Olof Palme in Schweden und die griechischen Sozialisten unter Papandreou (die ihrerseits wieder ein Sonderfall sind, wegen Zypern und des angespannten Verhältnisses zur Türkei) gibt es keine nennenswerte sozialistische oder sozialdemokratische Partei in Europa, die den Standpunkt der deutschen Genossen auch nur mit einiger Begeisterung oder Überzeugung zu unterstützen bereit ist. Die französischen Sozialisten unter Mitterrand haben klargemacht, daß sie die Nachrüstung im Gegensatz zu ihren bundesdeutschen Gesinnungsfreunden für unbedingt notwendig halten. Die italienischen Sozialisten beziehen eine ähnliche Position wie die Franzosen – und in den links stehenden Publikationen Italiens wird neuerdings offenes Unbehagen über den Irrationalismus der SPD-Außenpolitik artikuliert. Der sozialistische Regierungschef des neutralen Österreich, Bundeskanzler Bruno Kreisky, hielt es vor wenigen Tagen erst für angebracht, in Washington ein Loblied auf die NATO anzustimmen als eine „Feuerwehr", auf die man nicht verzichten könne. Zugleich erinnerte Kreisky an eine Tatsache, die von führenden deutschen Sozialdemokraten am liebsten unter den Teppich gekehrt wird: Daß nämlich die Entspannung nur dann funktionieren kann, wenn ein Gleichgewicht vorhanden ist.

Nicht nur das. Man erlebt die groteske Situation, daß sogar große Teile der kommunistischen Bewegung Westeuropas der Moskauer Politik kritischer entgegentreten als die SPD und ihr Kanzlerkandidat. Der französische KP-Chef Georges Marchais hat sich für die von Bahr verhöhnte Null-Lösung und für den Fall eines Scheiterns in Genf für die Nachrüstung ausgesprochen. Der jugoslawische KP-Chef Mitja Ribicic erklärte dieser Tage vor der Presse in Belgrad, Jugoslawien könne ohne amerikanische Hilfe seine Wirtschaftskrise nicht meistern. Die italienischen Kommunisten haben den 100. Todestag von Karl Marx zum Anlaß genommen, um sich nochmals deutlich von den politischen Systemen der Sowjetunion und des Ostblocks abzugrenzen.



Sogar Kommunisten für Nachrüstung: Marchais
FOTO: GAMMA/STUDIO X

In der SPD dagegen haben jene Kräfte die Oberhand, die sich an Brandts Lehre von 1972 halten: Es werde zu wenig Positives über die „DDR" gesagt, und: man müsse sich vor dem „primitiven Antikommunismus" hüten. Warum sich in der SPD die Anpassung in Richtung Kreml durchgesetzt hat, ist erkennbar: Da ist der alte, aber gefährliche deutsche Traum, als „Land der Mitte" weder zum Westen, noch zum Osten – aber vielleicht doch noch mehr zum Osten als zum Westen zu gehören. Da schwingen sozialdemokratische Illusionen mit, den verirrten kommunistischen Brüdern den „wahren" Sozialismus doch noch beibringen zu können. Und da gibt es schließlich die höchstpersönlichen Ambitionen von Politikern wie Egon Bahr, die meinen, sie seien gescheiter als Russen und Amerikaner zusammengenommen.

Die politisch denkenden und nicht in bloßen Wunschträumen schwelgenden europäischen Sozialisten jedoch wissen, daß es zwar eine schöne Sache ist, die Amerikaner wegen Vietnam oder Salvador zu kritisieren oder sich über den „Cowboy" Reagan lustig zu machen – aber nur, solange die Amerikaner da sind. Wenn nicht, dann ist es mit jeder Lustigkeit endgültig vorbei. Nur die deutschen Sozialdemokraten haben das offenbar nicht begriffen.

IM GESPRÄCH Klaus Stolle

Unternimmt was in Berlin

Von Peter Philipps

Von „verlängerter Werkbank" wird oft abschätzig gesprochen, wenn die Rede auf die Berliner Wirtschaft kommt, auch von „Subventions-Mentalität". Niemand kann bestreiten, daß es dies an der Spree gibt – ebenso wie in anderen Wirtschaftsregionen. Doch glücklicherweise ist diese Stadt auch immer noch für positive Überraschungen gut.

Klaus-Volker Stolle hat jetzt das aktuellste Beispiel dafür geliefert: Ausgestattet mit einem gut bezahlten und sicheren Posten als Generaldirektor der Hotels „Schweizerhof" und „Interconti" hat er den Sprung ins Risiko, in die Selbständigkeit gewagt. Er ist ausgestiegen und hat mit einem Partner das Hotel in Berlins Negativ-Wahrzeichen „Steglitzer Kreisel" übernommen.

Der Mann ist beileibe kein Hasardeur, sondern ein Freund des „kalkulierten Risikos", wie er es selbst nennt. Ob er jetzt Millionär wird, kann dahingestellt bleiben – seine Karriere trägt schon heute alle Züge eines amerikanischen Bilderbuch-Aufstiegs: Als Liftboy im Stuttgarter Hotel „Graf Zeppelin" hat der heute Vierzigjährige vor knapp fünfundzwanzig Jahren angefangen.

Konsequent wurde der Aufstieg vorangetrieben bis zu seiner Doppelmanagerfunktion. Und er hatte bisher immer den Erfolg des Tüchtigen. In einer Zeit, in der nicht nur die Berliner Hotels angesichts einer immer stärkeren wirtschaftlichen Rezession über nicht mehr kostendeckende Auslastung stöhnten, einzelne Häuser sogar geschlossen werden mußten, meldeten Stolles Betriebe an die Holzmüller-Konzernzentrale Plus-Ergebnisse. Das Geheimnis war – und wird es hoffentlich auch im neuen Engagement bleiben –:



Vom Liftboy zum Hotelier: Kla[us-]Volker Stolle FOTO: KLAUS ME[...]

Ideenreichtum und eine gute N[...] für die Erfordernisse des Markt[...]

Der gebürtige Flensburger, Va[ter] von zwei Söhnen, beschreibt s[ein] berufliches Leben in Berlin [...] „Die Arbeit in Berlin ist völlig [an]ders. Hier kommt man nicht [zur] Ruhe." Das pulsierende Leben [...] Deutschlands immer noch leb[en]digster Großstadt sorgt dafür, [daß] ideenreiche Unternehmer ein [ge]nügend großes Betätigungsfeld [ha]ben. Und für Stolle hörte die[ses] Engagement nie bei seinen Bil[an]zen auf. Immer gehört auch da[zu,] daß er seine Rechte und Pflich[ten] als Bürger dieser besonderen St[adt] ernst nimmt. Nur folgerichtig [...] daher, daß er sich auch im Jun[io]renkreis der Berliner Wirtsch[aft] engagierte und mit dafür sorg[te,] daß das Welttreffen der W[irt]schaftsjunioren im November 1[...] für die Stadt eine weltweit wirk[sam]e Werbe-Veranstaltung werd[en] konnte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Aachener Volkszeitung

Hier heißt es über die SPD-Reaktion auf Berichte, in denen von Hans-Jochen Vogels Hitlerjungenzeit die Rede war:

Brandt muß da nicht mit allen Zeichen des Entsetzens für die bedrohte politische Kultur des Landes auf die Barrikaden. Wenn über Enthüllungen und Verhüllungen in deutschen Wahlkämpfen gestritten wird, sitzt die SPD in einem sehr zerbrechlichen Glashaus. Sie soll sich einmal erinnern, wie sie ihre Rufmordfeldzüge gegen Strauß inszenierte und einen Tag nach der Wahl abbrach. Sie soll einmal ihre Archive durchsuchen, wie sie Karl Carstens vor der Wahl zum Bundespräsidenten als jungen Nationalsozialisten verdächtigte, während die Union kein böses Wort über Heinz Oskar Vetter verlor, der immerhin HJ-Bannführer gewesen war, Kohl hielt im Bundestag jeden Verdacht von Kanzler Schmidt fern. Wenn Brandt aber nicht die Geschichte bemühen will, dann soll er nur die aktuellen Wahlanzeigen seiner Partei durchlesen, wo Kohl eine gierige Nachrüstungsautomatik ebenso unterstellt wird wie die Förderung der Arbeitslosigkeit, der Kampf gegen die Frauen oder gegen die Oder-Neiße-Grenze. Das sind keine Enthüllungen, die der Wahrheit entsprechen. Die einzige Enthüllung, die am Beginn dieser letzten Wahlkampfwoche stattgefunden hat, war die Enthüllung eines Bronzedenkmals für Herbert Wehner.

FINANCIAL TIMES

Die Wirtschaftszeitung aus London befaßt sich ironisch mit dem Bundestagswahlkampf:

Man brauchte einen Bildhauer mit viktorianischem Selbstvertrauen, um die westdeutsche Wahl von 1983 in Stein zu porträtieren. Würde eine monumentale Gruppe in Auftrag gegeben, die vielleicht in der Nähe des entkörperten Hauptes Konrad Adenauers auf dem Bürgersteig vor dem Bonner Kanzleramt stehen könnte, dann würde sie ohne Zweifel von zwei gigantischen weiblichen Figuren dominiert werden – der Sowjetunion und Amerika, die mit Mittelstre[c]ken-Ölzweigen aufeinander e[in]schlagen. Rund um ihre wehend[en] Röcke gehen Firmen bankrott, v[er]lieren Männer und Frauen ihre A[r]beitsplätze, sterben Wälder im s[aue]ren Regen. Ein wenig zur Se[ite] stechen Politiker geistesabwese[nd] aufeinander ein, während v[on] Kanzler Helmut Kohls engem G[e]rock eine verschmutzte Taube, [ge]zeichnet als „Geist des wirtschaf[tli]chen Wachstums", abzuheben v[er]sucht. Etwas abseits sitzt eine [ge]krümmte Figur, eine Maß Bier u[m]klammernd und in Gedanken v[er]loren. Das ist Herr Franz Jo[sef] Strauß, Ministerpräsident v[on] Bayern, der auf den Ruf der Re[pu]blik wartet.

RHEINISCHE POS[T]

Das Düsseldorfer Blatt merkt zum Stil [des] Wahlkampfes an:

Wie rücksichtslos sie sel[bst den] Wahlkampf führen, haben die v[er]antwortlichen SPD-Funktion[äre] mit der zweiten Schmuddeligk[eit] dieser letzten Tage vor der Wa[hl] bewiesen: Eine tiefe Verneigu[ng] des Bundeskanzlers Kohl vor d[er] Frau des US-Präsidenten, ei[ne] Form der Höflichkeit (wie sie heu[te]zutage vielleicht nicht mehr jede[r]manns Geschmack entspricht) wollen sie als Unterwürfigkeit [in] Verruf bringen, und dabei geb[en] sie einem in sozialdemokratisch[en] Gruppen vorhandenen Anti-Am[e]rikanismus Nahrung. – Gut, daß [in] fünf Tagen dieser unverantwort[li]che Krampf vorbei ist.

THE GUARDIAN

Die Zeitung aus London schreibt über [die] Nachrüstung:

Es ist schwer abzusehen, wie V[o]gel auch nur eine begrenzte Za[hl] von Pershing-2-Raketen station[ie]ren könnte – von den Grünen u[nd] der Hälfte seiner eigenen Partei a[ls] Waffe für den Erstschlag betrac[h]tet –, ohne die SPD zu spalt[en.] Kohl wird stationieren. Um d[ies] aber zu tun, wird er die Poli[zei] gegen die europäische Friedensb[e]wegung mobilisieren müssen, u[n]terstützt von einer SPD-Frakti[on,] die zahlreich und einig zu werd[en] verspricht, solange sie in der Op[po]sition bleibt.

Hundert Mörder, das Gesicht einer Region bestimmend

Die blutigen Probleme des baskischen Separatismus / Von Rolf Görtz

Die Logik des Terrors begründet die Angst, die er verbreitet. Nur weil Angst selbst sichere Gebäude der Vernunft einreißen kann, dürfen Terror-Organisationen immer wieder mit Erfolg rechnen. Ein makabres Beispiel bietet die ETA im Baskenland.

Als die baskische Landesregierung vor kurzem die ETA zum „Gespräch am Friedenstisch" einlud, antwortete die Terror-Organisation mit einer neuen Mord- und Bombenwelle. Zuerst starben zwei Polizisten – Symbolfiguren des spanischen Staates, von dem die ETA die Selbständigkeit fordert. Dann zerriß eine Bombe zwei Angestellte der Banco de Viscaya, einer baskischen Bank – gewissermaßen als Repräsentanten jenes kapitalistisch-bürgerlichen Systems, das die ETA in gleicher Weise bekämpft.

Jetzt wurde eine Station der neuen baskischen Landespolizei „Ertzaina" überfallen, die dreißigköpfige Besatzung gefesselt und der Bestand an hundertzwölf Pistolen, dreitausend Schuß Munition und zwei Autos geraubt – unmittelbar nachdem die Guardia Civil abgezogen worden war, um den neuen Kollegen den Schutz der Ordnung im Baskenland zu überlassen. Dabei ging dieser Anschlag noch unblutig ab. Insgesamt aber gab es in den letzten Tagen fünf Tote, darunter Anhänger der baskischen nationalistischen Linken „Aberzale". Einer gehörte sogar der Herri Batasuna an, der Partei, die den politischen Arm der ETA bildet. Aber trotz der Morde an ihren eigenen Leuten wird ETA-Herri-Batasuna eher stärker als schwächer: Lohn der Angst.

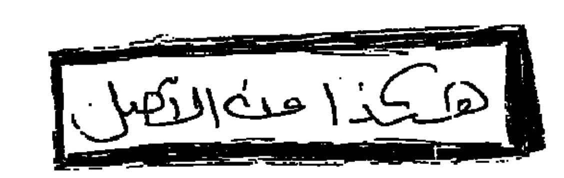
„Mit fünf frischen Leichen auf dem Verhandlungstisch kann ein Friedensgespräch nicht stattfinden", sagt in drastischem Ernst der Sozialist Txiki Benegas, Sprecher der Madrider Regierungspartei PSOE, die im baskischen Landesparlament in der Opposition sitzt. Erst wenn die ETA ihre Maschinenpistolen niederlegt, will Benegas dem Lendakari (dem baskischen Landesministerpräsidenten) Garaikoetxea an den Verhandlungstisch folgen. Nun gehört Benegas zu den wenigen tapferen Politikern des Baskenlandes, die offen und entschieden die Bekämpfung der ETA mit allen Mitteln „der Polizei eines Rechtsstaates" fordern. Er steht deshalb längst ganz oben auf der Todesliste der ETA.

Die Madrider Regierung aber zahlt trotz wirtschaftlicher Misere lieber täglich vier Millionen D-Mark umgerechnet, als daß sie es wagte, jenes Kernkraftwerk Lemoniz in Gang zu setzen, das die Energiekosten der notleidenden baskischen Industrie um vierzig Prozent (!) senken würde (der Staat kann die Sicherheit der Belegschaft nicht mehr garantieren). Weitere achtstellige Summen werden dem Produktionsprozeß in Form von Revolutionssteuern entzogen, die eben nicht „Basken-Steuern" oder so ähnlich heißen, sondern wirklich das finanzieren sollen, wofür sie gefordert werden: nämlich die Revolution. Das alles erreicht eine Bande, die nur hundert aktive „Kommando-Mitglieder" hat.

Das Baskenland erhielt vor drei Jahren als Land den Autonomiestatus einer „Nationalität" (innerhalb der spanischen Nation). Dazu muß man freilich wissen, daß sich die Bevölkerung der baskischen Provinzen nur noch zur Hälfte aus gebürtigen Basken zusammensetzt. Und von ihnen will wiederum nur die Hälfte die Selbständigkeit eines Baskenstaates.

Dennoch hat der baskische Separatismus eine politische Effizienz. Gegenüber stehen sich die bürgerlich-demokratische Selbständigkeitsbewegung der Nationalistenpartei des Lendakari und die „antik[a]pitalistische" ETA-Herri-Bat[a]suna. Deren marxistische R[e]bulistik soll vor allem jen[em] Nationenbegriff Lenins verb[oe]gen, zu dem sich die ETA-Ide[o]logen seit jeher klar bekan[n]ten: die vereinigten Rätere[pu]bliken einer sozialistischen I[n]ternationale. Das ist nicht d[as] „freie Baskenland" (Euzka[di] Ta Azkatasuna = ETA), sonde[rn] die kommunistische Diktatu[r.]

Gäbe Madrid tatsächli[ch] dem Baskenland die Selbstä[n]digkeit – eine utopische Vo[r]stellung –, dann bräche mo[r]gen der Bürgerkrieg der Ba[s]ken gegen die Basken au[s.] Aber die Alternative, nämli[ch] ein zufriedengestelltes Bu[n]desland, ist nur dann möglic[h,] wenn die ETA ihren Kam[pf] aufgibt. Das jedoch ist so lan[ge] undenkbar, wie die ETA sich [in] Südfrankreich immer wied[er] regenerieren kann. Darüb[er] muß vor allem Mitterra[nd] nachdenken, der mit den kor[si]schen Separatisten derzeit se[i]ne Erfahrungen macht.



Politik zum Anfassen, Prominenz im Dorfgasthof, die FDP in der Diaspora zwischen verräterischer Vergangenheit und riskanten Wendemanövern. Wir wollten es genau wissen und begleiteten Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff einen Tag „über Land“. Flattert ihm das blau-gelbe Band der Sympathie entgegen, oder machen ihm enttäuschte SPD-Koalitionäre und Arbeitslose das Wahlreden schwer? Die strapaziöse, aber in Wahlzeiten normale Tour brachte manche Erstaunlichkeit ans Licht.



12 Tage, 27 Städte, 2592 Kilometer: Im Wahlkampf-Sonderzug durch Deutschland FOTO: POLYPRESS

Der „Marktgraf“ und die Schnapsidee

Von PETER GILLIES

Der „Marktgraf“ – eine zwischen Spott und Bewunderung schwankende Vokabel – ist ein Morgenmensch. Bevor die Tour an diesem Montag der Wahlwoche um 8.40 Uhr beginnt, hat die FDP bereits ihre erste Präsidiumssitzung beendet. „MW 2“ (Ministerwagen 2) steht bereit, die „Sicherheit“ braust hinterdrein. Es geht zum Flughafen.

Lambsdorff blättert die Zeitungen während der – wie immer viel zu schnellen – Fahrt durch. Es ist ihm selbstverständlich, daß seine Konjunkturerhellungen Aufmacher-Thema der Morgenpresse sind. Unterbrochen von den ersten Telefonaten aus dem Auto zeigt er zwei freudige Reaktionen: Roy Black, von dem manche behaupten, er sei ein Schlagersänger, hat sich in einer Anzeige als FDP-Sympathisant zu erkennen gegeben. Diebisch freut sich der Graf auch darüber, daß Professor Schiller (SPD) die Finanzierungsideen von Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) für Teufelswerk hält.

Von Köln geht es mit einer sechssitzigen Cessna nach Münster/Osnabrück. Der „Persönliche“ schaut besorgt auf die Uhr, weil die Maschine zehn Minuten zu lange auf der Startbahn warten mußte. Ankunft in Greven, nördlich Münster, Abholung durch „MW 2“, Polizei vorneweg, Ankunft im Stadtparkrestaurant in Rheine. Es ist 10.15 Uhr – eine Viertelstunde zu spät.

Trotz der frühen Stunde ist der große Saal voll. Beifall beim Einzug. Gastgeber: Industrieverein Rheine. Die örtliche Prominenz klagt über das (wirkliche oder vermeintliche) Schattendasein des westlichen Münsterlandes. Das vorwiegend mittelständische Publikum überreicht eine Flasche Klaren und heimisches Bier. Seine Sympathie für den Politiker ist mit Händen zu greifen.

Und dann legt er, noch etwas unangewärmt wegen der frühen Stunde, los. Dabei fällt zweierlei auf: Erstens kennt Graf Lambsdorff keine Vergangenheit mehr, und zweitens kann es peinliche Fragen gar nicht geben, weil er sie alle selber stellt – und angemessen beantwortet.

Aber er trifft den Ton. Die Textilindustrie ist hierorts ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deswegen steigt er über das Welttextilabkommen ein, redet von Lohnveredelung und Re-Importen, von den Zeiten Ludwig Erhards, flicht ein Kompliment für den gewaltigen und weitgehend gemeisterten Strukturwandel der Textilindustrie ein, addiert eine Gewissenserforschung. „Ich weiß ja“, meint er, „Ihr helft Arbed und der AEG, da kommt der Staat, und wir Kleinen gehen über die Wupper.“ Die Besucher nicken. Genauso empfinden sie die Misere auch. Und da sagt der Graf mit blanker Brust: „Ich kann dieser Kritik nichts entgegensetzen.“ Vor Schreck über die Offenheit klatschen die Leute.

Sein preußisches Idiom, der eingestreute, begrenzt-originelle Scherz, die Offenheit für Kritik wirken anziehend. „Die Wende ein Jahr früher wäre besser gewesen“, meint ein Zuhörer. Applaus. Bei dem für die Union peinlichen Thema der Zwangsanleihe belieben der Graf wie folgt zu scherzen: „Ich suche schon immer jemanden, bei dem ich nichtrückzahlbare Schulden machen kann.“ Beifall.

Es kommen Fragen. Sie ranken sich um Subventionen und Protektionismus, um Dumping-Einfuhren aus Fernost und Ostblock, um die Sorgen einer Region, die unter die Mahlsteine des internationalen Dirigismus geraten ist.

In sausender Fahrt geht es weiter nach Steinfurt; öffentliche Kundgebung auf dem Graf-Arnold-Platz. Fröstelnde Laufkundschaft, aufrechte FDPisten. „... und begrüßen wir unseren Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff!“ Tröpfelnder Beifall, der freilich im Münsterland als frenetisch gelten darf. 150, vielleicht 200 Menschen scharen sich um das gelbe Podium, viele junge Leute, Hausfrauen, Rentner.

Lambsdorff rechnet zuerst mit der SPD ab, wobei seine Zuhörer es für völlig abwegig halten müssen, daß die FDP jemals eine Koalition mit derselben hatte. Vergangenheit kommt nur in bewältigter Form vor. Die Zuhörer klatschen, als er die Liberalen als Saubermänner im Wahlkampf herausstreicht, angelegentliche Abrechnung mit den Grünen („Sie fragen gut, geben aber schlechte Antworten“). Für Aussteiger habe man viel übrig, meint er, aber Pensionsberechtigung wolle man ihnen denn doch nicht gewähren.

Kern dieser und der folgenden Reden ist die Sache mit der Schnapsidee. Der Minister hat ein leichtfaßliches Kolleg in Sachen Volkswirtschaft vorbereitet. Bei der „Schnapsidee“ zu glauben, es könne den Arbeitnehmern gut gehen, während die Unternehmen am Rande des Konkurses herumkrebsten. „Entweder geht es beiden gut oder beiden schlecht.“

Er sei beileibe kein Kämpfer für die Unternehmerschaft, aber Gewinne müßten nun einmal sein. Und je höher sie ausfielen, desto sicherer die Arbeitsplätze. Die FDP wolle den Bürgern keine goldenen Berge versprechen, auch „kein Land, wo Milch und Honig fließen“. Die Koketterie mit dem „Nichtversprechen“ taucht in allen Reden auf.

Auch die Sache mit der „helfenden Hand“ empfindet der FDP-Politiker als besonders wirksam. „Wenn jemand eine helfende Hand braucht, so müssen wir ihm sagen: ‚Guck zuerst an deinem rechten Arm herab – dort findest du die erste helfende Hand‘.“ Der Applaus hält sich in Grenzen, vielleicht auch deswegen, weil man derart feinziselierte Sozialpolitik selten vernimmt.

Die örtlichen FDP-Kandidaten, rege, nicht ungeschickt, lächeln jedesmal säuerlich, wenn Lambsdorff die Abgabe „wenigstens“ der Zweitstimme für die FDP preist. Für Fragen hatte er sich zwar Zeit genommen, aber die örtlichen Liberalen ließen diesen Teil ausfallen.

Die Jagd geht weiter nach Gronau – Arbeitslosenquote von 19,8 Prozent. Eine schwer angeschlagene Region, dort wo das Münsterland an die Niederlande stößt. Der Industrieverein gibt ein Mittagessen („Grünkohl“), diskutiert Strukturpolitik, gibt dem Grafen erstaunliche Denkanstöße mit nach Bonn. Man spricht eine gemeinsame Sprache, wobei Lambsdorff nicht verhehlt, daß die strukturpolitischen Überlegungen dieses Problemgebiets wohl in den Bürokratenmühlen steckenbleiben dürften.

„Im großen Wasserkopf Bonn wird zuviel nachgedacht“, meint ein Mittelständler. Ein anderer beklagt die Streckenstillegungen der Bahn. Der Wirtschaftsminister scheint ihr Mann zu sein, wenngleich dieser Wahlkreis felsenfest in CDU-Hand ist.

Um 14.00 Uhr schließlich Kundgebung im „Alten Fritz“ in Gronau. Der Saal darf gerammelt voll genannt werden. Hier ist die FDP in der Diaspora, aber offenbar bringt man ihr Sympathie entgegen. Lambsdorff locker vom (mitgebrachten) Hocker, im Plauderton: Abrechnung mit den Roten, dann mit den Grünen, dann volkswirtschaftliches Kolleg. „Die Grünen betreiben arbeitnehmerfeindliche Politik.“ Und wenn die Aufmerksamkeit etwas abebbt, flicht er ein: „Die Steuern sind wahrlich hoch genug.“ Hier stellt sich Beifall zwingend ein.

„Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß wir es schaffen“, meint der FDP-Politiker. Listig zitiert er Umfragen, die bereits die Acht erklimmen. Seine Zuhörer glauben daran, daß Lambsdorffs FDP auch im nächsten Bundestag vertreten ist. „Bitte finden Sie uns nicht nur sympathisch, sondern wählen Sie uns auch“, erinnert ein Parteiredner seine Zuhörer. Der Graf zweifelt nicht, in seiner Umgebung wäre dieser Gedanke eine frivole Abseitigkeit.

Das SPD-Programm eines „Zweiten Arbeitsmarktes“ soll „uns alle hinter die Fichte führen“, spricht der Wirtschaftsminister. Ein Rentner bemerkt dazu – in Verkennung der gräflichen Sottise –, jetzt komme er wohl zum Waldsterben. Tut er aber nicht.

Zustimmung kitzelt er jedesmal heraus, wenn er mit abschüssigem Schmunzeln die Neue Heimat herunterputzt oder auch dann, wenn er „diesem 67jährigen älteren Herrn aus Bayern“ angelegentlich eine Erwähnung zukommen läßt. Das ist gekonnt, meist auch wirksam.

In dem schwerangeschlagenen Strukturgebiet meldet sich jedoch kein Arbeitsloser zu Wort. Einmal kommt das Thema „Parteispenden“ und der Name Flick auf, aber souverän stellt der Minister die Sache in die Reihe, doziert einige Sätze über die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit zweier einschlägiger Paragraphen. Intellektuelle Herausforderungen sind das alles nicht.

Mit dem Hubschrauber geht's bei böigem Wind zurück nach Bonn. Zwischen Wuppertal und Leverkusen ein Nickerchen. Dann ins Kanzleramt zur „Konzertierten Aktion“, die heute nicht mehr so heißt. Anschließend Fahrt nach Düsseldorf mit „MW 1“. Rund 450 Menschen in den Rheinterrassen, einige Aufmüpfige, aber auch viel Beifall. Schließlich Abfahrt mit dem D 825 Schlafwagen nach München – 22 weitere Wahlveranstaltungen hat der Graf noch vor sich. Käpt'n Ahab ist finster entschlossen, den Weißen Wal zu erlegen.

Grundigs Partner in spe hält es mit der „Japanisierung“

Von JOACHIM WEBER

Wären da nicht die ganz und gar europäischen Gesichter der Frauen und Männer in den Produktionshallen, man fühlte sich in ein japanisches Fernsehgeräte-Werk versetzt: Eine Unzahl japanischer Maschinen, die winzige elektronische Bauteile vollautomatisch auf die ebenso automatisch vorbereiteten Leiterplatten stekken und kleben, Justierautomaten, deren kleine Schraubenschlüssel vom Meßcomputer gedreht werden, oder ein Greifarm, der Bildröhren aus ihrer Verpackung nimmt und behutsam auf eine Fließband-Palette setzt.

Für die Techniker des französischen Elektrokonzerns Thomson-Brandt, der sich anschickt, Muttergesellschaft der deutschen Grundig AG zu werden, ist solche „Japanisierung“ der Fertigung bewußte Strategie, geboren aus der Einsicht, daß Japan seine europäische Konkurrenz auf diesem Gebiet hinter sich gelassen hat.

„Wir haben den Spieß umgedreht“, meint René James, Leiter des TV-Werks im französischen Angers. „Wir schauen, was die Japaner machen und kopieren das dann oder machen es möglichst besser. So haben die das früher auch mit uns gemacht.“

Das „Bessermachen“ besteht in erster Linie in noch weitergehender Rationalisierung im Fertigungsablauf in der Geräte-Konzeption. So stehen sowohl in Angers als auch im deutschen Saba-Werk im Schwarzwald-Städtchen Villingen (wo auch die Deutschland-Zentrale für Thomsons Unterhaltungselektronik sitzt) japanische Automaten, die teilweise in Japan selbst noch gar nicht im Einsatz sind.

„Wir haben alles automatisiert, was sich bislang automatisieren läßt – das ist unsere einzige Chance, mit dieser Art von Produktion in einem europäischen Land zu überleben“, erklärt Erich Geiger, deutscher Forschungschef für die gesamte „Braune Ware“ des Konzerns und Herr über die beiden Entwicklungslabors in Angers und Villingen.

Zum direkten Kostenvorteil kommt dabei auch noch der Qualitätseffekt: „Je weniger Leute in das Gerät hineingreifen, desto weniger Fehler tauchen auf.“ Unterstützt wird die Wirkung der Automation schließlich auch noch durch die Konstruktion der Geräte. Bestand jedes Fernsehgerät bei Thomson 1973 noch aus 1350 elektronischen Bauteilen, die überwiegend von Hand montiert und gelötet wurden, so waren es 1982 nur noch 500 Teile, von denen 400 bereits vom Automaten auf die Leiterplatten gesetzt wurden. Diese Entwicklung ist noch längst nicht am Ende.

Die „japanische“ Strategie hat natürlich auch ihre Kehrseite. Daß zum Beispiel ein Fernsehgerät 1973 noch 16 Stunden und 1983 weniger als 2 Stunden Produktionszeit erfordert, kann ebensowenig ohne Folgen bleiben wie der Einsatz der Bestückungsautomaten, von denen ältere Baumuster jeweils etwa 15, die neuesten Modelle sogar an die 45 traditionelle Arbeitsplätze ersetzten. Vielleicht tröstlich: Ein Justierautomat, der heute 7 bis 8 Personen ersetzt, wird in Zukunft selbst überflüssig – neue Bauelemente sollen sich untereinander selbsttätig abstimmen.

Den Rationalisierungseffekt illustrieren am besten die Zahlen der beiden französischen Farbfernseh-Geräte-Werke in Angers und Maugelec. 1976 produzierten sie mit 3900 (zu 70 Prozent ungelernten) Mitarbeitern 331 000 Fernsehgeräte, 1982 liefen 620 000 Einheiten von den Bändern, aber mit einem Einsatz von nur noch 2550 Personen.

In diesem Jahr werden bei unveränderter Beschäftigung 700 000 Geräte angepeilt. Inzwischen ist der Anteil der ungelernten Kräfte in der Produktion auf unter 50 Prozent gesunken, auch mit Hilfe eigener Schulungsprogramme. Er soll in den nächsten zwei Jahren noch einmal halbiert werden.

Den Vorwurf, „Jobkiller“ zu sein, halten die Thomson-Manager gleichwohl für unberechtigt. „Wenn wir das nicht machen, erledigt es der Markt. Dann sind überhaupt keine Arbeitsplätze mehr da“, sieht Werksleiter James das Problem ganz nüchtern.

Als Beispiel dafür sieht der deutsche Geschäftsführer Rudolf Köberle an, was sich in den deutschen Thomson-Betrieben in den letzten Jahren getan hat. Die Werke von Nordmende (übernommen 1979/80), Saba (1980) und Dual (1982) wären in ihrer einstigen Struktur nicht überlebensfähig gewesen. Nach harter Rationalisierung, die in zwei Jahren 100 Millionen Mark kostete, sind heute die 3700 Arbeitsplätze in Bremen, Villingen und St. Georgen wieder sicher.

Dual steckt freilich noch im Verlust; Saba und Nordmende arbeiten mit kleinem Gewinn beziehungsweise knapp ausgeglichen. „Immerhin macht uns das Fernsehen schon wieder Spaß“, freut sich Köberle. 750 000 Geräte werden in Deutschland 1983 produziert, mehr als in der Konzernheimat. Und mit 1,75 Milliarden Mark trägt das deutsche Marken-Trio fast ein Drittel der 15 Milliarden Franc, die Thomson insgesamt im Konsumenten-Geschäft umsetzt.

Daß der Ruf des Konzerns in der deutschen Öffentlichkeit dennoch lädiert ist, haben sich die Franzosen selbst eingebrockt, wie sie heute auch eingestehen. Das Image, das sie sich mit der wenig feinfühlig durchgezogenen Schließung des Ulmer Fernsehröhren-Werks Videocolor einhandelten, bekamen sie schon beim nächsten Vorhaben zu spüren: Dem Einstieg bei Grundig stehen so viele Vorbehalte von Politikern und Interessenvertretern gegenüber, daß das Kartellamt inzwischen schon als das kleinere Hindernis anzusehen ist. Hätten die Thomson-Manager hierzulande beizeiten klargemacht, daß auch das französische Röhrenwerk geschlossen wurde, um die Gesamtfertigung in Italien zu konzentrieren, dann könnten sie es leichter haben.

Nun heißt es, wieder gut Wetter zu machen. Denn der deutsche Partner Grundig hat einen beachtlichen Marktanteil und eine attraktive europaweite Vertriebsorganisation. Die von den Japanern vorgegebene Überlebensstrategie zwingt zu größeren Stückzahlen und zur Kooperation. Mit der Vereinigung der Videorekorder-Verkäufe von Thomson und Grundig käme man heute gerade auf jene eine Million Stück, die von den Experten als Minimum einer halbwegs konkurrenzfähigen Produktion angesehen werden. Daß bei Grundig eine eingefahrene Video-Produktion existiert – Thomson importiert aus Japan –, ist eine zusätzliche Verlockung.

So klingt es denn auch viel überzeugender, wenn Jacques Fayard, als Chef des Konsumgüter-Bereichs von Thomson-Brandt Herr über 29 Prozent der 47 Milliarden Franc (gut 16 Milliarden Mark) Konzernumsatz, signalisiert: „Thomson beabsichtigt, als guter Franzose in Frankreich und als guter Deutscher in Deutschland zu handeln.“ Es könne keineswegs darum gehen, französische Arbeitsplätze in Deutschland zu beschaffen, meint er, auch mit dem Blick auf Grundig.

Das Interesse am Fürther Konkurrenten endet nicht beim Video-Geschäft: „Wenn wir mit Grundig zusammen HiFi machen, dann wird das von der Menge her etwas sehr Schönes“, schmunzelt Deutschland-Chef Köberle in Vorfreude. Zudem baut Grundig Lautsprecher, Kassettenlaufwerke und Holzgehäuse für Fernsehgeräte, alles Dinge, die es bei Thomson bislang nicht gibt.

Eine Befürchtung, die häufiger laut wurde, scheint dennoch nicht sehr fundiert, daß nämlich Thomson mit Grundig „überlegene“ deutsche Technik einkaufen wolle. Immerhin geben die Franzosen jährlich fünf Milliarden Franc (1,75 Milliarden Mark) für Forschung und Entwicklung aus. Und Technik-Direktor Geiger hat in seinen Labors etliche „Spielzeuge“, die auch für Grundig eine Chance zur Ergänzung bieten könnten: den Acht-Millimeter-Band-Videorekorder der nächsten Generation, die volldigitale Fernsehkamera oder das Satelliten-Fernsehen.

Doch noch ist es nicht so weit. Neben Politikern, Gewerkschaftern und Kartellbeamten gibt es noch ein Übernahme-Hindernis: Grundigs bisheriger holländischer Partner und Großlieferant Philips zeigt bislang wenig Neigung, auf sein knappes Viertel am Fürther Kapital zu verzichten. Seinen Ausstieg aber hat das Kartellamt zur Vorbedingung für ein erstes vorsichtig-zustimmendes Kopfnicken zum Großeinkauf der Franzosen gemacht.



Im Villinger Saba-Werk fertigt Thomson-Brandt mit japanischen Bestükkungsautomaten die Elektronik seiner deutschen TV-Produktion. FOTO DIE WELT

CDU fordert Neuregelung beim Datenschutz

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Thesen zu den „sensiblen" Bereichen Umweltschutz und Datenschutz veröffentlicht, die ihrer Meinung nach in der nächsten Legislaturperiode Berücksichtigung finden müssen. In dem vom innenpolitischen Sprecher der Fraktion, dem Abgeordneten Karl Miltner, veröffentlichten Papier werden weitreichende Forderungen zum Umweltschutz erhoben. Die Schadstoffemissionen in der Luft, so heißt es, müßten weiter eingeschränkt und die Sofortmaßnahmen gegen das Waldsterben durch ein „Langzeitprogramm" ergänzt werden. Gefordert wird eine „Entgiftung" von Autoabgasen. Flüsse und Meere dürften „nicht zur internationalen Schuttaufnahme mißbraucht werden", betonte Miltner. Die Verhandlungen darüber müßten „politisch höherrangig" angesiedelt werden. Bei den Gesprächen mit der „DDR" über Umweltschutzvereinbarungen „könnte zur Verdeutlichung unseres Standpunktes etwa an eine Verknüpfung mit den Swingverhandlungen gedacht werden". Einen Riegel müsse auch, wie Miltner betonte, der Praxis vorgeschoben werden, daß Sonderabfälle in großem Umfang „unkontrolliert" von einem Land in das andere verbracht würden.

Beim Datenschutz – hierfür ist der Abgeordnete Paul Laufs Experte der Fraktion – setzt sich die Union für eine baldige Neuregelung ein, die unter anderem folgende Zielsetzungen verfolgt: Das Haftungsrecht soll verbessert werden. Zur Zeit müßten die Bürger bei Verstößen gegen den Datenschutz das Verschulden der Datenverarbeiter nachweisen. Das sei in der Praxis schwer möglich. Deshalb müsse hier an eine „Umkehr der Beweislast" gedacht werden. Auskünfte öffentlicher Stellen an die Bürger wegen deren personenbezogenen Daten müßten künftig grundsätzlich kostenlos sein.

Unabhängig vom Umwelt- und Datenschutz betont die Unionsfraktion, daß eine Aufweichung des Extremistenbeschlusses mit ihr nicht möglich sein wird.

„Ein Christ darf die Politik nicht dem Staat überlassen"

Ost-Berlins Bischof Forck klagt über „Belastungen und Spannungen" in den „DDR"-Schulen

DW. Berlin

Der Bischof der Ostregion der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Gottfried Forck, hat sich in einem bemerkenswerten Interview gegen den Rückzug auf ein „frommes Innenleben" durch die evangelischen Christen im anderen Teil Deutschlands gewandt. Der Glaube an Christus erlaube nicht, „die Politik dem Staat zu überlassen". Die Nachfolge Christi schließe „alle billige und grundsätzliche Anpassung an den Staat aus".

In dem schriftlichen Interview mit dem „Informationsdienst der Evangelischen Allianz" in Wetzlar (idea) klagte Forck über „Belastungen und Spannungen" im Bereich von Volksbildung und Wehrdienst in der „DDR".

Forck amtiert seit dem 1. Oktober 1981 als Oberhirte von rund 1,5 Millionen Protestanten in Ost-Berlin und den umliegenden Bezirken.

Die WELT zitiert aus dem idea-Interview eine Reihe von Fragen und Antworten zu aktuellen Themen im Verhältnis von Kirche und Staat drüben.

Frage: Es heißt von Ihnen, daß Sie das Ohr am Puls des Kirchenvolks haben. Welche Hauptprobleme beschäftigen die Gemeinden?

Forck: „Die Gemeinden beschäftigt vor allem das Problem, wie man in einer atheistischen Umwelt Christ sein kann. Manche Gemeindeglieder sind trotz der Zusagen des Staatsratsvorsitzenden vom 6. März 1978 in Sorge, ob sie als Christen die gleichen Ausbildungs- und Berufschancen haben wie die anderen Bürger unseres Staates. Andere fragen danach, wie sie sich gerade in unserer Umwelt als Christen bewähren können. Neuerdings sind gerade die aktiven Gemeindeglieder auch von der Frage bewegt, wie unsere Gemeinden finanziell selbständiger werden können.

Frage: Sie sind auch dadurch bekannt geworden, daß Sie den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" getragen haben. Was waren oder sind Ihre Gründe dafür? Tragen Sie ihn noch?

Forck: Den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" habe ich deshalb getragen, weil ich ihn für ein legitimes Zeichen halte, in dem die Zukunft bezeichnet ist, die Gott der Welt schenken will und auf die wir deshalb mit Mut und Beharrlichkeit zugehen müssen. Der Aufnäher befindet sich noch an einer meiner Aktentaschen.

Frage: Hat sich das Klima zwischen Staat und Kirche seit dem 6. März 1978 kontinuierlich gebessert?

Forck: Das Klima zwischen Staat und Kirche hat sich seit dem 6. März 1978 in einigen Bereichen gebessert. Es gibt seitdem regelmäßige Fernsehsendungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, in denen über kirchliche Arbeit orientiert werden kann und die auch missionarischen Akzent haben. Der Staat hat auch einen Vertrag über die Altersversorgung der kirchlichen Mitarbeiter mit der Kirche abgeschlossen, in dem das Interesse beider Seiten voll gewahrt worden ist. An vielen Stellen ist die seelsorgerliche Betreuung an christlichen Bürgern in staatlichen Alters- und Pflegeheimen besser möglich geworden als zuvor, und wo das noch nicht gelungen ist, haben wir die Möglichkeit, uns auf die Vereinbarungen vom 6. März 1978 zu berufen.

Allerdings gibt es im Bereich der Volksbildung und des Wehrdienstes immer noch Belastungen und Spannungen. Es ist anzunehmen, daß das auch in Zukunft so sein wird, wenn auch manche staatlichen Stellen um den Abbau von Spannungen ehrlich bemüht sind.

Frage: Ein westlicher Journalist in der DDR hat der Kirche kürzlich vorgeworfen, nach der „Niederlage" im Blick auf die Jugendweihe in den 50er Jahren den Staat nicht mehr herauszufordern bzw. sich angepaßt zu haben. Hat man sich arrangiert?

Forck: Anpassung der Kirche an den Staat wird immer und überall eine große Versuchung sein. Da sich die führende Partei in unserem Bereich aber als atheistisch versteht, ist für die Trennung von Kirche und Staat immer wieder gesorgt. Es ist den meisten Christen auch deutlich bewußt, daß der Glaube an Jesus Christus uns nicht die Möglichkeit gibt, uns auf ein frommes Innenleben zurückzuziehen und die Politik dem Staat zu überlassen. Gerade in unserem Bereich ist deutlich ausgesprochen worden, daß wir als Christen in allen Bereichen unseres Lebens Jesus Christus nachfolgen sollen. Nachfolge Christi aber schließt alle billige und grundsätzliche Anpassung an den Staat aus.

Frage: Sie sind Bischof einer seit 1972 geteilten Kirche. Hat seither der Kontakt zwischen Ost und West nachgelassen? Haben Sie noch Hoffnung, daß in absehbarer Zeit wieder eine Berlin-Brandenburgische Kirche sein könnte?

Forck: Der Kontakt zwischen Ost und West in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hat seit 1972 eher zugenommen als abgenommen. Durch die Reisebestimmungen wird der Kontakt allerdings besonders von den Gemeindegliedern und Mitarbeitern unserer Kirche in West-Berlin wahrgenommen. Wir verstehen uns noch als eine Kirche, wenn auch mit je selbständigen Kirchenleitungen und Verwaltungsbereichen. In absehbarer Zeit wird es meiner Meinung nach schon deshalb nicht zur Aufgabe dieser Selbständigkeit beider Regionen kommen, weil die Voraussetzungen des Dienstes der Kirche im Osten und Westen der Stadt Berlin zu verschieden sind.

Frage: Wird die Mauer noch einmal fallen? Welches wären dafür die Bedingungen?

Forck: Wie lange Ost- und West-Berlin politisch noch so stark voneinander getrennt sein werden, kann ich nicht beurteilen und möchte darüber auch nicht spekulieren.

Prag erwog Evakuierung in einigen Regionen

Luftverschmutzung nimmt in CSSR dramatische Form an

D. GURATZSCH, Frankfurt

Die Luftverschmutzung in der Tschechoslowakei hat im vergangenen Jahr zu einer ernsten Gefährdung der Bevölkerung geführt. Nach einem jetzt bekanntgewordenen Dokument der Menschenrechtsbewegung Charta 77, über das die Wochenzeitung der Sudetendeutschen, der „Volksbote", berichtet, mußte im Gebiet von Teplitz-Schönau, Brux, Bilin, Dux und Leutensdorf sogar die Evakuierung der Bevölkerung erwogen werden. Sie sei nur deshalb nicht durchgeführt worden, weil die föderale Regierung Nordböhmens und das ZK der KPC nicht genügend Transportmittel bereitstellen konnten und eine panikartige Reaktion der Bevölkerung befürchtet wurde.

Die gewaltige Schadstoffbelastung wird in dem Dokument auf die Verfeuerung minderwertiger, stark schwefelhaltiger Kohle zurückgeführt. Das Charta-Dokument zitiert als Beleg dafür einen für westliche Experten zunächst nicht umrechenbaren Schlüssel, nach dem eine Konzentration des Schwefeldioxids von „600 Einheiten" in der Atemluft die „höchste Grenze darstellt, die der Mensch ohne Gesundheitsschäden ertragen kann". Aber schon vor drei Jahren seien bei Flächenmessungen in Komotau 860, in der Umgebung Komotaus 1300, in Görkau 1000, in Klösterle an der Eger 880, in Weipert 1200 Einheiten gemessen worden. Ähnlich sehe es „vielerorts um Brüx, Teplitz, Aussig sowie in der Umgebung von Karlsbad und Eger" aus.

Tatsächlich habe die Regierung der tschechischen Teilrepublik in einem nicht veröffentlichten Bericht des vergangenen Jahres den „katastrophalen Gesundheitszustand der Bevölkerung im Landkreis Nordböhmen" eingestanden. Die Verfasser des Berichtes, so der „Volksbote", hätten anhand einer Statistik einen „ungewöhnlich hohen Prozentsatz von Krebserkrankungen sowie schweren Erkrankungen der Atemwege" nachgewiesen. Ergänzend dazu weist das Charta-Dokument auf den bereits im Westen bekanntgewordenen Tatbestand hin: im Erzgebirge, im Isergebirge und im westlichen Riesengebirge hat die Schadstoffbelastung dazu geführt, daß „der Wald im Sinne einer europäischen Baumkultur beinahe aufgehört hat zu existieren".

Eine weitere, ebenfalls vom „Volksboten" ausgewertete geheime Expertise, die „nur für den internen Bedarf des Amtes des Hauptarchitekten der Hauptstadt Prag" angefertigt worden ist, beschreibt auch die Luftverpestung in der tschechischen Hauptstadt selbst als alarmierend. Die Industriestaubbelastung liege hier fünf- bis achtzehnmal höher als in Städten wie Paris, London oder Chicago. In Zusammenhang damit erwähnt die Expertise, daß die Sterblichkeitsrate bei Kreislaufkranken in Prag um elf Prozent, bei Herzkranken um sieben und bei Krebskranken um 10,8 Prozent höher liegt als in der übrigen Tschechoslowakei.

Auch in der „DDR" hat die Luftverschmutzung auf 350 000 Hektar, das sind zwölf Prozent der gesamten Waldfläche, zu einem massenhaften Absterben der Bäume geführt. Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) liegt die Schadenbelastung mit Schwefeldioxid je Einwohner in der „DDR" fast zehnmal so hoch wie in der Bundesrepublik. Nahezu die Hälfte der Emissionen sei auf den Raum Halle/Leipzig konzentriert. Nach Schätzungen des DIW wird der Schwefeldioxidausstoß in der „DDR" von heute 3,5 Millionen Jahrestonnen bis 1990 sogar noch auf knapp vier Millionen Tonnen ansteigen. Dies seien die Folgen einer an der Zahlungsbilanz orientierten Rohstoffpolitik der Ersetzung von Rohöl durch Braunkohle. Auf Grund der Comecon-Abmachungen ist die „DDR" verpflichtet, sowjetisches Öl auch weiterhin zu den hohen Durchschnittspreisen der vergangenen vier Jahre zu kaufen, auch wenn der Ölpreis international fällt.

Luns: Deutsches Wahlergebnis wichtig für NATC

SAD, Den Haa

Bei einem Besuch in Den Haa hat NATO-Generalsekretär Josep Luns das Ergebnis der deutsche Bundestagswahlen als „naher ausschlaggebend für den Zusam menhalt der Nordatlantikpakt-O ganisation" bezeichnet. Von einer solchen festen Zusammenhalt abe hingen die Erfolgschancen de Genfer Rüstungskontroll-Ve handlungen zwischen den US und der Sowjetunion ab. Luns, de in Den Haag fast zwei Jahrzehnt lang das niederländische Außer ministerium geleitet hatte, ließ au einer Pressekonferenz durchbli ken, daß nach seiner Überzeugun nur von einer künftigen Bundesre gierung in der Zusammensetzun wie der jetzigen eine eventuell Verwirklichung des Nachrüstung teils des NATO-Doppelbeschlusse mit Sicherheit zu erwarten sei.

Grüne unterschreibt DKP-Wahlvorschlag

xhk. Offenbur

Die Offenburger Stadträtin Chr sta Reetz, Inhaberin des „sicheren Platzes zwei auf der Landeslist der Grünen Baden-Württemberg für die Bundestagswahl, hat im A leingang den öffentlichen Wahlvo schlag der DKP unterschrieben Offiziell lehnen die Südwest-Gr nen, wie deren Landtagsgruppen Sprecher Wolf-Dieter Hasenclev mehrmals betont hat, jede Zusam menarbeit mit der DKP ab.

„DDR": Kein Geld für Umweltschutz

DW. Berli

Die „DDR"-Wirtschaft kann sic gegenwärtig, wie die Ostberline Zeitschrift „Wirtschaftswisse schaft" eingeräumt hat, angesicht drückender Rentabilitäts-Proble me wirksame Maßnahmen zur Ve ringerung der Umweltbelastun nicht leisten. Diese Probleme re sultieren nach Angaben der Zei schrift wesentlich aus der unzure chenden Entwicklung der Produk tivkräfte sowie aus den Zwänge die der sozialistischen Gesellscha „vom internationalen Klasse kampf" auferlegt würden. Das Os berliner Blatt bezeichnete es in de Auseinandersetzung mit westl chen Ökologen als unwissenschaf lich, die in der „DDR" bestehen den Mißverhältnisse zwischen Na tur und Gesellschaft als grundsät lichen Widerspruch zwischen de modernen Zivilisation und der Naturhaushalt aufzufassen.

Vogels Programm für „DDR"-Gespräche

AP, Osnabrück

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel hat für den Fall seiner Wahl zum Bundeskanzler ein „umfangreiches Programm" für Gespräche mit der „DDR" angekündigt.

In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Vogel, seine Regierung werde zunächst das Abrüstungsproblem verstärkt mit der Ostberliner Regierung erörtern. Er garantiere, daß Verhandlungen der Abrüstungsbeauftragten von Bonn „in konstruktivem Geist" geführt würden. Beide deutsche Staaten könnten in ihrem Bündnis Entwicklungen unterstützen, die zu einer Reduzierung der Raketen und einem Stopp der Rüstungsspirale führten.

Notwendig sei auch eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei der die Bundesrepublik Deutschland an mehr Aufträgen und die „DDR" an längerfristigen Perspektiven interessiert sei, da ihr Wirtschaftssystem nicht sehr flexibel sei.

Zur Innenpolitik erklärte Vogel, er wolle für den Fall einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung nach dem 6. März auch mit den Grünen Gespräche führen.

Fidschis helfen „DDR" aus der Klemme

Ost-Berlin konnte in Genf Verurteilung wegen Menschenrechtsverletzung verhindern

WERNER KAHL, Berlin

Dem 81jährigen Valerian Sorin – erster Kreml-Botschafter 1956 in Bonn – ist es jetzt bei den Vereinten Nationen in Genf anscheinend gelungen, die Ostberliner Führung vom Vorwurf der Menschenrechtsverletzung reinzuwaschen. Dem Geschick des diplomatischen Fuchses verdankt die „DDR" nach Berichten von Ostblock-Funktionären in Berlin die als „Freispruch" aufgefaßte Behandlung der ihr 1982 zugestellten Anklage im Plenum der UN-Menschenrechtskommission.

Nach UN-Brauch hatte der Vorsitzende der Kommission, Olara Ottuna (Uganda) Montagabend lediglich bekanntgegeben, die 43 Mitgliedsstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, hätten die Menschenrechtssituation in mehreren Ländern erörtert. Diese Länder sind den offiziellen UN-Angaben zufolge in alphabetischer Reihenfolge: „Afghanistan, Argentinien, DDR, Haiti, Paraguay, Türkei und Uruguay". Ein Erfolg Ost-Berlins, trotz der international angeprangerten Menschenrechtsverletzungen an der innerdeutschen Grenze und im Verhalten gegenüber den „DDR"-Einwohnern nicht verurteilt zu werden, zeichnete sich schon bei der Vorbereitung der diesjährigen 39. Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission ab. Im Arbeitsausschuß wurde unter Vorsitz des Bulgaren Borislav Konstantinov die Empfehlung abgegeben, die der „DDR" im Vorjahr zur Last gelegte Menschenrechtsverletzung gemäß UNO-Resolution „ECOSOC 1503" gar nicht erst im Plenum zu behandeln. Dem Ausschuß gehören die Länder Bulgarien, Kanada, Kuba, Tansania und Zypern an.

Diese von der Ostberliner Delegation mit sichtlicher Genugtuung aufgenommene Empfehlung, so „DDR"-Beobachter Hans-Wolfgang Mattern zu einem Ostblock-Konfidenten, konnte jedoch nicht verhindern, daß über die Situation in der „DDR" gesprochen wurde. Die Abstimmung pro oder contra hatte ein Verhältnis von 17 (Ja) zu 14 (Nein) zu 11 (Enthaltungen) ergeben. Der Ostblock votierte einstimmig gegen eine Behandlung. Der Ostberliner Sprecher verteidigte die ablehnende Haltung mit der Behauptung, die Delegation habe nicht ausreichend Zeit gehabt, sich auf die Vorwürfe vorzubereiten, obwohl diese bereits am 30. Juni vergangenen Jahres eingereicht worden und seitdem auch der „DDR" bekannt waren.

Die nach der Debatte erfolgte Abstimmung ergab ein Verhältnis von 14:14:14. Also eine Pattsituation. Damit konnte die „DDR" nicht verurteilt werden. Vollends als Erfolg verbuchte die Ostberliner Delegation den im Plenum gescheiterten westlichen Antrag, den Fall nunmehr an die Subkommission zurückzuweisen und dort weiter zu behandeln. Unter den 21 Delegierten, die gegen den Antrag votierten, befanden sich die Vertreter Indiens, Pakistans, Uruguays, der Philippinen und der Sprecher der Fidschi-Inseln, mit denen die „DDR" seit 1974 diplomatische Beziehungen hat. Bei der ersten Abstimmung hatten Uruguay und die Fidschi-Inseln noch für die Behandlung von Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" gestimmt.

Befriedigt über die Schützenhilfe durch Pakistan empfing der stellvertretende „DDR"-Staatsratsvorsitzende Paul Verner am vergangenen Wochenende in Ost-Berlin Botschafter Abid Zahid. Unklar war gestern, ob die Menschenrechtsverletzungen an den noch verbleibenden Tagen der öffentlichen Sitzungen zur Sprache gebracht werden.

Wer zweimal wählt, muß mit Gefängnis-Strafe rechnen

WELT-Gespräch mit Bundeswahlleiter Kroppenstedt

hey. Bonn

In mehreren Städten haben Bürger zwei Wahlbenachrichtigungen erhalten. Bekannt sind unter anderem Fälle in Dortmund, Aachen, Köln und Bonn. Die WELT sprach darüber mit Bundeswahlleiter Franz Kroppenstedt.

WELT: Herr Kroppenstedt, wie ist so etwas möglich?

Kroppenstedt: Das kommt zustande, weil die Melderegister unrichtig sind. Ich habe zum Beispiel gerade mit einem Herrn gesprochen, der sogar drei Wahlbenachrichtigungen bekommen hat.

WELT: Haben Sie Anhaltspunkte, wie viele Bürger hier betroffen sind?

Kroppenstedt: Die haben wir leider nicht. Sonst könnten wir zugreifen. Aber wir wissen, daß der Anteil an bestimmten Gruppen, wie Studenten, besonders groß ist. Das hängt oft mit fehlenden An- und Abmeldungen oder dem Übergang von einem Neben- zum Hauptwohnsitz zusammen.

WELT: Kann hier in Zukunft Abhilfe geschaffen werden?

Kroppenstedt: Ich setze auf das Volkszählungsgesetz. Es sieht auch vor, daß die Melderegister mit den Volkszählungsdaten abgeglichen werden. Damit und mit den neuen melderechtlichen Bestimmungen wird weitestgehend sichergestellt, daß in Zukunft jeder nur noch eine Wahlbenachrichtigung erhält.

WELT: Wenn ein Bürger nun am 6. März zweimal wählt?

Kroppenstedt: Das ist eine Wahlfälschung. Der Betroffene kann mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden.

WELT: Sehen Sie durch dieses Problemfeld die Gefahr einer Wahlanfechtung?

Kroppenstedt: Wenn bekannt würde, daß in einer großen Zahl solche doppelten Wahlen vorgenommen worden sind und die Ergebnisse so knapp ausfallen, daß es auf eben diese Stimmen ankommt, könnte es dazu kommen.

WELT: Mit welcher Wahlbeteiligung rechnen Sie diesmal?

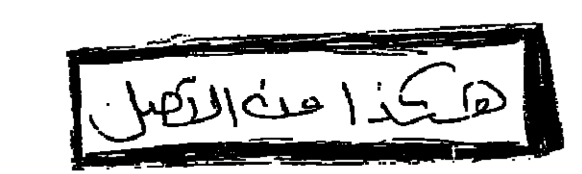
Kroppenstedt: Die höchste hatten wir 1972 mit 91,1 Prozent. Ich glaube nicht, daß es am Sonntag eine Rekordbeteiligung gibt. Ich rechne um die 90 Prozent.

Antrag der Grünen in Mainz abgelehnt

dpa, Main

Das Verwaltungsgericht Main hat einen Antrag der Grünen au Erlaß einer einstweiligen Anord nung gegen das Zweite Deutsch Fernsehen abgelehnt, mit der di Grünen eine Teilnahme an de Fernsehdiskussion zur Bundes tagswahl am Donnerstag erzwin gen wollten. Die Begründung wer de erst veröffentlicht, wenn der Be schluß dem ZDF und den Grüne zugestellt sei, erklärte der Präsi dent des Verwaltungsgerichts Manfred Schunk, gestern auf Anfrage in Mainz. Die Grünen hatten in ihrem Antrag auf die nicht gege bene Chancengleichheit mit der anderen Parteien hingewiesen.

DIE WELT (usps 603-590) is published dai except sundays and holidays. The subscrip tion price for the U. S. A. is US-Dollar 365,0 per annum. Second class postage is paid a Englewood, N.J. 07631 and at additional mai ling offices. Postmaster: Send address chan ges to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J 07632.



Belgrad sagt Oppositionellen den Kampf an

cgs. Wien

Eine scharfe Warnung hat das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunisten an die intellektuelle Opposition gerichtet. Auf einer Plenarsitzung in Belgrad warf Kiro Hadzivasilev, Mitglied des Parteipräsidiums, den Intellektuellen vor, sie suchten unter dem Schutz künstlerischer Freiheiten eine Konfrontation mit der Partei. Hadzivasilev sprach von „maskierten Feinden", gegen die der Kampf aufgenommen werden müsse.

Nach seinen Angaben sei auf manchen kulturellen Veranstaltungen die Absicht gewisser Intellektueller erkennbar, das jugoslawische System zu zerstören. Falls sich die Partei ihnen gegenüber passiv verhalte, könnten sie zu einer großen Gefahr werden. Die Partei werde dem Druck aber nicht nachgeben und keinen einzigen Schritt in Richtung auf eine Demokratie westlicher Prägung machen.

Diouf bleibt Präsident Senegals

AP, Dakar

In Senegal ist gestern der bisherige Präsident Abdou Diouf offiziell zum Sieger der Präsidentenwahl erklärt worden. Wie Innenminister Medoune Fall mitteilte, entfielen auf Diouf 86 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Sein Stimmenanteil sei damit höher gewesen als die 82,2 Prozent, mit denen 1978 Dioufs Amtsvorgänger Leopold Sedar Senghor gewählt worden sei, sagte der Minister. Die Wahlbeteiligung wurde mit 55 Prozent angegeben.

Erzbischof von Hanoi unter Hausarrest

KNA, Bonn

Unter zunehmenden Druck gerät nach Informationen der Deutschen Bischofskonferenz die katholische Kirche in Vietnam. Nach zahlreichen Verhaftungen von Bischöfen und Priestern sei jetzt auch der Vorsitzende der Vietnamesischen Bischofskonferenz, der Erzbischof von Hanoi, Kardinal Joseph-Marie Trinh van-Can, unter Hausarrest gestellt worden. Etwa 130 Priester befänden sich in Umerziehungslagern.

Peking und Moskau verhandeln weiter

rtr/AP, Moskau

In Moskau hat gestern die zweite Runde der sowjetisch-chinesischen Gespräche über die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen begonnen. Die chinesische Delegation wird vom stellvertretenden Außenminister Qian Qichen geleitet, die sowjetische von Vize-Außenminister Leonid Iljitschow.

Über die Tagesordnung der Gespräche, die im vergangenen Oktober in Peking aufgenommen wurden, gab es keine offiziellen Angaben. Beobachter erwarten jedoch, daß China im wesentlichen zwei Forderungen stellen wird: Ausdünnen der sowjetischen Truppen entlang der Grenze zur Volksrepublik und in der Mongolei sowie ein Kurswechsel in der sowjetischen Kambodscha- und Afghanistan-Politik.

Ungelöst sind zudem die territorialen Ansprüche Chinas an die Sowjetunion, über die von 1969 bis 1978 ergebnislos verhandelt worden war. In der sowjetischen Wochenzeitschrift für Außenpolitik, „Neue Zeit", war im vergangenen Monat Interesse an der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen bekundet worden.

Harte Worte von Karl Schiller an den Genossen von Dohnanyi

Regierungserklärung in Hamburg stößt bei Parteifreunden auf deutliche Kritik

Von HERBERT SCHÜTTE

Vor der Hamburger SPD-Zentrale löste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi gestern eine ebenso hautnahe wie dem Edelmann artfremde Zusage aus dem Bürgerschaftswahlkampf vom letzten Dezember ein: Er trat in einer Latzhose auf. Der Herr mit der Vorliebe für den Nadelstreifen hatte sich, als er gestern wahlkampfwirksam das Kleidungsstück überstreifte, in dem sonst sein ehemaliger Gesprächspartner von den Grün-Alternativen, Thomas Ebermann, aufzutreten pflegt, verschätzt: Dohnanyi war beim Kauf mit einer Hose der Größe 52 aus dem Laden gegangen. Das Maß lag zwar in der Nähe seines Wahlerfolges von 51,3 Prozent, war aber entschieden zu weit. Es muß dem Bürgermeister, der höchst ungern einen Fehler zugibt, nicht leicht gefallen sein, die eigene Einschätzung nach unten hin zu korrigieren. Es war nicht die einzige Korrektur, die der Chef der Stadtstaats-Regierung in den vergangenen Tagen hinnehmen mußte. Klaus von Dohnanyi hatte mit seiner Regierungserklärung in der vergangenen Woche viel Kritik – auch aus dem Munde prominenter Parteifreunde – ausgelöst.

Das, was der Bürgermeister unter dem Leitgedanken „Hamburg hilft sich selbst" als Kurs für die nächsten vier Jahre vorlegte, war von Wahlkampfrhetorik zwar weitgehend frei. Doch die „Selbsthilfe"-Parole, mit der Dohnanyi eine Stadt schmücken wollte, die gegenwärtig 75 000 Arbeitslose zählt und die im Haushalt 1983 fast zwei Milliarden Mark für die Bezahlung ihrer Schulden aufwenden muß, offenbarte sich rasch als wenig stichhaltig. Der Senat zielt in Wirklichkeit auf Hilfe aus fremden Quellen, zum Beispiel aus den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit. Sie soll den von Dohnanyi überregional propagierten „zweiten Arbeitsmarkt" finanzieren, und zwar zu zwei Dritteln. „Ihr zweiter Arbeitsmarkt ist ein gigantisches Gemälde", hielt CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau dem Bürgermeister vor, „es ist aufgebauscht, es erweckt falsche Erwartungen".

Während der Griff in den Nürnberger Geldtopf noch legitim ist, so erscheint der Versuch des Spitzenmannes der Rathaus-Regierung, die Bundesbank anzuzapfen, in höchstem Maße bedenklich. In seiner Regierungserklärung verlangte Dohnanyi eine Prüfung, ob die Bundesbank der Hansestadt und anderen Bundesländern zinsgünstige Sonderrediskonte zur Verfügung stellen könne. Solche Kredite mit besonderen Zins- und Tilgungskonditionen könnten – so

Landesbericht Hamburg

kalkulierte der Bürgermeister – „eine soziale Steuerung des Strukturwandels finanziell möglich machen, indem sie die Ausgabenfinanzierung heute ohne volkswirtschaftlich unsinnige und unzumutbare Belastung der Haushalte von morgen gestatten".

Hatte Dohnanyi damit ein „Faß aufgemacht", noch dazu ein Faß ohne Boden? Schon in der Fraktion hatten Finanzexperten wie der ehemalige Fraktionschef Ulrich Hartmann und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Gerd Weiland, den Bürgermeister gewarnt. In der Regierungserklärung wurde der begehrliche Blick auf die Bundesbank begrenzt, „Bund, Länder und Bundesbank sollten prüfen", hieß es in der Endfassung von Dohnanyis Vorschlag. Parteifreund Karl Schiller attackierte den Genossen Dohnanyi heftig: „Ein solcher Weg würde in der Wirtschaft und in der Bevölkerung unweigerlich die Inflationserwartungen entfachen."

Am Wochenende lehnte auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss (CSU), die Senatsvorschläge kategorisch ab. „Unsolide Finanzpraktiken seien kein Weg zur Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme", sagte Voss. Der „Traum vom Schuldenmachen ohne Reue", wie die Hamburger CDU-Führung die Ideen aus dem Bürgermeisteramtszimmer deutete, scheint sich im Nichts aufzulösen – zumindest, wenn die christlich-liberale Koalition am 6. März bestätigt wird.

Bis dahin wartet Klaus von Dohnanyi auch aus anderen Gründen ab: Das Personalkarussell, das sich in den kommenden Wochen in Hamburg in Bewegung setzen wird, hängt von den künftigen Aufgaben hanseatischer SPD-Politiker in Bonn ab. Überfällig ist zum Beispiel die Ergänzung und Aufgabenneuverteilung des „Syndikats", wie das Gremium der Staatsräte (Staatssekretäre) genannt wird. Hier soll zum ersten Mal in der Geschichte dieser alten Hamburger Einrichtung eine Frau einscheren. Die dafür vorgesehene Eva Rühmkorf, Leiterin der „Leitstelle Gleichstellung der Frau", gehört jedoch zum „Schattenkabinett" Hans-Jochen Vogels. Das gleiche gilt für Hans Apel. Bleiben Vogel und sein Team in der Opposition, dann dürfte Apel einen Ruf aus seiner Heimatstadt erreichen – und annehmen: Er soll im April als Nachfolger des in den Senat aufgerückten Jörg König Landesvorsitzender der Hamburger SPD werden.

Italien fürchtet Folgen einer rotgrünen Koalition

Mehr Aufmerksamkeit denn je für deutschen Wahlkampf

F. MEICHSNER, Rom

Niemals zuvor ist ein Bundestagswahlkampf in der italienischen Öffentlichkeit und in römischen Regierungskreisen so aufmerksam verfolgt worden wie diesmal. Die Überzeugung ist weit verbreitet, daß vom Ausgang dieser Wahl das Schicksal Europas und der westlichen Allianz abhängen kann. „Auf dem deutschen Volk liegt eine schwere Verantwortung."

Solche und ähnliche Äußerungen bekommt man dieser Tage immer wieder im Lager der aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen gebildeten Regierungskoalition zu hören. Sie sind meist verbunden mit dem Ausdruck der Besorgnis, daß die Bundesrepublik „ausfallen", daß sie unregierbar und unberechenbar werden könnte. „Deutschland nimmt eine zentrale Position in Europa ein", sagte in privatem Gespräch ein Regierungsbeamter. „Kontinuität und Kohärenz seiner Politik sind für uns alle von größter Bedeutung."

Daß eine eventuell von den „Grünen" konditionierte SPD-Regierung die Grundlinien deutscher Europa- und Atlantikpolitik zu garantieren bereit und in der Lage wäre, wird weithin bezweifelt. „Hans-Jochen Vogel", so schrieb gestern die linksliberale Turiner „Stampa", „hat aus der Ungewißheit eine Kunst gemacht. Wenn Hamlet sich Zweifel vorlegte, so schafft Vogel selbst absichtlich solche Zweifel. Er produziert sie mit solcher Meisterschaft, daß kein unparteiischer Beobachter heute – nicht einmal annähernd – voraussagen kann, wie ein Bundeskanzler Vogel in vielen Dingen, besonders auf dem Gebiet der Euro-Raketen, handeln würde."

Alberto Ronchy, einer der prominentesten politischen Publizisten des Landes, schrieb in der – ebenfalls linken – „Republica": „Sollten Vogels Sozialdemokratie und die Grünen am 6. März die Wahl gewinnen, könnte der ganze eurostrategische Plan der NATO zu Fall kommen. Damit wäre das Primärziel von Andropows Westpolitik erreicht." Eine Zementierung der strategischen Überlegenheit Sowjetrußlands könnte dann sehr leicht auch noch weitere Folgen haben: die Hinwendung Bonns zum „Abenteuer" des Nationalneutralismus, das Auseinanderfallen der NATO, die Bildung von den Sowjets „bequemen" Regierungen auch in anderen europäischen Hauptstädten, die Option der USA für den Isolationismus.

Wie Ronchy sieht man auch in Regierungskreisen den Sinneswandel der SPD in der Frage der Euro-Raketen-Stationierung als möglichen Ausgangspunkt für unberechenbare und unabsehbare Entwicklungen. Dieser Sinneswandel wird bei den italienischen Sozialisten mit um so größerer Beunruhigung registriert, als es ja Ende der siebziger Jahre gerade der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt war, der als erster auf das durch die sowjetische Aufrüstung gestörte Raketengleichgewicht in Europa hinwies. Er war es, der den Westen zur Nachrüstung drängte und nicht zuletzt auch Italiens Sozialistische Partei ermutigte, der Stationierung neuer amerikanischer Raketen auf italienischem Territorium zuzustimmen. Regierungskreise und Massenmedien räumen durchaus ein, daß manches von dem, was Vogel heute zur Frage der Raketennachrüstung sagt, wahltaktisch bedingt sein könnte. Sie schließen nicht aus, daß er als Bundeskanzler sich vielleicht bemühen würde, im großen und ganzen doch den Kurs Helmut Schmidts weiter zu verfolgen.

Argentiniens Parteien dringen auf frühe Wahlen

Von MANFRED NEUBER

Argentiniens Staatschef General Bignone regiert nur noch mit geborgter Zeit. Am 30. Oktober soll ein ziviler Präsident gewählt, drei Monate später die Junta-Herrschaft in Buenos Aires beendet werden. Wird alles nach Plan laufen?

Mit der Ansetzung des Wahltermins trat Bignone die Flucht nach vorn an. Heer, Marine und Luftwaffe lagen wieder einmal im heftigen Streit, so daß Gerüchte aufkamen, der Staatschef werde abgesetzt oder von sich aus abtreten. Die Krise wurde notdürftig überdeckt.

Für die Politiker ist es noch eine Geduldsprobe bis zur Oktober-Wahl. Die Parteien in Argentinien dringen auf einen früheren Termin, möglichst schon um die Jahresmitte. Ein langer Wahlkampf, so wird nicht ohne Grund befürchtet, könnte einen Vorwand für einen Coup jener Militärs liefern, die an der Macht bleiben wollen.

Bei aller Rivalität der Waffengattungen ziehen die Kommandeure in zwei „Ehrensachen" an einem Strang: Es darf keine Bloßstellung der Generale wegen des verlorenen Falkland-Krieges geben, und die Zeit des „schmutzigen Krieges" gegen die Guerrilla im eigenen Land soll tabu bleiben.

Die alten Politiker Argentiniens, die bald die neuen Regierenden sein werden, rühren kaum an diesen wunden Punkten. Aber in der Armee bis hinauf zu den mittleren Chargen wird jetzt der Ruf nach lückenloser Aufklärung, vermischt mit dem Vorwurf der Korruption hoher Militärs, immer lauter.

Wer könnte das Uhrwerk der Putsche – 1955, 1966, 1976 – aufhalten? Diesmal harrt kein vermeintlicher Heilsbringer im Exil, und die Peronisten am La Plata schlagen verschiedene Wege ein. Die Gesundung Argentiniens müßte von einer Einigung der politischen Kräfte in der Mitte kommen. Unter den Prätendenten der Peronisten verdient Angel Robledo vielleicht das größte Vertrauen. Alle anderen Namen, ob Deolindo Bittel, Antonio Cafiero, Italo Luder und Lorenzo Miguel, wecken keine Erwartungen in einen Neubeginn. Werden die Wähler endlich über den peronistischen Schatten springen?

Die Alternative stellen wieder die kleinbürgerlichen Radikalen dar. Sie sind intern nicht weniger zerstritten als die Peronisten, haben in Raúl Alfonsin aber einen Präsidentschaftsbewerber von internationalem Format. Schlägt Alfonsin weiter populistische Töne an, könnte es ihm gelingen, Stimmen der Peronisten zu gewinnen.

Rechts von der Mitte tun sich Demokratische Sozialisten, Liberale und Neoliberale schwer, eine wirkliche dritte Kraft zu bilden und breite Wählerschichten anzusprechen. Daß die Gewerkschaften nicht mehr einer zentralen peronistischen Kontrolle unterstehen, läßt andere politische Formationen aber für die Zukunft hoffen.

Während Buenos Aires und Moskau ihre Handelsbeziehungen weiter ausbauen (hochrangige Delegationen führen Verhandlungen in beiden Hauptstädten), wird der für dieses Jahr geplante Papst-Besuch im südlichen Lateinamerika voraussichtlich auf die lange Bank geschoben. Solange die Militärs in Argentinien an der Macht sind, wollen sie den Schiedsspruch des Vatikans im Territorialstreit mit Chile über den Beagle-Kanal nicht akzeptieren. Ohne eine Übereinkunft in diesem Konflikt, der beide Länder bereits an den Rand eines Krieges brachte, ist nicht an die Visite von Johannes Paul II. beiderseits der Anden zu denken.

Strauß wirft Misereor „Agitation" vor

Stellt die Kirche die Lage in Südafrika einseitig dar? / Kardinal Höffner wehrt sich

PETER SCHMALZ, München

Die diesjährige „Misereor"-Fastenaktion unter Leitung der deutschen Bischofskonferenz, die sich unter dem Leitwort „Ich will Mensch sein" für die Rechte der schwarzen Bevölkerung in Südafrika einsetzt, hat zu einer heftigen Kontroverse zwischen der katholischen Kirche und dem bayerischen Ministerpräsidenten geführt. Franz Josef Strauß sieht die Gefahr, daß mit dieser Aktion in der Bundesrepublik Informationen über Südafrika verarbeitet werden, „die in einem sehr gespannten Verhältnis zur Wahrheit stehen". Er halte es für nicht im Sinne der katholischen Kirche, „Fronten aufzureißen", erklärte Strauß gestern vor Journalisten.

Ausführliche Kritik an der „Misereor"-Aktion hatte der bayerische Regierungschef, der Südafrika mehrfach bereiste, zuvor in einem ausführlichen Schreiben an den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, und an den Präsidenten des Hilfswerkes „Misereor", den Augsburger Bischof Stimpfle, geäußert.

Die Kirche gebe eine einseitige Darstellung Südafrikas, wenn nach ihrer Meinung dieser Staat „alle Merkmale von Unterentwicklung und Elend zeigt". Eine derartige Agitationskampagne lasse befürchten, daß sie, „wenn sie auf Vorstellungen aufbaut, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben, in eine auch für die Kirche sicher nicht erwünschte Konfrontation mündet, die letztlich der segensreichen Tätigkeit der katholischen Kirche in Südafrika schadet".

Er maße sich nicht an, der Kirche Verhaltensmaßregeln zu geben, fuhr Strauß fort, als Kenner der Situation im südlichen Afrika müsse er aber zu bedenken geben, daß man „bei allem Ärger und bei aller Empörung" über die Apartheid-Politik nicht vergessen dürfe, daß in einem vielrassischen Staat die Forderung nach dem Stimmrecht für alle „weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos bringen und die zivilisatorischen Errungenschaften, die auch ein Ergebnis der Arbeit der Schwarzen sind, allmählich wieder zerstören würde". Es könne in Südafrika zu einem „schrecklichen Bürgerkrieg" kommen.

Der bayerische Ministerpräsident plädierte in dem Schreiben an die beiden Kirchenführer, in Südafrika die Bereitschaft herbeizuführen und zu unterstützen, „versäumte Reformen zügig nachzuholen, begangene Fehler zu bereinigen und einen Wandel in Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit herbeizuführen".

Diese neue Ordnung müsse die Gleichwertigkeit aller Menschen berücksichtigen. Einschränkend erklärte Strauß: „Sie (diese Ordnung) kann aber nicht allein eine Formelgleichheit aufzwingen, die in kürzester Zeit zu mehr Unfreiheit, zu mehr Unterdrückung, zu mehr Ungleichheit führen würde, als je zuvor bestanden habe. Das ist Revolutionstheologie unter dem Deckmantel einer ‚Befreiungstheologie'." Er sei kein Advokat der Apartheid, aber er sei zutiefst empört über „so viel Unkenntnis, Verhetzung und Wahrheitsverletzung".

Im Münchner Presseclub wies gestern der Südafrika-Referent von „Misereor", Günther Thi, die Angriffe des CSU-Vorsitzenden entschieden zurück: „Wir müssen die Unterstellung strikt zurückweisen, daß unsere Partner in die Ecke von Agitatoren gestellt werden." Die deutsche und die südafrikanische Bischofskonferenz haben nach seinen Worten gemeinsam ein Rahmenpapier als Grundlage für die diesjährige Fastenaktion beschlossen. Thie: „Die südafrikanische Bischofskonferenz wird einigermaßen wissen, was bei ihr vorgeht, und sie wird uns sachlich informieren."

In seinem Antwortschreiben an Strauß argumentierte Kardinal Höffner ähnlich: Er könne sich nicht vorstellen, „daß die südafrikanischen Bischöfe Vorstellungen über ihr Heimatland haben, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben".

In Beirut ist der „Vater des Schreckens" wieder am Werk

Neue PLO-Aktivitäten in Libanon / Lockere Kontrollen

PETER M. RANKE, Beirut

Der Palästinenser Shafig el Hout, genannt Abu el Hol (Vater des Schreckens), ist der PLO-Bürochef in der libanesischen Hauptstadt, dient als Verbindungsmann zu Regierung und ausländischen Botschaften in Beirut und betreut die dort zurückgebliebenen Palästinenser.

Im Gegensatz zur PLO-Führung hat Abu el Hol im letzten Sommer Beirut nicht verlassen, er kann über den Flugplatz frei aus- und einreisen. Das alte PLO-Büro in der Masraa-Straße wird von der libanesischen Armee kontrolliert, seine Zukunft ist noch ungeklärt. Der führende PLO-Vertreter ist Mitglied des Zentralkomitees der El-Fath-Organisation.

Abu el Hol arbeitet in dem palästinensischen Studienzentrum, das von den Israelis im September ausgeräumt wurde und das nach einem Anschlag am 6. Februar in einem anderen Miethaus in West-Beirut untergebracht worden ist. Nun sind wieder rund fünfzig Palästinenser in ihm beschäftigt. Daher vermuten libanesische Regierungskreise, daß Abu el Hol dort eine Leit- und Anlaufstelle für Terroristen aufbaut. Weder die Armee oder Polizei noch die internationale „Friedenstruppe" haben bisher eingegriffen.

Dabei haben die Überfall-Aktionen von PLO-Terroristen, die aus der syrischen Zone in Ost-Libanon eingeschleust werden und dann in West-Beirut untertauchen, gegen israelische Truppen seit Wochen beträchtlich zugenommen. Die Israelis machen die flüchtigen Kontrollen der libanesischen Armee in und um Beirut, aber auch die amerikanischen Marine-Soldaten für die Überfälle und das Entkommen der Terroristen verantwortlich. Die Amerikaner, die östlich des Flugplatzes an einer wichtigen Nachschubstraße der Israelis stehen, erklären, sie sollten lediglich die libanesische Armee unterstützen und hätten nicht die Aufgabe, Palästinenser zu kontrollieren oder Heckenschützen zu jagen.

Die libanesische Armee wiederum erklärt, sie habe nicht genug Soldaten für eine lückenlose Kontrolle. Allein in West- und Ost-Beirut sind rund 6000 der 22 000 Mann Streitkräfte eingesetzt. Tatsächlich aber färbt das lockere Verhalten der internationalen „Friedenstruppe" auf die libanesischen Offiziere ab.

Die Haltung der libanesischen Armee ist wichtig, weil am 18. April die ersten dreitausend Wehrpflichtigen eingezogen werden und die Truppe noch 1983 auf rund 40 000 Mann verstärkt werden soll.

Moi will sich mehr auf kleinere Stämme stützen

Außenpolitisch bleibt Nairobi dem Westen verbunden

HANS GERMANI, **Nairobi**

Kenias Präsident Daniel Arap Moi fährt in diesen Wochen durchs Land, um die Anhänger seiner Kanu-Partei wieder aufzumuntern und an sich zu binden. Das ist seit dem mißglückten Putschversuch vom August vorigen Jahres offenbar nötig.

Politiker und erfahrene diplomatische Beobachter in Kenia zweifeln nicht daran, daß der Präsident seit einigen Monaten einen schwierigen politischen Balanceakt vorführt. Er ist einerseits belastet durch eine schwierige Wirtschaftskrise, andererseits durch eine unsichere außenpolitische Lage.

Was Moi, der Nachfolger des legendären Präsidenten Kenyatta, in dieser Situation braucht und auch wieder anstrebt, ist die Belebung seiner alten Machtbasis, die umfassende Koalition der kleineren Stämme des Landes. Vor der Unabhängigkeit (1963) hieß diese Machtbasis Kadu (Kenya African Democratic Union).

Nach Kenyattas Tod 1978 hoben ihn die konservativ ausgerichteten Politiker aus dem Stamm der Ki-


KENIA

kuyu unter Führung des damaligen Innenministers und heutigen Ministers für Verfassungsfragen, Charles Njonjo, des prowestlichsten aller Politiker in Kenia, auf den Schild des Präsidenten. Moi ist trotz der üblen Nachrede, der sich Teile der westlichen Presse befleißigen, ein relativ ehrlicher afrikanischer Staatsmann geblieben. Er besitzt einige Farmen und Firmenbeteiligungen. Niemand aber kann ihm so wie seinem Nachbarn im Süden, Tansanias Präsident Julius Nyerere, nachsagen, er habe Schweizer Bankkonten aus stornierten Entwicklungshilfegeldern angefüllt.

Moi bekämpfte anfangs energisch die Korruption. Seit drei Jahren ringt er mehr mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die aus Weltkrise und hohen Ölpreisen resultieren. 1979 verkaufte Kenia seine gesamte Maisernte und stand 1980 unversehens ohne Mais, Käse, Butter und mit nur wenig Milch da. Zu der Versorgungskrise kamen die Schwierigkeiten aus einer unfähigen Bürokratie hinzu, die devisenbringende Exporte behinderte, so auch die Importe begrenzte und die Zahlungsbilanz in ein bodesloses Defizit führte. Immer mehr weitet sich auch die Schere zwischen der dünnen begüterten afrikanischen Oberschicht, den sogenannten „parastaatlichen Firmen", die den Staat melken und ihre Besitzer in 15 Jahren von Habenichtsen mittels Macht und Auslandshilfe zu Millionären mit astronomischen Vermögen gemacht haben, und andererseits der Masse der über 16 Millionen einfachen armen Kenianern. Ein jährliches Bevölkerungswachstum, das zu den höchsten der Welt zählt, sorgt außerdem dafür, daß die Bevölkerungszahlen jeder Entwicklung davonlaufen. Als einsamer Rufer in der Wüste kämpft Njonjo dafür, durch Einstellung von Kinderzulagen und starker Besteuerung ab dem dritten Kind diese Entwicklung zu bremsen.

Die Verschwörergruppe der Putschisten bestand vorwiegend aus Angehörigen des Luo-Stammes. Ihr Führer, der prosowjetische Odinga, besuchte kurz vor dem Putschversuch einen Freund Nyereres, Milton Obote in Kampala. Waffen und Flugblätter wurden schließlich aus Tansania über den Viktoriasee nach Kenia gebracht. Seit dem Putsch steht Odinga unter Hausarrest. Neun Putschisten-Offiziere der Luftwaffe wurden zum Tode, 700 Militärs und Studenten zu teils schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

Nach dem Putschversuch haben die Armee-Einheiten, die den Umsturz vereitelten, zweifellos an Einfluß gewonnen. Manche Politiker behaupten sogar, daß Verteidigungsminister General Malingi (ein Angehöriger des Kamba-Stammes, also aus der alten Allianz) und einige harte Obristen aus demselben Stamm hinter Mois Rücken regieren. Andere sagen, die vorwiegend aus Kamba bestehende Armee unterstütze zwar die Allianz Mois, führe aber nur in Fragen der Staatssicherheit das entscheidende Wort. Auf jeden Fall ist eine neue Entwicklung erkennbar. Moi versucht, sich von seinen traditionellen Kikuyu-Verbündeten zu distanzieren, ohne mit ihnen zu brechen.

Die Außenpolitik ist eindeutig prowestlich. Hier wird Moi von der Armee unterstützt. Washington hilft, das Loch in der Zahlungsbilanz zu stopfen und ist an der Stabilität Kenias schon wegen der Nähe zum somalischen Stützpunkt der Schnellen Eingreiftruppe, Berbera, stark interessiert. (SAD)

Mit Stolz verweist Costa Rica auf seine demokratischen Traditionen

Stabilität trotz Wirtschaftskrise und „Terror von außen" / Erste Station für den Papst

Von WERNER THOMAS

Japanische Kleinwagen dröhnen dicht gedrängt durch die Straßen des Zentrums. Passantenströme wogen über die engen Bürgersteige von San José. Neben den blau-weiß-roten Nationalflaggen flattern die weiß-gelben Fahnen des Vatikans in den böigen Winden, an jedem Schaufenster kleben Papst-Poster. Bis in die frühen Morgenstunden dröhnt Rockmusik aus den Bars, und gegenüber der Kathedrale ertönen sogar noch Mariachi-Klänge, wenn der Morgen graut.

San José ist die pulsierendste Hauptstadt Mittelamerikas geblieben und Costa Rica, die erste Station des Papstes auf seiner Reise durch diese unruhige Region, eine vergleichsweise friedliche Oase. Die sporadischen Zwischenfälle der Vergangenheit haben die stabilen Verhältnisse nicht gefährdet. „Jetzt bewährt sich unsere demokratische Tradition", meint Luis Alberto Monge, der neue Präsident, der seit knapp einem Jahr regiert.

Der kugelrunde Sozialdemokrat, einst als farb- und ideenloser Parteifunktionär eingestuft, hat sich wider Erwarten zu einem populären Politiker entwickelt. Die meisten Menschen schätzen seine offenen und freimütigen Worte, auch wenn sie nichts Gutes verheißen. Die wirtschaftlichen Probleme, warnte der Krisenmanager, seien noch lange nicht überstanden. Das Volk atmet auf, daß die Zeiten Rodrigo Carazos vorbei sind, des ewig lächelnden und optimistischen Monge-Vorgängers. Während dieser Zeiten war die Nation in die schwierigste wirtschaftliche Phase ihrer Geschichte geraten.

Die Zahl der arbeitslosen und unterbeschäftigten Leute liegt bei 20 Prozent. Die Inflationsrate betrug 1982 fast 100 Prozent. Die Auslandsschulden der 2,2 Millionen Costaricaner erreichten 4,6 Milliarden Dollar, die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt. Das Realeinkommen eines Arbeiters ist in den letzten drei Jahren um 45 Prozent zurückgegangen. Der nationale Entwicklungsplan der Monge-Regierung enthält eine explosiv anmutende Vergleichsstatistik: 1977 galten 24,8 Prozent der Bürger als arm, 1982 dagegen 70,7 Prozent.

Monge möchte die Krise durch Austerity meistern. Seine Devise heißt: „Sparen, kürzertreten, entbehren." Ein gerade genehmigter Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 92 Millionen Dollar war mit Auflagen verbunden, von denen das Sanierungsprogramm des Präsidenten bereits die meisten erfüllte. Ein IWF-Emissär äußerte sich beeindruckt „über diesen realistischen Sozialdemokraten".

Nicht nur die von Monge erwähnten „demokratischen Traditionen", die der besorgten Bevölkerung im vergangenen Jahr einen mit neuer Hoffnung verbundenen Wechsel brachten, hatten Unruhen verhindert. Nun machte sich auch das während der fünfziger Jahre eingeführte System der Sozialversicherung bezahlt. Costa Rica, Uruguay und Argentinien sind die einzigen Länder Lateinamerikas, in denen ein soziales Netz Menschen ohne Arbeit und Einkommen vorübergehend auffängt.

Die Krise und die Monge-Politik sind freilich nicht spurlos an dieser


PAPST-REISE

kleinen Nation vorbeigegangen. Das politische Leben verläuft heute polarisierter als zuvor. Monge wird vom linken Lager unablässig wegen seines proamerikanischen Kurses angegriffen. Er weiß, wie wertvoll Washingtons Hilfe sein kann, die im vergangenen Jahr 141 Millionen Dollar erreichte, und hofiert fast schon seinen Amtskollegen Reagan. Er hat zweimal Washington besucht, und der amerikanische Präsident ist Anfang Dezember in San José gewesen.

Abrupt haben sich die einst freundschaftlichen Beziehungen zum nördlichen Nachbarn Nicaragua verschlechtert. Die sandinistischen Medien schmähen Monge gelegentlich als „Pinochet Mittelamerikas". Der Präsident und sein aktiver Außenminister Claudio Volio nennen die Sandinisten offen „Marxisten-Leninisten" und warnen vor den „totalitären Gefahren", die ihrer Meinung nach von Managua auf diese Region ausgehen.

Costa Rica beschuldigt Nicaragua, systematisch Grenzzwischenfälle zu provozieren, besonders am San-Juan-Fluß. Die starken Sandinisten-Rundfunksender bestrahlen den gesamten Norden Costa Ricas mit revolutionärer Rhetorik, die Radioprogramme aus San José können dagegen diese Gegenden nur schwach erreichen.

Die Monge-Regierung behauptet, alle Probleme mit dem Terrorismus seien „importiert". Viele Costaricaner verdächtigen die Sandinisten. Gelegentlich werden in San José „Volksgefängnisse" und Waffenlager entdeckt. Anfang dieses Jahres stießen die Sicherheitskräfte im Norden auf verlassene Guerrilla-Camps. Zunächst hieß es, diese Einrichtungen hätten den Truppen Eden Pastoras gehört, dem desertierten sandinistischen Comandante, der nun bald nach Managua marschieren und die früheren Kampfgefährten verjagen möchte. Dann war wiederum von „kommunistischen Partisanen" die Rede.

Pastora, der legendäre „Comandante Cero", hat sein Hauptquartier in einem scharf bewachten Haus an einem Bergabhang außerhalb von San José untergebracht. Von Costa Rica aus sendet er ein Radioprogramm nach Nicaragua. Militärische Aktionen von costaricanischem Boden darf Pastora dagegen nicht unternehmen.

Costa Rica war stolz darauf, seit 1948 das einzige Land Lateinamerikas ohne eine Armee zu sein. Für die innere Sicherheit sorgten lediglich die Polizei und Zivilgarde, zusammen etwa 6000 Mann. In den letzten zehn Monaten erfolgten jedoch Aufrüstungsschritte, die mit wachsenden „äußeren Gefahren" erläutert wurden. Die Regierung bildete einen antiterroristischen Kampfverband, die „Organisation für den nationalen Notstand", 5000 Männer und Frauen.

Gefährliche soziale Unruhen erlebte Costa Rica nicht. Es gab nur einen längeren Arbeitskampf, den viermonatigen Streik der Bananen-Pflücker. Die Menschen wissen, daß es ihnen trotz aller Probleme noch gut geht. Von einer Häuserwand in San José grüßt diese Aufschrift den Papst: „Willkommen im friedlichen Teil Mittelamerikas". (SAD)

Prag nennt T-Shirts mit Aufschrift „subversiv"

„Tribuna" klagt über „falsche Vorbilder" der Jugend

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

In der Tschechoslowakei gelten neuerdings T-Shirts mit englischen oder deutschen Aufschriften ebenso wie Taschen mit aufgedruckten westlichen Firmennamen als Instrumente „ideologischer Subversion". Die tschechoslowakische KP-Wochenzeitung „Tribuna" kritisiert die Neigung mancher Jugendlicher, sich „mit den Flaggen imperialistischer Staaten" zu schmücken. Man sehe diese westlichen Symbole auf den Schultern und Brüsten, aber auch auf „gewissen Körperteilen, welche die Väter bis vor kurzem zu verhauen pflegten", heißt es in dem Blatt.

Die politische Bedeutung dieser westlichen Mode sei bis vor kurzem auch von tschechoslowakischen sozialistischen Produktions- und Handelsunternehmungen unterschätzt worden. Anstatt den „sozialistischen Lebensstil" und den „guten Geschmack" zu verteidigen, hätten tschechoslowakische Staatsbetriebe dem Markt Vorrang vor der Ideologie eingeräumt und das Land mit selbstproduzierten Kleidungsstücken „überflutet", auf denen sich Inschriften in fremden Sprachen, ferner die Bilder attraktiver Mädchen, Cowboys und Formel-1-Rennwagen gefunden hätten.

Als Beweis für die Subversion durch westliche Mode erwähnt „Tribuna" folgende Beispiele: Eine Frau, die in ihrem Leben noch kein Flugzeug von innen gesehen habe, trage in der Prager Straßenbahn stolz eine Tasche mit der Inschrift „PanAm". Eine Mutter von zwei Kindern erscheine mit der Inschrift „Miss Dior". Ein fünfzehnjähriger Bursche habe einen Pullover von „Oxford University" an – und als er gefragt werde, wo Oxford denn liege, sei die Antwort gekommen: „In Amerika natürlich." Die Kunden eines staatlichen Fotogeschäftes in Prag würden von Angestellten bedient, die Hemden mit der Inschrift „University of California" angezogen hätten.

„Unsere Kosmetikprodukte würden wahrscheinlich jede Anziehungskraft verlieren, wenn sie nicht französische oder englische Namen trügen", meint die Prager Parteizeitung weiter und kritisiert dann die Tatsache, daß Popsänger und Diskotheken der CSSR das ganze Land Tag für Tag mit westlichen Hits oder ihren inländischen Imitationen berieselten.

„Unter den jungen Leuten, welche mit Inschriften in fremden Sprachen ‚geschmückt' sind, können wir Mitglieder und Funktionäre des sozialistischen Jugendverbandes, aber auch Mitglieder und Funktionäre der KP finden", klagt „Tribuna". Diese Parteimitglieder seien „politisch unreif", weil sie die Wirkung der Mode, die sie angezogen hätten, nicht begreifen könnten. Sie seien damit aber zu „unbewußten Förderern der westlichen Propaganda" geworden.

Es sei ein schwerer Fehler, dies alles als harmlose Mode ohne politische Bedeutung abzutun, meint „Tribuna". Die „wandelnden Litfaßsäulen für westliche Unternehmen" beeinflußten nämlich auf subtile Weise die Gehirne der Menschen. „Sie nähren Illusionen über den westlichen Lebensstil und über die Überlegenheit des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Sie behindern die Schaffung eines sozialistischen Lebensstils." Antisozialistische Elemente im Westen und innerhalb der sozialistischen Gesellschaft benutzten diese Einflüsse für ihr „Propaganda-Arsenal", warnt die „Tribuna".

Neben diesen „unbewußten" Propagandisten des westlichen Lebens gebe es aber bei der Jugend auch „bewußte" Exponenten einer solchen Richtung. Die Parteizeitung fordert: „Besondere Aufmerksamkeit muß man jenen jungen Leuten zuwenden, die bewußt zu Instrumenten der ideologischen Subversion werden. Sie betrachten alles als vorbildlich, was aus dem kapitalistischen Westen, besonders aber aus den USA kommt."

„Unsere Massenmedien", so schreibt „Tribuna", „informieren die Öffentlichkeit täglich über die materielle, politische und militärische Hilfe, die die USA für die reaktionärsten Regime in der Welt leisten. Diese Leute wissen, daß die Waffen, mit denen die israelischen Aggressoren in Libanon und die südafrikanischen Rassisten in Angola töten, aus den USA stammen. Sie wissen, daß sich die USA darauf vorbereiten, in Europa Mittelstreckenraketen aufzustellen, die auch gegen unser Volk gerichtet sind. Trotzdem entdecken wir die amerikanische Fahne auf ihren Rockaufschlägen sowie die Inschrift „U. S.-Pilot" auf ihren Jakken ... Dies kann nicht mehr als bloße politische Blindheit betrachtet werden. Es ist eine ostentative Demonstration des mangelnden Respekts für die Opfer der Weltrevolution ..."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Großer „Packer der Nation"

„SPD-Wahlanzeige": WELT vom 19. Februar

Die Gegner der SPD (und nicht nur die) werfen ihr vor, daß sie die letzten, großen Wahlkämpfe alle als Schwindelkampagnen geführt habe: 1976 mit der Rentenlüge, 1980 mit der Staatsfinanzlüge, 1982 mit der Verrats- und Mietenlüge und 1983 mit der Raketenlüge (siehe Anzeige).

Wer sich aber die Mühe gemacht hat, ihre Wahlplakate und Prospekte etwas genauer anzusehen, der weiß, daß durchaus nicht alles Lüge ist und war, was die SPD verkündet hat. Dazu zwei Beispiele: Eines von heute und eines vom Beginn der SPD-Regierungsära.

Die SPD behauptet heute von ihrem Kanzlerkandidaten, daß der „es packt". Hans-Jochen Vogel ist nach ihrer Ansicht also der ganz große „Packer der Nation".

Recht hat sie! Zuerst hat er die Koffer in München gepackt, dann im Wohnungsbauministerium, dann im Justizministerium, dann *im Rathaus Schöneberg in Berlin* und zuletzt als Oppositionsführer an der Spree.

Es bleibt zu hoffen, daß er im März nicht noch zum Packesel wird, *auf dem die Grünen* in die Regierung reiten.

1969 hatte die SPD auf ihre Wahlplakate geschrieben: „Wir schaffen das moderne Deutschland."

Und sie hat Wort gehalten!

Aus der Vollbeschäftigung hat sie mehr als 2 Millionen Arbeitslose gemacht, aus geordneten Staatsfinanzen einen Schuldenberg von *300 Milliarden DM,* aus Wirtschaftswachstum Rezession und aus Leistungswollen Schmarotzermentalität und Resignation.

Weiß Gott, sie hat das moderne Deutschland geschafft. Sie hat uns alle geschafft!

Klaus Fahlbusch, Vechta i. O.

*

„Die SPD und der ‚Helmut-Schmidt-Doppelbeschluß'": WELT vom 19. Februar

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

keine Partei ist in Wahlkampfzeiten mit Argumenten oder Schlagworten zimperlich. Während sich *die* Erkenntnis wohl langsam durchgesetzt hat, daß rein persönliche Verunglimpfungen des politischen Gegners eher wie ein Bumerang wirken, kann offenbar kein Schlagwort abwegig und verlogen genug sein.

Die neue Anzeigenkampagne der SPD mit dem Slogan: „Wer Kohl wählt, bekommt automatisch neue Raketen" bringt nach manchen Unwahrheiten in der Vergangenheit wohl die unverschämteste! Nicht nur „lügenhafte Irreführung der Wählermassen", wie Sie schreiben, *sondern auch* eine Spekulation auf die Dummheit und Vergeßlichkeit der Menschen betreibt hier die SPD.

Eine Spekulation, die – in der Vergangenheit – leider gelegentlich aufgegangen ist.

Es ist wirklich erschütternd, mitansehen zu müssen, wie dieser Partei, die für die Bundesrepublik Bedeutendes geleistet hat, jedes Mittel recht ist, um nur die Macht wiederzugewinnen, an die man sich so lange und so sehr gewöhnt hatte und die man durch eigene Schuld verloren hat.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Th. Blunck, Hamburg 90

Der alte Hut

„SPD: Bei Renten keine Bruttoformel"; WELT vom 21. Februar

Als Obmann der Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales in der SPD-Bundestagsfraktion sollte der Abgeordnete Egon Lutz eigentlich nicht einen alten Hut als neue Kopfbedeckung anbieten. Er verkündet den „Abschied von der *Bruttoformel*" und *wiederholt* einen alten Vorschlag, der Rentenberechnung die Netto-Löhne zugrunde zu legen.

Die Wirklichkeit der sogenannten *Bruttoformel scheint ihm dabei* nicht bewußt zu sein. Tatsächlich steigen die Renten – seit den Ehrenbergschen (SPD) Kürzungsgesetzen – mit den Bruttolöhnen vor mehr als fünf (!) Jahren. Die allgemeine Bemessungsgrundlage der Renten für 1983 beträgt 25 445. Sie liegt damit beträchtlich niedriger als das Durchschnittsniveau der Bruttolöhne des Jahres 1978, nämlich 26 242. Es kommt noch hinzu, daß die neue allgemeine Bemessungsgrundlage erst am 1. Juli 1983 für die Erhöhung der Renten wirksam wird.

Daraus ergibt sich in Mark und Pfennig: Das gesetzlich definierte „Rentenniveau" (40 Versicherungsjahre bei durchschnittlichem Verdienst) beträgt *1983* im ersten Halbjahr DM 1205,00 monatlich, im zweiten Halbjahr 1 272,30 minus 1 Prozent gleich DM 1259,60 monatlich.

Herr Lutz macht sich wohl keine Gedanken darüber, wie ein Rentner, der 40 Jahre lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, mit seiner Frau im Alter davon leben soll. Als Bundestagsabgeordneter hat Herr Lutz ja für sich eine prächtige, noch dazu beitragsfreie Altersversorgung auf Kosten der Steuerzahler. Unter solchen persönlichen Umständen kann auch der Abgeordnete einer Partei, die sich sozial nennt, leicht die Maßstäbe verlieren.

Josef Wilkens, Hamburg 52

Ohne Rechtsbewußtsein

„Aschermittwochs-Gespräch"; WELT vom 18. Februar

Sehr geehrter Herr Gillies,

mit großem Interesse habe ich Ihren Bericht über das Aschermittwochs-Gespräch zwischen den Professoren R. Löwenthal und M. Kriele im Kloster Walberberg gelesen.

Die von Professor Kriele konstatierte „schwere Störung des Rechtsbewußtseins breiter Schichten" ist nicht neu. Sie ist schon seit Weimarer Zeiten der wundeste Punkt unseres Volkscharakters. Es muß aber zugestanden werden, daß der Opportunismus, den Gesetzgeber und Justiz vorexerzierten, der Schärfung des Rechtsbewußtseins nicht gerade förderlich war und ist. Leider hat nur ein Teil der Bevölkerung schon einmal erlebt, wohin das führt.

Es fängt ja so harmlos an: Fassaden werden straffrei mit Parolen verschmiert. Friedliche Demonstrationen enden *immer öfter in* Straßenschlachten mit der Polizei. Berufsrandalierer werden umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt. Straftäter erhalten – je revolutionärer sie *sich geben – um so mildere* Strafen auf Bewährung. Radikale, die offen die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie fordern, halten Einzug in die Parlamente, etc. etc.

Diese Aufzählung trifft auf 1982 genauso zu, wie auf 1932. 1932 identifizierte sich der Parteiführer Hitler mündlich und schriftlich mit potentiellen Totschlägern. (Mord von Potempa). Ein Jahr später wurden er und seine Partei gewählt. 1982 kann man Hausbesetzer, Flugzeugentführer, mutmaßlicher Terrorist oder dessen Anwalt sein, man wird in die Parlamente gewählt, ganz legal, damals wie heute.

Verletzungen des Rechts erfahren wir täglich, und aus anderen Ländern noch viel schlimmere, als bei uns. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, daß bei uns ein erheblicher Teil der Bevölkerung vielleicht nicht die Tat, aber den Täter oder Verursacher akzeptiert. Andernfalls würden solche Typen nicht gewählt. Und das nenne ich unterentwickeltes Rechtsbewußtsein.

Das gleiche Verhalten führt uns auch auf ganz anderen Ebenen, z. B. in Fragen des Ost-West-Konfliktes, zum Opportunismus, wie wir ihn gerade jetzt wieder bei der SPD erleben. Auch hier handelt es sich im Ursprung um Fragen des Rechts.

Die grundsätzlichen Normen des Menschen- und Völkerrechts werden von den Sowjets nicht anerkannt. Sämtliche kommunistische Staaten sowjetischer Prägung praktizieren ihr selbstgeschaffenes ideologisches „Eroberungsrecht", das sie je nach Lage der Dinge, entweder gespannt oder entspannt, heiß oder kalt, auf alle Fälle aber kriegerisch ausüben.

Wenn es nun schon wieder Millionen Menschen in Deutschland gibt, die z. B. beim Thema der Rüstung zwischen den Aktionen des sowjetischen Eroberungsrechtes und den Reaktionen unseres Völkerrechts nicht mehr unterscheiden können und hierbei Sowjets und Amerikaner moralisch auf eine Stufe stellen, dann steckt dahinter keineswegs nur kommunistische Agitation, sondern ausschlaggebend unser unterentwickeltes Rechtsbewußtsein.

Mit besten Grüßen
H.-W. Frhr. v. Bischoffshausen, Wentorf

Eigene Stimme

Die Herren Strauß und Kohl erklären im Hinblick auf die Aufforderung der FDP, ihr bei der Bundestagswahl die „Zweitstimme" zu geben, sie hätten nichts zu verschenken. Nein, das haben sie tatsächlich nicht, denn verschenken kann man ja wohl nur etwas, das einem gehört, worüber man verfügt. Über meine Wahlstimme aber verfüge ich allein, nicht eine Partei, die meine Stimmen gern haben möchte.

Ich habe einen Direktkandidaten und eine Partei zu wählen und gebe meine Stimme der Partei meiner Wahl; sofern deren Direktkandidat keine Gewinnchancen hat – wie es bei der FDP der Fall ist –, kann i c h meine Stimme für die Direktwahl dem Kandidaten einer anderen Partei schenken. So, und nicht anders ist das doch wohl zu sehen!

H.-D. Müller-Grote, Königswinter 41

Kunst-Kenner

Ich habe auf der Kultur-Seite der WELT vom 25. Februar mit Vergnügen die kenntnisreiche Besprechung der Hannoverschen Kokoschka-Ausstellung von Hermann Albrecht gelesen. Darf ich dennoch eine Bemerkung hinzufügen?

Wir verdanken diese Ausstellung, wie auch schon die früheren Schiele-Ausstellungen in Hannover und München, dem New Yorker Sammler und Kunsthändler Serge Sabarsky. Der Österreicher Sabarsky hat nach seiner Flucht vor den Nationalsozialisten in New York zunächst als Bühnenbildner und Innenarchitekt gearbeitet und dann in fruchtbarer Konkurrenz als Kunsthändler mit dem ebenfalls aus Deutschland geflüchteten Galeristen Leonard Hutton-Hutschnecker den deutschen Expressionismus in Amerika erst eigentlich bekannt gemacht.

Sabarsky gilt als hervorragender Kenner des Werkes von Egon Schiele und Oskar Kokoschka. Bei der Ausstellungseröffnung hielt er eine höchst amüsante Rede über das Wien um die Jahrhundertwende. Nicht umsonst hat die Bundesregierung Serge Sabarsky und Leonard Hutton für ihre Verdienste um die deutsche Kunst mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Henri Nannen, Hamburg

Wort des Tages

„Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht im Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Ferdinand Lassalle, dt. Politiker (1825–1864)

Personalien

EHRUNG

Professor **Irene Ludwig**, Kunsthistorikerin und Frau von Professor **Peter Ludwig**, Initiator des zukünftigen Kölner Ludwig-Museums, erhielt von **Bundespräsident** Karl Carstens das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Den Orden überreichte Nordrhein-Westfalens Kultusminister **Jürgen Girgensohn** im historischen Kölner Rathaus. Kölns Oberbürgermeister **Norbert Burger** gab für Frau Professor Ludwig einen Empfang. Irene Ludwig hat zusammen mit ihrem Mann die nach ihnen benannte Sammlung Ludwig aufgebaut, die mit ihren modernen Kunstwerken heute in der ganzen Welt Beachtung findet.

ERNENNUNG

Der Straßburger **Pierre Baehr** wurde neuer Generaldirektor der Firma Peugeot Talbot Deutschland GmbH. Er löst **Michel Besanceney** ab, der nach siebenjähriger Tätigkeit in Deutschland jetzt nach Italien geht, um dort die Geschäftsleitung der Peugeot Talbot Italia zu übernehmen. Baehr, Jahrgang 1932, wurde 1976 Generaldirektor für Nord-Europa und war seit 1981 Generaldirektor der Firma in den Niederlanden. In Kürze wird er von Utrecht nach Saarbrücken umsiedeln.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Ernst Folz**, Präsident des Deutschen Studentenwerks, teilte in Marburg Ergebnisse der zehnten Sozialerhebung unter rund *15 000* Studierenden von 19 Universitäten, 30 Fachhochschulen, vier Pädagogischen Hochschulen und drei Gesamtschulen mit. Danach finanzieren mehr als die Hälfte der Studenten ihr Studium ganz oder teilweise durch eigene Arbeit. Nur knapp ein Drittel von ihnen besitze einen eigenen Wagen, dagegen sei die Zahl der Studenten, die mit dem Fahrrad zur Hochschule gelange, von 15 auf 22 Prozent gestiegen. Rund 65 Prozent der Studierenden sind zwischen 22 und 25 Jahre alt. Der Anteil der Frauen ist in den letzten Jahren von 36 auf 40,6 Prozent angestiegen. Im Schnitt gebe jeder Student im Monat 798 DM aus, obwohl 866 zum Lebensunterhalt notwendig wären, sagte Folz.

KIRCHE

Dr. **Johannes Joachim Degenhardt**, Erzbischof von Paderborn, hat nach einem längeren Kuraufenthalt seine Dienstgeschäfte wiederaufnehmen können. Der Erzbischof hatte Anfang November wegen akuter Herzbeschwerden das Krankenhaus aufsuchen müssen. In Vierzehnheiligen, Erzdiözese Bamberg, wird der neu ernannte Kardinal **Franjo Kuharic**, der Erzbischof von Zagreb, in der Zeit vom 1. bis 3. März eine Seelsorgekonferenz für die kroatischen Seelsorger aus Westeuropa durchführen. 120 Priester und Pfarrassistenten haben sich angemeldet. Kardinal Franjo Kuharic ist als Erzbischof der kroatischen Hauptstadt Nachfolger von Kardinal **Franjo Seper**, der letztes Jahr als Kurienkardinal und Leiter der Kongregation für Glaubensfragen in Rom starb.

BUNDESREGIERUNG

Ein Loblied auf das deutsche Vereinswesen hat **Georg Gallus**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, gesungen. Der FDP-Politiker hatte im Verein für deutsche Schäferhunde den „Erfahrungsschatz an menschlichen Qualitäten in Vereinen" gewürdigt. Nur wer nicht anerkenne, daß in Vereinen Demokratie praktiziert werde und Leistung anerkannt wird, spreche von „Vereinsmeierei". Georg Gallus ist Mitglied zahlreicher Vereine, so auch der Freiwilligen Feuerwehr.

KSZE: Europäer wollen engere Zusammenarbeit

■ Fortsetzung von Seite 1

EG-Partnern darum gehen, die auf dem Tisch liegenden Initiativen, das heißt den Reagan-Plan und die Beschlüsse des Araber-Gipfels von Fes, zu unterstützen.

Wahrscheinlich werden sich die Teilnehmer des Brüsseler Europagipfels am 21. und 22. März formell zur Nahost-Entwicklung äußern. Die politischen Direktoren der beteiligten Außenministerien sind mit der Vorbereitung beauftragt worden.

Während des Mittagessens im Palais Schaumburg erörterten die Außenminister Fragen der Beziehungen zur Türkei, zu Japan und zu den Blockfreien. Die gesamte Nachmittagssitzung war dann einer Diskussion über die von Genscher und seinem italienischen Amtskollegen Emilio Colombo vorgeschlagene Europäische Akte vorbehalten.

Der Bundesaußenminister unterstrich die Absicht der Bundesregierung, die Akte noch im ersten Halbjahr 1983 unter der deutschen Präsidentschaft von den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft feierlich unterzeichnen zu lassen. Entscheidend sei, daß konkrete Schritte auf dem Wege zur Europäischen Union unternommen würden.

Bausoldaten aus Haft entlassen

epd, **Berlin**

Vier der sieben im Januar in der „DDR" zu Haftstrafen verurteilten Waffendienstverweigerer sind jetzt aus dem Gefängnis entlassen und zum waffenlosen Wehrdienst als Bausoldaten eingezogen worden. In den drei weiteren Fällen wird mit Verhandlungen vor der Berufungsinstanz der Militärgerichte gerechnet.

US-Rüstungsplan stößt auf Ablehnung

AP, **Washington**

Die von Präsident Ronald Reagan geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 1,6 Billionen Dollar in den nächsten Jahren wird von 47 Prozent der US-Bürger abgelehnt. Dies ergab eine Umfrage der Zeitschrift „U. S. News and World Report" bei 1503 Personen. 32 Prozent der Befragten waren mit dem Vorhaben Reagans einverstanden. Immerhin waren 65 Prozent der Ansicht, daß die USA und die UdSSR ihr Atomwaffenarsenal auf dem heutigen Stand einfrieren sollten.

Ersatz für „Konzertierte Aktion" vereinbart

Kanzler-Runde: Keine Zweifel mehr an Lehrstellen-Zusage

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und den Repräsentanten der Wirtschaft eine neue Form von Gesprächsrunden für die Zeit nach dem 6. März verabredet.

Diese Begegnungen, die der Kanzler selbst leiten will, sollen einen Ersatz der früheren „Konzertierten Aktion" darstellen, die schließlich an den Vorbehalten der Gewerkschaften gescheitert war. Um konkrete Ergebnisse erzielen zu können, soll der Kreis der Teilnehmer sehr klein bleiben; in Einzelfällen sollen nur noch der Bundesfinanzminister und der Bundesbankpräsident hinzugezogen werden.

In dem Gespräch mit Kohl am Montag hatte der IG-Metall-Vorsitzende Loderer als Voraussetzung für künftige Begegnungen gefordert, die Arbeitgeber müßten ihren „Tabu-Katalog" zurücknehmen. Arbeitgeberpräsident Esser erwiderte, „es gibt keine Tabus. Keine Seite sollte Gesprächsergebnisse vorwegnehmen".

Der Kanzler selbst hatte die Runde mit der Frage eröffnet, ob sich jemand in dieser krisenhaften Zeit dem Gespräch verweigern könne und jeden einzelnen Teilnehmer gefragt, wie es mit seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung stehe. Diese wurde von allen bejaht.

Auf Wunsch der Gewerkschaften – neben Loderer nahmen noch der DGB-Vorsitzende Breit und der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach teil – soll die nächste Runde von Arbeitsgruppen vorbereitet werden, wobei auch das Thema Arbeitszeitverkürzung behandelt werden soll.

„Moralische Verpflichtung"

Hinter dieser Initiative steht auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der die Auffassung vertritt, daß mit Wirtschaftswachstum allein die hohe Arbeitslosigkeit nicht zu bewältigen ist. Blüm: „Es wäre ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent erforderlich, um angesichts der geburtenstarken Jahrgänge die Arbeitlosenzahl auf 1 Million zu drücken."

Blüm gibt, so hat er die Runde wissen lassen, der Verkürzung der Lebensarbeitszeit den Vorrang, weil eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit vor allem im Bereich der kleinen Betriebe zu Rationalisierungen oder Betriebsschließungen führen würde.

Ein weiteres zentrales Thema in der Kanzlerrunde war die Zusage der deutschen Wirtschaft, 1983 zusätzlich 30 000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Aus dem DGB und der SPD waren in den letzten Tagen Zweifel geäußert worden, ob die Wirtschaft dieses Versprechen einhalten werde.

Nach der zweistündigen Begegnung erklärte der DGB-Vorsitzende Breit, es handele sich um eine „ernst zu nehmende Zusage". Fehrenbach, der selbst Zweifel geäußert hatte, sagte gegenüber der WELT: „Die Sprecher der Arbeitgeber haben für mich überzeugend ihre moralische Verpflichtung untermauert, dieses Versprechen zu erfüllen."

Im Herbst Bilanz ziehen

Arbeitgeberpräsident Esser versicherte, die Unternehmen würden aufgrund großer Anstrengungen in der Lage sein, dafür zu sorgen, daß die „gegebenen Zusagen eingehalten werden". In der Runde hat er eine Vielzahl von Unternehmen genannt, die bereits zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt haben. Inzwischen hat auch DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen erklärt: „Die Lehrstellenzusage steht."

Blüm hatte die Diskussion über die Lehrstellen-Garantie mit der Frage an die Gewerkschafter eröffnet, wieso der DGB die 1976 von den Arbeitgebern dem damaligen Kanzler Schmidt gegebene Zusage, 100 000 Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht angezweifelt habe. Für Zweifel gebe es, auch heute, überhaupt keinen Grund. Die Unternehmen hätten Wort gehalten.

Bundeskanzler Kohl sagte in der Diskussion, die Übereinkunft mit dem Handwerk und der Industrie sei auf freiwilliger und seriöser Basis getroffen worden. Niemand habe von einer Verabredung mit „rechtsverbindlichem Charakter" gesprochen. Fehrenbach betonte, natürlich könne man nicht von einer rechtlich einklagbaren Garantie ausgehen. Man werde im Herbst eine Bilanz ziehen.

Minister Blüm machte deutlich, selbstverständlich könne nicht jeder einen Ausbildungsplatz in seinem „Traumberuf" oder an seinem Heimatort finden. Aber die Bundesregierung habe 205 Millionen Mark bereitgestellt, um Kosten für die auswärtige Unterbringung von Lehrlingen mindern zu helfen.

EG droht mit Importstopp für Jungrobben-Felle

dpa, **Brüssel**

Die EG-Umweltminister haben sich auf einen Importstopp für Jungrobben-Felle geeinigt, der am 1. Oktober in Kraft treten soll, falls Kanada und Norwegen bis dahin nicht freiwillig auf die Jagd verzichten.

Der Kompromiß kam am Montagabend nach fast 14stündiger Debatte unter Vorsitz von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zustande. Versuche, die Jagd sofort durch ein unmittelbar in allen EG-Ländern wirksames Importverbot zu verhindern, waren zuvor gescheitert. Die Mitgliedsstaaten wollen jetzt alle erforderlichen Maßnahmen treffen bzw. beibehalten, um sicherzustellen, daß die weißen Felle der Jungtiere nicht gewerblich in ihre Hoheitsgebiete eingeführt werden. Die Produkte der Grönländer, die traditionell nur erwachsene Tiere jagen, sind in dem Kompromiß ausdrücklich ausgenommen worden.

Nach einem Käuferboykott, der durch den Protest von Millionen von Tierschützern ausgelöst wurde, sind die Preise für Robbenfelle in den vergangenen Wochen bereits rapide gefallen.

Gelesen

„Stell dir vor, es kommt Krieg, und keiner geht hin . . ."

Die Grünen

„Stell dir vor, es kommt Krieg, und keiner geht hin, dann kommt der Krieg zu euch. Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, und läßt andere kämpfen für seine Sache, der muß sich vorsehen: denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage. Nicht einmal den Kampf vermeidet, wer den Kampf vermeiden will: denn es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat."

Aus „Die Gedichte des Bertolt Brecht", Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main, 1. Auflage 1981, Seite 503

Athen: 16 Generäle in den Ruhestand versetzt

Linksregierung bestreitet Putschpläne von Offizieren

SAD, **Athen**

Nur 24 Stunden nach den großangelegten Bereitschaftsübungen der griechischen Armee und Polizei, die zu Gerüchten über einen Putschversuch geführt hatten, sind 16 Generäle der Landstreitkräfte und der Luftwaffe von der sozialistischen Regierung in Athen in Pension geschickt worden.

Wie aus Militärkreisen verlautete, fand das Revirement an der Spitze der Streitkräfte zwar im Rahmen der jährlich üblichen Umbesetzungen und Pensionierungen statt, habe aber mit der Entlassung von sechs Generalleutnanten und zehn Generalmajoren einen „ungewöhnlich großen Umfang" gehabt.

Pensioniert wurden unter anderem die Kommandeure von drei der vier Armeecorps des griechischen Heeres sowie der für den Bezirk der Hauptstadt Athen zuständige Militärkommandant. Die drei Corpskommandeure waren in Nordgriechenland stationiert, wo die Gerüchte über einen Putschversuch rechtsstehender Offiziere jüngerer Jahrgänge entstanden waren.

Die Athener Regierung hat energisch dementiert, daß es einen Putschversuch gegeben habe. In einem Gespräch mit Journalisten sagte der stellvertretende Verteidigungsminister Drosogiannis, daß es keine Verbindung zwischen den „völlig normalen Umbesetzungen" und den Putschgerüchten gebe. Er bestritt außerdem, daß es Festnahmen von aktiven Offizieren gegeben habe. Presseberichten zufolge sollen mindestens 25 jüngere Offiziere wegen angeblicher Putschpläne inhaftiert worden sein. Anhand der in Athen vorliegenden Informationen sind Beobachter einhellig der Meinung, daß ein Putsch nicht versucht worden ist. Möglicherweise habe die Regierung die Bereitschaftsübung angeordnet, um Offiziere mit Putschplänen abzuschrecken. Unter rechtsgerichteten Offizieren der griechischen Streitkräfte hatte es seit vergangenem Sommer erhebliche Unruhe über die Bildung von linksgerichteten Soldatenräten und die zunehmende Politisierung der Armee gegeben.

Seite 2: Hellenische Spiele

CSU darf weiter werben

Wahlspots müssen bundesweit ausgestrahlt werden

Wt. **Bonn**

CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber hat gestern die vom Bundesverfassungsgericht in der Nacht zum Dienstag verfügte bundesweite Ausstrahlung von CSU-Wahlspots als Bestätigung der „bundesweiten politischen Bedeutung" seiner Partei begrüßt. Der Versuch der SPD, „politische Sachauseinandersetzung durch juristische Verfahrenstricks zu ersetzen", sei gescheitert.

Wie in einem Teil unserer Auflage bereits berichtet, hatte das Bundesverfassungsgericht Montag nacht auf Antrag der CSU eine einstweilige Anordnung erlassen, die es dem WDR, dem NDR und dem Hessischen Rundfunk gestattet, Wahlwerbung der CSU weiterhin bundesweit auszustrahlen. Auf Antrag der SPD war dies den drei Rundfunkanstalten vergangene Woche durch Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster untersagt worden.

Professor Günter Dürig, einer der renommiertesten deutschen Verfassungsrechtler und Mitbegründer des bedeutendsten Grundgesetzkommentars, hatte die Münsteraner Entscheidung als einen „faustdicken Wahlanfechtungsgrund" bezeichnet. Der Fall, so Dürig, sei „nur vergleichbar mit der Beschlagnahme des Bayern-Kurier, sobald er außerhalb des Freistaats Bayern am Kiosk oder bei der Post auftaucht".

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fiel mit fünf gegen drei Richterstimmen. Die Mehrheit der Richter hielt den Antrag der CSU, die Entscheidung aus Münster auszusetzen, für „voraussichtlich erfolgreich"; deshalb sei eine einstweilige Anordnung angebracht. Das „gemeine Wohl" gebiete es, die bisherige Regelung erst einmal zu belassen, die auf langjähriger Handhabung beruhe.

Ebenfalls am späten Montag hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde des Abgeordneten Hans Wallow (SPD) gegen eine Anzeigenserie der Bundesregierung aus dem Dezember 1982 abgewiesen. Wallow hatte durch diese Serie sein „Recht auf Chancengleichheit bei der Bundestagswahl" verletzt gesehen.

Loewe gegen „Rotfunk und Schwarzfunk"

dpa, **Berlin**

Mit einem Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem hat der neue SFB-Intendant Lothar Loewe gestern sein Amt angetreten. Vor den Mitarbeitern erklärte Loewe, als Intendant fühle er sich politisch unabhängig. Jene, die ihn in dieses Amt gewählt hätten, wüßten, daß er „unsittliche Anträge politischer Parteien oder anderer Gruppierungen energisch zurückweisen werde". Die Journalisten im SFB forderte der neue Intendant auf, den „Regierenden und Mächtigen kritisch auf die Finger zu schauen und Mißstände aufzudecken". Weiter sagte Loewe, er wünsche im SFB weder Rot- noch Schwarzfunk. Die Journalisten im Sender sollten sich vor allem als Chronisten und Beobachter empfinden und nicht als Ideologen und Agitatoren.

Mordkomplott auch gegen Walesa?

dpa, **Rom**

Italiens Justiz ist jetzt auch einem Mordkomplott gegen den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa auf der Spur, bei dem – wie schon beim Attentat gegen Papst Johannes Paul II. im Mai 1981 – der bulgarische Geheimdienst eine Rolle spielen soll. Walesa sollte nach Aussagen des türkischen Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca bei seinem Aufenthalt in Rom vom 15.–19. Januar 1981 getötet werden. Der römische Untersuchungsrichter Ferdinando Imposimato leitete dazu jetzt zehn Vorermittlungsverfahren ein. Einer der Betroffenen ist der Vizedirektor des römischen Büros der bulgarischen Fluggesellschaft „Balkan Air", Sergej Ivanoff Antonoff.

„Nebentätigkeit" für Pfarrer verboten

epd, **Bayreuth**

Pfarrer Klaus Rettig (37) aus Neustädtlein (Landkreis Bayreuth) darf nach einer Entscheidung des Landeskirchenrates der bayerischen evangelischen Kirche nicht im Bundesausschuß der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner mitarbeiten. Der Pressesprecher der Landeskirche, Kirchenrat Walter Allgaier, erklärte, nach dem Pfarrgesetz sei eine solche Nebentätigkeit genehmigungspflichtig, weil diese Vereinigung nicht wohltätigen, kulturellen oder wissenschaftlichen Zwecken diene.

Gold-Baisse made in USA

ed. – „Die Spekulation hat sich ausgekotzt." Mit dieser nicht gerade sehr feinen, dafür aber den Nagel auf den Kopf treffenden Formulierung kommentierte ein Händler gestern die Stabilisierung des Goldpreises nach dem freien Fall von mehr als 500 auf unter 400 Dollar innerhalb einer Woche.

Mit Spannung wartet man am Markt nun darauf, ob diesem taumelnden Sturz eine gewisse Erholung folgt, eine markttechnische Reaktion, wie sie nicht ungewöhnlich wäre. Doch wagt zur Zeit kaum jemand eine Prognose. Nicht nur, weil der verlustreiche Schock noch vielen Spekulanten in den Knochen steckt. Am Markt herrscht dazu völlige Verwirrung. Kein Wunder. Denn was da an Erklärungen für den plötzlichen Preiseinbruch herumgereicht wird, stiftet eher Konfusion, als daß es Klarheit schafft.

Da ist die Rede von befürchteten Goldverkäufen seitens Opec-Ländern, die angeblich sinkende Ölexporterlöse durch Auflösung ihrer Goldhorte ausgleichen müssen. Tatsächlich waren aber gerade am Tag des schärfsten Preisrutsches Opec-Adressen Goldkäufer. Dann hieß es, die mit dem Ölpreisrückgang nachlassenden Inflationsbefürchtungen ließen den Glanz des Goldes als Inflationsschutz verblassen, zumindest in den USA.

Daß viele kleine Goldspekulanten all das glauben, mag sein. Man fragt sich nur verdutzt, warum sich ihre Erwartungen so plötzlich um 180 Grad drehen, obwohl sich die Welt mit der Ölverbilligung keineswegs total verändert hat. Man wundert sich freilich kaum noch, wenn man sieht, wie manche amerikanischen Broker ihre Kunden erst ins Gold hineingehetzt haben und jetzt wieder rausjagen nach dem Motto: Es lebe der Umsatz, denn davon leben wir.

(K)ein Signal?

gba. – Der Tarifabschluß von vier Prozent für 15 Monate bei den Volkswagen-Werken soll, als Haustarifvertrag, keinerlei Signalwirkung für die zähen Verhandlungen in der restlichen Metallindustrie haben. So hört man es von den Arbeitgebern, so vermuten auch die Experten der IG Metall. Sprecher der Volkswagen-Werke haben sich beeilt, den Vier-Prozent-Abschluß zurückzurechnen auf die übliche 12-Monate-Laufzeit und sind zu dem erstaunlichen Ergebnis gekommen, daß dies 3,2 Prozent entspräche. Dem ist allerdings nicht so. Für die nächsten 12 Monate zahlt VW tatsächlich vier Prozent mehr. Der vereinbarte Lohnverzicht greift erst danach während dreier Monate, in denen üblicherweise die – im kommenden Jahr auszuhandelnde – wiederum erhöhte Lohn- und Gehaltsrunde gezahlt würde. Ein Signal wird es für die restliche Metallindustrie sicher nicht werden, weil die IG Metall hier zu Laufzeitverlängerungen aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bereit ist. Sie fürchtet, in diesem Fall mit einem eventuellen Arbeitskampf in die Ferienzeit zu rutschen.

Stunde der Wahrheit

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die den Wert der französischen Währung bestimmenden Wirtschaftsfaktoren haben sich in letzter Zeit stark verschlechtert. Das Handelsbilanzdefizit des Landes erhöhte sich saisonbereinigt von 5,9 Milliarden Franc im Dezember auf 9,6 Milliarden Franc (3,4 Milliarden Mark) im Januar und übertraf damit auch den monatsdurchschnittlichen Passivsaldo des vergangenen Jahres von 7,8 Milliarden Franc erheblich. Gleichzeitig wurde die Inflationsrate wieder zweistellig.

Dagegen bewegen sich die Preissteigerungen in der Bundesrepublik auf die drei Prozent zu. Der Preisanstieg beträgt damit weniger als ein Drittel der französischen und knapp die Hälfte der OECD-durchschnittlichen Inflationsrate. Während die deutsche Leistungsbilanz inzwischen aktiv geworden ist, rutscht die französische immer tiefer in die roten Zahlen. Damit stellt sich die Frage nach einer neuen Änderung der Franc/Mark-Parität im Europäischen Währungssystem (EWS). Sie könnte unmittelbar nach den Bundestagswahlen vom nächsten Sonntag beantwortet werden, falls daraus die bürgerlichen Parteien als Sieger hervorgehen sollten.

Nun hat zwar Premierminister Mauroy am letzten Wochenende die „Eventualität einer Franc-Abwertung" „komplett ausgeschlossen". Aber solchen Erklärungen ist erfahrungsgemäß wenig Glauben zu schenken. Wechselkursänderungen kann eine Regierung nicht im voraus ankündigen: Denn sie würde dadurch der Währungsspekulation zu sicheren Gewinnen verhelfen.

Von größerem Einfluß für die weitere Entwicklung des Franc-Kurses an den Devisenmärkten könnte dagegen der jetzt von Mauroy verkündete „Plan" sein, das Handelsbilanzdefizit in diesem Jahr um nicht weniger als 40 Milliarden Franc gegenüber dem des Vorjahres von 93 Milliarden Franc zu vermindern. Wirtschafts- und Finanzminister Delors hatte bisher von einer Kürzung um „nur" 30 Milliarden Franc gesprochen, was bereits als außerordentlich ehrgeizig angesehen worden war.

Dabei ist unterstellt, daß die Preise am Weltölmarkt weiter zurückgehen. Die französische Ölrechnung würde sich bei einer Preissenkung um drei Dollar je Barrel um eine Milliarde Franc monatlich verbilligen. Allerdings müßte dafür auch der Franc-Dollar-Kurs stabil bleiben. Denn Mineralöl ist in amerikanischer Währung zu bezahlen. Bei einer Abwertung der französischen Währung im EWS wäre jedoch zu erwarten, daß auch der Dollarkurs gegenüber dem Franc anzieht.

Vor allem daraus erklärt sich das Bestreben der französischen Regierung, eine Franc-Abwertung zu vermeiden. Sie würde auch die übrigen Importe sofort verteuern, ehe sie den französischen Export beflügeln könnte. Die Handelsbilanz müßte sich deshalb zunächst einmal verschlechtern. Indessen bleibt festzustellen, daß sich die internationale Wettbewerbsposition der französischen Wirtschaft trotz der beiden Abwertungen nach Angaben des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) weiter verschlechtert hat. Verantwortlich dafür sind insbesondere die wegen der sozialistischen Experimente stark gestiegenen sozialen Lasten der Unternehmen. Außerdem sind in Frankreich die Löhne auch preis- und wechselkursbedingt stärker als im Ausland gestiegen.

Gleichzeitig verschlechterte sich die Struktur des französischen Außenhandels. Verstärkt exportiert wurde nur in (notleidend gewordene) Entwicklungsländer und in die Opec-Staaten. Dagegen ist die Ausfuhr in die Industriestaaten, jedenfalls real, mehr oder weniger stark zurückgegangen.

So verdoppelte sich der französische Einfuhrüberschuß im Warenverkehr mit der EG von 32 Milliarden Franc 1981 auf 64 Milliarden Franc 1982. Allein gegenüber der Bundesrepublik, seinem größten Handelspartner, verbuchte Frankreich einen Passivsaldo von 38 Milliarden Franc nach 23 Milliarden Franc 1981. Die Verschlechterung war insoweit allerdings (relativ) geringer als die gegenüber den übrigen EG-Partnern. Deshalb ist der (geheime) französische Wunsch schlecht begründet, daß nur die Mark aufgewertet, nicht aber der Franc abgewertet werden sollte.

Außerdem hat sich seit der letzten französisch-deutschen Paritätsänderung von Mitte 1982 die Inflations- und Kostendifferenz zwischen den beiden Ländern – trotz des viermonatigen französischen Preis- und Lohnstopps – auf ein Jahr gerechnet um gut fünf Prozentpunkte vergrößert, während die französischen Währungsreserven geschrumpft und die französischen Auslandsschulden sehr stark gestiegen sind. Auch aus diesem Grund rückt für den Franc die Stunde der Wahrheit immer näher.

BRASILIEN / Sanierungsprogramm fand IWF-Billigung – Lob für Privatbanken

Währungsfonds stellt Beistandskredit von 5,44 Milliarden Dollar bereit

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Brasilien ist unter Dach und Fach. Nach einem Beschluß des Exekutivdirektoriums kann das südamerikanische Land 4,96 Milliarden Sonderziehungsrechte (SZR) oder umgerechnet 5,44 Milliarden Dollar in Anspruch nehmen. Davon dürfen 4,62 Milliarden Dollar oder 425 Prozent der brasilianischen Quote in den kommenden drei Jahren gezogen werden.

Die Regierung in Brasilia kommt in den Genuß der erweiterten Fondsfazilität, die ein auf maximal drei Jahre angelegtes mittelfristiges Programm zur Behebung strukturbedingter Zahlungsbilanzungleichgewichte vorschreibt. Sofort abgerufen werden können 272,82 Millionen Dollar, die der ersten Kredittranche entsprechen, sowie 508,21 Millionen Dollar aus der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung von Ausfuhrerlösschwankungen. Ebenfalls gleich verfügbar sind 136,11 Millionen Dollar aus der erweiterten Fondsfazilität.

Zugang zur kompensierenden Fazilität wurde Brasilien gewährt, weil das Land 1982 erhebliche Exporterlös-Einbußen erlitt. Sie sanken um acht Prozent, verglichen mit einer Zunahme von jeweils rund 30 Prozent in den beiden vorausgegangenen Jahren. Verursacht wurden die Ausfälle durch sinkende Preise für Sojabohnen-Erzeugnisse, Zucker, Fleisch, Orangensaft und Pulpe sowie bei weiterverarbeiteten Waren durch die schwache Auslandsnachfrage. Eine erste Ziehung in Höhe von 543,64 Millionen Dollar auf dieses Kreditfenster war Brasilien im Dezember zugestanden worden.

In den vergangenen 15 Jahren, so heißt es in der Begründung des Exekutivdirektoriums, habe Brasilien eine Politik verfolgt, die auf hohe Wachstumsraten, die Schaffung von Arbeitsplätzen und einen höheren Lebensstandard zielte. In dieser Zeit sei Brasilien weitgehend industrialisiert worden. Seit 1974 habe sich das Land jedoch den stark gestiegenen Ölpreisen anpassen müssen. Die kräftige Zunahme der internationalen Zinsen, die Verschlechterung der Terms of Trade und die Abschwächung der Auslandsnachfrage habe dann 1982 zu einem mittelfristig nicht tragbaren Leistungsbilanzdefizit geführt. Im zweiten Halbjahr 1982 habe Brasilia einen großen Teil der Währungsreserven für den Schuldendienst verwenden müssen, weil der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten beschränkt gewesen sei.

Einverstanden ist der IWF mit Brasiliens Anpassungsprogramm, das einen Abbau der externen und internen Ungleichgewichte sowie weitreichende strukturelle Änderungen bringen soll. Ihr Ziel sei ein dauerhaftes Produktions- und Beschäftigungswachstum. Die öffentlichen Ausgaben werden in diesem Jahr, verglichen mit 1982, und noch einmal bis 1985 halbiert. Dadurch werden die Netto-Ersparnisse erhöht, so daß das Leistungsbilanzdefizit 1983 auf zwei (1982: 4,5) und 1985 auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts gedrückt werden kann. Allen Unkenrufen zum Trotz sieht der IWF die jüngste Cruzeiro-Abwertung um 30 Prozent als hilfreich an.

Nach Ansicht des Fonds sichern flexible Wechselkurse, gekoppelt mit angemessenen Einkommenspolitiken, die fortgesetzte Wettbewerbsfähigkeit brasilianischer Exporte. Die geringe Abhängigkeit von ausländischen Krediten, die sich auch aus dem Rückgang der internationalen Zinsen und Ölpreise ergebe, lasse erwarten, daß sich Brasiliens Schuldendienstverhältnis verbessere und neue Währungsreserven aufgebaut werden könnten, fährt der Fonds fort.

Der Fonds lobt ausdrücklich die Unterstützung der Privatbanken. Auf Drängen der „Weltnotenbank" schnürten sie ein Paket zusammen, das am Schluß die Forderungen der Washingtoner noch übertraf. So erhält Brasilien, wie berichtet, 4,4 Milliarden Dollar neue mittelfristige Kredite, vier Milliarden Dollar, fällig in diesem Jahr, müssen erst später zurückgezahlt werden, und rund zehn Milliarden Dollar stellen die Institute für die Finanzierung der Ein- und Ausfuhren bereit. Außerdem erneuerte sie die Interbanklinien in Höhe von 7,5 Milliarden Dollar. Zusätzlich zur IWF-Hilfe pumpen die USA Brasilien, dessen Auslandsschulden auf rund 85 Milliarden Dollar veranschlagt werden, weitere 400 Millionen Dollar aus dem Devisenstabilisierungsfonds des Schatzamtes.

AUF EIN WORT



„Die Aussichten für einen Rückgang der Inflationsrate sind gut. Weitere Stabilitätsfortschritte verspricht die mit der konjunkturellen Belebung übliche Tendenz eines Stückkostenrückgangs, der bei einer Höherbewertung der D-Mark noch verstärkt würde."

Dr. Erwin Sinnwell, Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Rheinland-Pfalz FOTO: KLAUS BENZ

AEG-Höhenflug vorerst beendet

rtr. **Frankfurt**

Der „raketengleiche" Höhenflug der AEG-Aktie vom Montag hat am Dienstag an der Frankfurter Börse ein abruptes vorläufiges Ende gefunden.

An der Börse war zu erfahren, daß die Banken am Vormittag durch telefonische Verkaufsaufträge von Kleinanlegern, die am Vortag auf den AEG-„Zug" aufgesprungen waren, gleichsam „zugeschmissen" wurden. Für diese Kleinanleger, so hieß es, dürfte es empfindliche Kursverluste gegeben haben, da bereits der Eröffnungskurs mit 51 um zehn Mark unter dem Vortagsschluß von 61 Mark lag. Der Kassakurs, zu dem alle Kleinaufträge unter 50 Stück abgewickelt werden, wurde mit einer Verspätung von einer Stunde mit 49 nach 59,50 am Montag festgestellt.

EG-BINNENMARKT

Industrienormen nur nach eingehenden Konsultationen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Industrienormen und ähnliche technische Vermarktungsvorschriften dürfen im Gemeinsamen Markt künftig nur noch nach eingehender Konsultation der EG-Partner eingeführt werden. Darauf haben sich die Wirtschaftsminister der Gemeinschaft gestern in Brüssel geeinigt. Das Informationsverfahren ist ein erster Erfolg der Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Andere Beratungsthemen des Brüsseler Sonderministerrates haben dagegen bisher noch nicht zu Beschlüssen geführt.

Der Richtlinienentwurf über die Normen sieht vor, daß vor der Festlegung neuer nationaler Vorschriften ein halbjähriger „Standstill" eingeführt werden muß, während dessen die Brüsseler Kommission und die EG-Regierungen Änderungsvorschläge vorlegen oder die Ausarbeitung einer EG-einheitlichen Regelung in Angriff nehmen können. Falls die Kommission Bedenken geltend macht, kann diese Frist sogar bis auf ein Jahr ausgedehnt werden.

Diese Regelung soll vor allem Einwände gegen das deutsche DIN-System und andere technische Vorschriften entkräften, die von den EG-Partnern häufig als besonders sublime Form des Handelsprotektionismus kritisiert werden. Ursprünglichen Bonner Bedenken gegen das Informationsverfahren wurde durch Protokollnotizen zum Richtlinienentwurf Rechnung getragen.

Bei der Beratung der noch offenen Fragen für die Zulassung von Drittlandserzeugnissen zur sogenannten „Gemeinschaftsbescheinigung" wurden im Rat kaum Fortschritte gemacht. Die Richtlinie soll klären, unter welchen Bedingungen Waren aus Nicht-EG-Ländern von dem Grundsatz ausgenommen werden können, daß Erzeugnisse, die in einem EG-Land zugelassen sind, künftig automatisch auch in anderen der Gemeinschaftsländer in Verkehr gebracht werden dürfen.

ÖLMARKT

Noch kein Termin für eine neue Opec-Konferenz

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

In dem Tauziehen der Ölexportstaaten um einen neuen Einheitspreis zeichnet sich immer noch keine Kompromißlösung ab. Die mit der Vorbereitung einer darüber entscheidenden Opec-Konferenz befaßten Erdölminister Venezuelas, Algeriens und Kuwaits haben die am letzten Freitag in Paris aufgenommenen informellen Gespräche am Montagabend fortgesetzt, ohne anschließend Ergebnissse zu veröffentlichen.

Vor dem Treffen erklärte der venezolanische Minister Humberto Calderon Berti, daß die Opec-Konferenz sicher nicht vor Ende dieser Woche stattfinden könnte, nachdem die Golfstaaten die Konferenz bereits für Mittwoch oder Donnerstag nach Wien oder Genf einberufen wollten. Am Wochenende war Berti in London mit britischen und norwegischen Regierungsvertretern zusammengetroffen.

Eine haltbare Preisvereinbarung wäre für die Opec allerdings nur dann möglich, wenn sich daran auch die anderen Ölexportstaaten beteiligen und auch die dafür notwendigen Produktionskürzungen vornehmen. Bisher aber hat die britische Regierung ihre Absicht bekundet, die Förderung bis 1985 nicht zu senken. Andererseits wendet sich Iran gegen die nach dem starken Rückgang der Spot-Marktpreise erforderlich gewordene Herabsetzung der Opec-Listenpreise.

Dagegen sollen die vier Golfstaaten (Saudi-Arabien, Vereinigte Emirate, Kuwait und Qatar) nach Angaben der „Middleeast Economic Survey", die den Saudis nahesteht, für den Fall eines Mißerfolgs der Preisverhandlungen eine einseitige Herabsetzung ihres offiziellen Listenpreises um 7 auf 27 Dollar je Barrel angedroht haben.

KONJUNKTURPOLITIK

Beirat betont Vorrang der gemeinsamen Interessen

HEINZ HECK, **Bonn**

„Verstärkte Kapitalbildung, höhere Investitionen und technischer Fortschritt sind erforderlich, um die gegenwärtige Stagnation zu überwinden." Das schreibt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in seinem soeben veröffentlichten Gutachten „Konjunkturpolitik – neu betrachtet".

Zentrales Thema der Studie ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Der Beirat fordert eine Verständigung zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen, um Vollbeschäftigung zu erreichen, den sozialen Frieden zu bewahren und den gemeinsamen Interessen Vorrang vor Sonderinteressen einzuräumen. Einer deutlichen Steigerung der privaten Investitionen wird großes Gewicht beigemessen.

Als Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit fordert das Gremium einmal verstärkte regionale Lohndifferenzierung. Zweitens sollten bei der Gestaltung der betrieblichen Lohnstruktur „stärker als bisher leistungsbezogene Gesichtspunkte zur Geltung kommen und die unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit geförderten Egalisierungstendenzen abgebaut werden".

Alle Rezepte, Arbeitslosigkeit durch „Umverteilung der Arbeit" (Arbeitszeitverkürzung) zu vermindern, werden als unbrauchbar bezeichnet. Der Beirat schließt allerdings tarifvertragliche Abmachungen, die eine Arbeitszeitverkürzung statt Lohnerhöhungen vorsehen, nicht aus, erwartet davon jedoch keine erhebliche Verringerung der Arbeitslosigkeit. Seine Empfehlung zielt darauf, daß der Anstieg der Arbeitskosten hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleibt und daß die Arbeitszeitregelungen flexibler werden.

Darüber hinaus plädiert er für eine Verknüpfung aller konjunktur-, struktur- und wachstumspolitischen Entscheidungen. Eine Milderung der Einkommensteuerprogression, eine Revision des Transfersystems (Zurückschrauben von Ansprüchen an die öffentliche Hand zugunsten von mehr Selbsthilfe) und die Ausgabenverlagerung in Richtung öffentlicher Investitionen sind Forderungen an die Finanzpolitiker. Zwar sollte die Staatsverschuldung in der Rezession nicht vermindert, dafür aber eine Verpflichtung eingeführt werden, wonach rezessionsbedingte Staatsschulden im nächsten Aufschwung wieder abzutragen sind. Die Staatsquote sollte vermindert und Entbürokratisierung durch Abbau staatlicher Regulierung angestrebt werden, damit mehr Flexibilität für die Privatwirtschaft gewährleistet werde und die marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen wirken können.

Die Geldpolitik soll ihren beschäftigungspolitischen Beitrag dadurch leisten, daß sie auf Verstetigung angelegt wird und eine Geldversorgung anstrebt, die eine Ausschöpfung der Produktionsmöglichkeiten unter Wahrung des stabilitätspolitischen Auftrags erlaubt. In extremen Situationen wie einem kumulativen Abschwung seien allerdings eine expansive Geldversorgung und eine entsprechende Zinssenkung zur Förderung von Investitionen notwendig.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Franc schwächer

Paris (J. Sch.) – Die Spekulation auf eine erneute Abwertung des Franc im Europäischen Währungssystems (EWS) scheint nun doch durch die Veröffentlichung des unerwartet hohen Januardefizits der französischen Handelsbilanz am Wochenende eingeläutet worden zu sein. Die Mark wurde gestern in Paris erstmals deutlich über ihrer amtlichen Parität von 2,83396 notiert, die zu verteidigen sich die Regierung fest vorgenommen hat. Zu Interventionen gezwungen ist die Notenbank allerdings erst bei einer Grenze von 2,8985 Franc.

Kuba will umschulden

Bonn (DW.) – Kuba will nach einem Reuters-Bericht aus Havana 1,3 Milliarden Dollar seiner 3,5 Milliarden Dollar Westverbindlichkeiten umschulden. In Verhandlungen mit Auslandsbanken in Paris in dieser Woche wollen die Kubaner, die derzeit nur Zinsen für ihre Auslandsschulden zahlen, eine Stundung der Tilgungen bis 1986 und dann eine Streckung über zehn Jahre erreichen. Spanien, Frankreich und Japan sollen die Hauptgläubigerländer Kubas sein.

Klage wegen Rumasa

Madrid (VWD) – Die konservative „Volksallianz/PDP" hat Verfassungsklage gegen die Verstaatlichung des privaten Großkonzerns „Rumasa" eingereicht. Der Amtsrichter vom Dienst in Madrid verweigerte jedoch die Annahme der Klage, da diese direkt dem Verfassungsgericht vorgelegt werden müsse. Die „Volksallianz" will mit allen Mitteln eine Aufhebung der Verstaatlichung anstreben, deren negative Konsequenzen für die Zukunft des freien Wirtschafts- und Finanzsystems in Spanien noch „unübersehbar" seien.

Zufriedenstellend

Offenbach (dpa/VWD) – Mit „insgesamt durchaus zufriedenstellenden Geschäftsergebnissen" ist am Dienstag in Offenbach die 74. Internationale Lederwarenmesse zu Ende gegangen. Trotz einer gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent geringeren Besucherzahl sei das Auftragsvolumen des Vorjahres gehalten, in Teilbereichen sogar überschritten worden, teilte die Messegesellschaft am Dienstag mit. In Offenbach hatten vier Tage lang 500 Aussteller aus 21 Ländern ihre aktuellen Lederkollektionen für die Sommer- und Reisesaison 1983 vorgestellt.

Chrysler mit Gewinn

Washington (Sbt) – Die Chrysler Corp. hat 1982 zum erstenmal seit fünf Jahren wieder einen Gewinn erwirtschaftet. Er betrug 170,1 Millionen Dollar. Erzielt wurden die schwarzen Zahlen allerdings durch den Verkauf der Panzer-Werke an General Dynamics; im vergangenen Jahr machte der Betriebsverlust immer noch 68,9 (viertes Quartal: 96,1) Millionen Dollar aus.

Kritik an U. S. Steel

Washington (Sbt) – Ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik ist die U. S. Steel Corporation, Pittsburgh, geraten. Ausgerechnet Amerikas größter Stahlkonzern, dessen Vorstandsvorsitzender Roderick den Westeuropäern ein Lieferbeschränkungsabkommen abgerungen hat und auch die japanische Konkurrenz vom eigenen Markt möglichst fernhalten will, gibt, wenn es ums Geld geht, ausländischen Produkten den Vorzug. Für die Errichtung eines 76stöckigen Bürogebäudes in Seattle hat die Bautochter des Großunternehmens, American Bridge, den Zuschlag für 16 000 Tonnen Profistahl erhalten. Die Offerte lag um vier Millionen Dollar unter der des nächsten Bieters. Des Rätsels Lösung: Es handelt sich um japanischen Billigstahl, der in Südkorea gegossen wurde.

BDI mahnt

Bonn (HH.) – Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die Bundesregierung „mit großem Nachdruck" aufgefordert, die deutsche Ratspräsidentschaft in der EG entschieden für die internationale Harmonisierung in der Luftreinhaltung zu nutzen und auch gegenüber den östlichen Nachbarn entschlossener zu fordern. Dies sei nicht nur aus ökologischen Gründen zwingend, sondern auch, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Wirtschaft zu vermeiden.

BNP–D-Mark-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Die Banque Nationale de Paris (BNP), Frankreichs größte Geschäftsbank, will über ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank eine Anleihe über 100 Millionen Mark begeben, die mit einem Zins von 7¾ Prozent zu Pari angeboten werden soll. Dies ist die erste DM-Anleihe der Bank.

US-AUSSENHANDEL

Es drohen Riesen-Defizite

Sbt, **Washington**

Die Außenposition der USA wird sich in diesem Jahr dramatisch verschlechtern. Wie ein hoher Beamter des Handelsministeriums in *Washington gegenüber der WELT* erklärte, kann das Leistungsbilanzdefizit *15 bis 20 Milliarden Dollar* erreichen. Das wäre das höchste Minus *in der amerikanischen* Geschichte. In den letzten drei Jahren war die Leistungsbilanz im Plus, 1982 mit rund drei Milliarden Dollar. Unter Druck geraten muß zwangsläufig die US-Währung.

Bestätigt hat das Ministerium die Kalkulation des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses, wonach sich das amerikanische Handelsbilanzdefizit 1983, verglichen *mit dem Vorjahr, auf Cif*-Basis von 42,6 auf rund 75 Milliarden Dollar erhöhen wird. Es kann allerdings um fünf bis sieben Milliarden Dollar niedriger ausfallen, wenn das Opec-Kartell die Ölpreise weiter senkt. Die USA importieren *nur noch ein Drittel* ihres Ölbedarfs. 1981 waren es 302 Millionen Tonnen für insgesamt 79,2 und 1982 rund 259 Millionen Tonnen für 62,2 Milliarden Dollar.

Die drastische Verschlechterung der US-Außenposition führt das *Handelsministerium auf die Kon*junkturschere zwischen den Vereinigten Staaten und dem Ausland zurück. So beschleunigen sich die Einfuhren mit dem stärkeren Wachstum der amerikanischen Wirtschaft, während die Exporte wegen der trägen ausländischen Märkte nur langsam anziehen. Verstärkt werden diese Trends noch durch die Dollar-Aufwertung in den vergangenen zweieinhalb Jahren.

Im Januar sank der Passivsaldo *in der US-Handelsbilanz*, verglichen mit Dezember, von 3,2 auf nahezu 3,0 Milliarden Dollar. Die Exporte stiegen, vor allem im Agrarbereich, um 6,4 Prozent auf 17,4, die Importe um 4,1 Prozent auf mehr als 20,3 Milliarden Dollar. Die hohen Einfuhren spiegeln das Bemühen der amerikanischen Un*ternehmen, ihre leeren Lager auf*zufüllen. Dagegen erholten sich die Exporte von einem sehr niedrigen Niveau am Jahresende.

NAMEN

Dr. Bernhard Fabricius (44), zuletzt Geschäftsführer der DAL Multinational-Leasing, Mainz, ist zum Vorstandsmitglied der Konrad Hornschuch AG, Weissbach, berufen worden.

Franz Stevens, kaufmännisches Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der AEG-Telefunken Kabelwerke AG, Rheydt, wird am 3. März 60 Jahre.

Peter Porhansl wurde in die Geschäftsführung der Internationale Presse Import- u. Export GmbH, Frankfurt am Main, berufen.

WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE / DIW: Gesamtwirtschaftliche Produktion steigt um zehn Milliarden

Bau und Betrieb schaffen 20 000 Arbeitsplätze

HEINZ HECK, **Bonn**

*Der Bau und Betrieb einer Wie*deraufarbeitungsanlage für Kern*brennstoffe führen nach Berech*nungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin zur Schaffung von annähernd 20 000 Arbeitsplätzen.

Das Berliner Institut veranschlagt dabei die Investitionen für den Bau einer solchen Anlage mit einem Jahresdurchsatz von 350 Tonnen Uran in ausgedienten Brennelementen auf rund vier Milliarden Mark (Preise von 1980). Dadurch wird der Studie zufolge eine gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen *von insgesamt etwa zehn Milliar*den Mark bewirkt, die sich mindestens auf die gesamte Bauzeit von sieben Jahren verteilt. Zu der Anlage gehören dabei neben der Wiederaufarbeitung selbst die Brennelement-Bereitstellung, die Mischoxydherstellung, die Abfallbe*handlung sowie Versorgungs*- und Verwaltungseinrichtungen. In der *Untersuchung* wurden dagegen solche Effekte nicht berücksichtigt, die mit dem Bau und Betrieb von Brennelement-Zwischenlagern und einer Endlagerstätte verbunden sind.

Die für den Bau der Anlage erforderliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen werde Beschäftigungsimpulse von rund 80 000 Mann-Jahren auslösen. Das bedeute die Sicherung von etwa 11 000 Arbeitsplätzen für die Dauer von sieben *Jahren. Zwar dürften* davon beinahe alle Branchen profitieren. Jedoch *konzentrierten sich* die Wirkungen auf Elektrotechnik-Hochbau und Maschinenbau.

Durch den Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage würden Jahr für Jahr Güter und Dienstleistungen im Umfang von rund 1,7 Milliarden Mark (Preise von 1980) produziert. Langfristig seien dadurch knapp 8000 Personen beschäftigt, davon in der Anlage selbst rund 1600 oder 20 Prozent. Der Wirtschaftsregion im Umkreis einer solchen Anlage dürften „außergewöhnliche Wirtschaftsimpulse zugute kommen", heißt es in der DIW-Studie.

Neben dem Beschäftigungseffekt ist nach Meinung von Albert *Probst* (CSU), *Parlamentarischer* Staatssekretär beim Forschungsminister, an die energie- und umweltpolitischen Wirkungen zu denken. Durch Wiederaufarbeitung und Rückführung der Spaltstoffe würden „erhebliche Mengen Natururan eingespart", erklärte er in diesen Tagen in Schwandorf. Für den Standort Wackersdorf bei Schwandorf ist ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren für eine nukleare Aufarbeitungsanlage beantragt.

Durch Wiederaufarbeitung könnten außerdem längerlebige Spaltprodukte „weitgehend verbrannt werden". Damit werde zugleich das Gefährdungspotential des Endlagers radioaktiver Abfallstoffe verringert.

Nach allen bisherigen Erfahrungen mit Wiederaufarbeitungsanla*gen liege die Strahlenbelastung* der Beschäftigten wie der Bevölkerung und der Umwelt „deutlich unterhalb der als zulässig betrachteten Werte".

Derzeit werden in der Bundesre*publik zehn Kernkraftwerke* gebaut. Nach Angaben der Kraftwerk Union (KWU) sind fast 70 000 Personen direkt oder indirekt mit diesen Bauarbeiten beschäftigt. An jedem Projekt der KWU, die die Anlagen meist schlüsselfertig baut, seien etwa 700 – überwiegend mittelständische – Firmen tätig.

HELABA / Betriebsergebnis vervierfacht

Weiterhin ertragsorientiert

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Hessische Landesbank-Girozentrale (Helaba), Frankfurt, berichtet in einem vorläufigen Überblick über eine Vervierfachung des 1981 um 60 Prozent gesunkenen Teilbetriebsergebnisses (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand) von 40 auf rund 164 Mill. DM, die einer Begrenzung des Kostenanstiegs und einer gleichzeitigen kräftigen Zunahme der Erträge zu verdanken sei. Der Zinsüberschuß, die wichtigste Ertragsquelle, habe das Vorjahresergebnis um mehr als 50 *Prozent* übertroffen, begünstigt von der Normalisierung der Zins*struktur und vom Zinsrückgang*, aber auch von einer margenbewußten Geschäftspolitik.

Zu dem verbesserten Betriebser*gebnis kamen, wie es in einer Mit*teilung der Bank weiter heißt, nennenswert höhere Überschüsse *im* Eigenhandel und aus dem außerordentlichen Bereich. Dennoch wird die Helaba nur ebenso wie für das von einem spürbaren Ertragseinbruch gekennzeichnete Jahr 1981 unter dem Strich einen Jahresüberschuß *von 45 Mill. DM* ausweisen, der wie im Vorjahr den offenen Rücklagen zugeführt werden soll. Die Bank hat die höheren Erträge genutzt, um ohne Rückgriff auf Reserven allen erkennbaren Risiken umfassend Rechnung zu tragen. *Wertpapierbestand* wurde nach dem Niederstwertprinzip bilanziert.

In ihrem Überblick über das Geschäftsjahr betont die Helaba, die Geschäftspolitik sei weiterhin ertrags- und nicht wachstumsorientiert gewesen. Das *kurzfristige* Kundenkreditgeschäft ist um 11 *Prozent auf 7 Mrd. DM – darunter* 3,6 Mrd. DM Ausleihungen an Wirt*schaft und Private* – nochmals stärker gewachsen als die langfristigen Kredite an Kunden, die um 3 Prozent auf 24,1 Mrd. DM zunahmen. Die kurzfristigen Forderungen an Banken stiegen um 5 Prozent auf 9,7 Mrd. DM, die langfristigen gingen um 8 Prozent auf 4,2 Mrd. DM zurück. Entsprechend den Bewegungen auf der Aktivseite expandierten die kurzfristigen Gelder von *Banken und Kunden* überdurchschnittlich um 12 Prozent auf 18,6 Mrd. DM. Zur Refinanzierung des längerfristigen Geschäfts setzte die Helaba 6,5 (6,0) Mrd. DM eigener Schuldverschreibungen ab, deren Umlauf sich zum Jahresende von 23,7 auf 25 Mrd. *DM* erhöhte. Die Bilanzsumme stieg um 5,5 Prozent auf 62,3 Mrd. DM.

Für dieses Jahr erwartet die Helaba eine Fortsetzung der positiven Ertragsentwicklung, die vor alle durch eine anhaltende Verbess rung der Zinsspanne untermaue werde. Das ermäßigte Zinsnivea biete zudem günstige Vorausse zungen für eine Konsolidierun kurzfristiger Finanzierungen un für die Konjunktur.

EINZELHANDEL

Bundespost wird kritisiert

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HdE) hat die Höhe der von der Bundespost geplanten Gebühren für die Anwender und Benutzer von Bildschirmtext kritisiert. Sie seien „teilweise unvernünftig", sagte Geschäftsführer Hubertus Tessar gegenüber *der WELT. Der vorwie*gend mittelständisch strukturierte Einzelhandel könne die für Einrichtung, Geräte, Raum und Arbeit anfallenden Kosten nicht aufbringen – vor *allem* nicht in der Anfangsphase, in der der Zugang zum Endverbraucher noch beschränkt sei.

Tessar betonte, daß der Einzelhandel grundsätzlich diesen neuen Fernmeldedienst der Bundespost begrüße und sich seiner auch bedienen wolle, doch stünden dem besonders die hohen Grundgebühren entgegen. Der HdE werde seinen Mitgliedern vom Einstieg in das neue Medium vorerst abraten. Es sei ein Fehler der Post, den Break-even-point für den Bildschirmtext-Service schon 1990 erreichen zu wollen. Der Einzelhandel habe schon immer für das Jahr 2000 plädiert.

Mit 20 000 Mark Kosten für die Einrichtung eines Bildschirmtext-Arbeitsplatzes nach dem neuen Europa-Standard (bessere Bildqualität, mehr Farben) rechnet Tessar. Hinzu kämen Grundgebühren pro Jahr von rund 10 000 Mark für 200 Speicherseiten bundesweit, *davon 100 für eine geschlossene* Benutzergruppe. Das sei zu teuer. Man müsse bedenken, daß der Einzelhandel auf Inserate in Lokal- und Regionalzeitungen nicht verzichten könne. Man wolle damit nicht nur der Kundengewohnheit entgegenkommen, die Anzeigen auszureißen und mitzunehmen, *sondern auf eine Zeitungsseite* gehe auch viel mehr drauf als auf eine Seite Bildschirmtext.

GROSSBRITANNIEN

Streik der Bergleute

WILHELM FURLER, **London**

Die beabsichtigte Schließung einer unrentablen Zeche in Südwales droht einen landesweiten Streik der britischen Bergleute auszulösen. Nachdem bereits zum Wochenbeginn alle 23 000 Bergleute in Südwales *die Arbeit in ihren 33* Gruben auf unbestimmte Zeit niederlegten und etwa 300 Streikende die regionale Hauptverwaltung der staatlichen Kohlegesellschaft für Wales in Cardiff für etwa fünf Stunden besetzt hielten, haben sich inzwischen die Gewerkschaftsführer in den Kohlegruben von Yorkshire *ebenfalls vor den Streikwagen* spannen lassen.

Sie stimmten mit überwältigender Mehrheit einem Vorschlag der Südwalliser Kollegen zu, ihre 65 000 Mitglieder zu einem unbefristeten Streik vom kommenden Sonntag an aufzurufen. Der Streikaufforderung gefolgt sind inzwischen etwa 500 Bergleute *in North*-Derbyshire. Auch aus Nottinghamshire wurde von einer Annahme des Streikaufrufs berichtet.

Von den Gewerkschaftsfunktionären in den anderen Kohlerevieren Großbritanniens einberufene *Versammlungen* werden in den nächsten Tagen zeigen, ob es zu einer lawinenartigen Sympathie-Bewegung kommt. Die Gewerkschaftsführung der Eisenbahner hat inzwischen ebenso wie die der Hafenarbeiter und die der Seeleute eine Unterstützung von Streikaktionen zugesagt.

Die 108 Jahre alte Kohlegrube in der Nähe von Pontypridd, Mid Glamorgan, arbeitet mit einem geschätzten Jahresverlust in Höhe von etwa sieben Millionen Pfund (mehr als 25 Millionen Mark). Die zuständige Bezirksleitung hat den betroffenen Bergleuten zugesagt, daß es durch die Grubenschlie*ßung zu keinem einzigen unfreiwil*ligen Arbeitsplatz-Verlust kommen würde.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Esbi im Vergleich

Stuttgart (nl.) – Die Esbi Süddeutsche Baumwolle-Industrie AG, Kuchen, Hersteller von Modestoffen, Bettwäsche und Dekorationsstoffen, hat beim Amtsgericht Göppingen Antrag auf Eröffnung eines *Vergleichsverfahrens gestellt. Die* Notierung der Esbi-Aktie ist am Montag an der Stuttgarter Börse vorläufig ausgesetzt worden. Das Unternehmen, dessen *Mitarbeiter*zahl in den letzten zehn Jahren von über 1500 auf nunmehr zwischen *500 und 600* zurückgegangen ist, zahlte zuletzt eine Dividende für 1971/72. Für 1981 war ein Umsatz von 72 Mill. DM ausgewiesen worden. Am Aktienkapital von 5,7 Mill. DM ist die Matheis-Gruppe, Eislingen, mehrheitlich beteiligt.

Höheres Grundkapital

Hamburg (JB.) – Die Norddeutsche Hypotheken- und Wechsel*bank AG, Hamburg, will ihr geneh*migtes Kapital von 5 Mill. DM ausnutzen und den Aktionären junge Aktien zum Ausgabepreis von 75 DM mit Gewinnberechtigung ab 1. April 1983 anbieten. Die Erhöhung der haftenden Eigenmittel auf 93,3 *Mill. DM* bringt der Bank einen Kreditspielraum für weitere Hypothekendarlehen in Höhe von 270 Mill. DM. 1982 stellte die Bank eine deutlich steigende Nachfrage nach Baufinanzierung für Umschuldungszwecke fest. Die Ertragslage der Bank, so heißt es, habe sich stabilisiert.

Kurzarbeit bei Zeiss

***Oberkochen** (VWD) – Die Firma* Carl Zeiss, Oberkochen, plant, in Kürze für Teilbereiche des Unternehmens Kurzarbeit zu beantragen. Davon werden nach Zeiss-Angaben voraussichtlich ab 1. April rund 450 und ab 1. Mai insgesamt rund 650 von den etwa 8000 Zeiss-Mitarbeitern betroffen sein. Die Kurzarbeit *betrifft in erster Linie Bereiche* der mechanischen Vorfertigung und der damit verbundenen Abteilungen in den Werken Oberkochen und Aalen sowie das Werk Bopfingen. Nach der augenblicklichen Situation *muß* mit etwa vier *Monaten* Kurzarbeit gerechnet werden.

Guter Start

Frankfurt (cd.) – Der von der DWS am 8. November 1982 aufgelegte „Bayern-Spezial"-Fonds hat in seinem ersten Rumpfgeschäftsjahr bis Ende Dezember 78,9 Mill. *DM* Spargelder an sich gezogen und das Vermögen um 4,9 Prozent auf 82,7 Mrd. DM vermehrt. Die Erträge werden erst bei der Ausschüttung *für 1983* berücksichtigt. Das Fondsvermögen war zu 26,7 Prozent in bayerischen Rentenwerten und zu 65,2 in Aktien bayerischer Emittenten angelegt. Anlageschwerpunkte waren mit jeweils rund 10 Prozent des Fondsvermögens Aktien der Bereiche Versorgung, Banken, Glas- und Porzellan sowie Versiche*rungen*.

Getrennt marschieren

Stuttgart (nl.) – Pläne einer Fu*sion der Landesbank Stuttgart* mit der Landesbausparkasse Württemberg sind ebenso wie andere Verschmelzungsabsichten zu den Akten gelegt worden. Dies erklärte Bruno Rühl, Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes, in Stuttgart. Die 24 württembergischen Sparkassen *weiteten ihre Bilanzsumme* 1982 *um* 6 Prozent auf 58,8 Mrd. DM aus. Die Zinsspanne verbesserte sich auf 3,35 (2,98) Prozent.

Besseres Ergebnis

Stuttgart (nl.) – Bei *einer um 1* Mrd. auf 25 Mrd. DM rückläufigen Bilanzsumme erzielte die Landesbank Stuttgart 1982 ein „wesentlich verbessertes Betriebsergebnis". Ausschlaggebend für das verringerte Geschäftsvolumen war die Rück*führung der Forderungen* an Kreditinstitute um 1,6 Mrd. auf 8 Mrd. DM.

INTERNATIONALE EISENWARENMESSE

Verhaltene Zuversicht

HERBERT KLAR, **Köln**

Die beteiligten Wirtschaftskreise sehen der bevorstehenden Internationalen Eisenwarenmesse (9. bis 12. März) in Köln „mit Hoffnung und verhaltener Zuversicht entgegen", *teilte der Vorsitzende* des Fachbeirats, Günter Becker, mit. Diese weltweit größte Veranstaltung ihrer Art ist für die deutsche Werkzeug-, Schloß- und Beschlag-, Do-it-yourself- und Hausratbranche der wichtigste Messeplatz. Obwohl in vielen der vorwiegend mittelständisch strukturierten Industriebranchen die Talfahrt bis in den Herbst hinein angehalten hat, erhofft man sich eine Wiederbelebung der Nachfrage.

Die deutsche Werkzeugindustrie, so Becker, habe das „Konkursjahr" 1982 ohne wesentlichen Substanzverlust überstanden. Der Umsatz überschritt erstmals die 3-Milliarden-Grenze. Dennoch entspreche dies einem realen Umsatzrückgang von 3,4 Prozent (nominal plus 0,9). Innerhalb eines Jahres sei damit *die Umsatzrentabilität um 2* Prozentpunkte abgerutscht. Mit allergrößter Sorge betrachtet die Branche den Import von Werkzeugen *aus Billiglohnländern, wie Indien*, Taiwan, Rumänien oder der VR China.

Der Umsatz der deutschen Schloß- und Beschlag-Industrie ist auf 4,48 Mrd. DM (plus 2,9 Prozent) gestiegen. Für 1983 zeichne sich allenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab.

Allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken, hat die Heimwerker-Branche, deren Umsatz für 1982, je nach Untersuchung und *Bemessungsgrundlage, auf 23 bis* 28 Mrd. DM geschätzt wird. Immerhin entspricht dies einem Anteil von rund 15 Prozent an den gesamten Freizeitausgaben in der Bundesrepublik.

Während die Gesamtproduktion der EBM-Industrie um 4,1 Prozent zurückging, lagen die Hersteller von *Haushaltsartikeln 1* Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Auf der Internationalen Eisenwarenmesse werden 2877 Firmen *aus 40 Ländern* ausstellen. Fast die Hälfte kommt aus dem Ausland.

KOLUMBIEN / Venezuelas Währungsmaßnahmen treffen den kleinen Grenzverkehr zum Nachbarstaat

Regierung in Caracas exportiert Wirtschaftskrise

G. FRIEDLÄNDER, **Bogotá**

Cucuta ist die Hauptstadt des kolumbianischen Departementes Nord-Santander, das etwa die Größe von Hessen hat. Ein Drittel seiner um die 800 000 Einwohner lebt in *Cucuta. Das sind keine* besonders eindrucksvollen Zahlen, aber Cucuta, „Kolumbiens Schaufenster", liegt nur zwölf Kilometer von der venezolanischen Grenze entfernt. Täglich kommen im kleinen Grenzverkehr Venezolaner nach Cucuta und kaufen ein. Weder Venezuelas Industrie noch seine Importeure *können ihre Waren so bil*lig liefern wie Cucuta die Produkte der kolumbianischen Industrie. Die Käufer richten es sich so ein, daß sie von Zollbehörden nicht belästigt werden. Der venezolanische Bolivar und der Dollar liefen hier bis vor wenigen Tagen ebenso frei wie der kolumbianische Peso um.

Tausende Kolumbianer und Venezolaner betrieben hier täglich ihren umfangreichen Handel, ohne irgendwelche Probleme mit der Bürokratie, Devisen oder Zöllen zu haben. Das hat beiden Ländern mehr genutzt als geschadet.

So war es bis vor einer Woche. Als Venezuela einen Bankfeiertag für den Devisenhandel und die Zwangsbewirtschaftung des Devisenmarktes ankündigte, wußten Cucutas Kaufleute, auch ohne Ökonomie studiert zu haben, was das bedeutete. Der Bolivar fiel in Cucuta in Erwartung der Abwertung auf bis zu 40 Prozent seines Wertes. *Inzwischen ist* der Bolivar auf sechs Dollar abgewertet, ein dreifacher Wechselkurs eingeführt und Devisenkontrollen eingeführt worden.

Kolumbien ist weniger um Cucuta als um die Zukunft seines Exports nach Venezuela besorgt, der 1982 trotz beginnender Restriktio*nen von seiten Venezuelas* einen Wert von 700 Millionen Dollar überschritt. Niemand hatte bisher geglaubt, daß Venezuelas Bolivar wirklich erheblich abgewertet werden muß. Mit der jetzt beschlossenen Abwertung könnte Kolumbien *einen seiner größten Märkte* verlieren.

Venezuelas Regierung hat in einer der gefährlichsten Maßnahmen Zuflucht gesucht: Vorzugskurse für lebenswichtige Artikel, etwa 25 Prozent aller Importe, neben zwei weiteren Kursen. Das bedeutet, daß solche Artikel oft nicht den Weg auf die venezolanischen Märkte finden, sondern in die Nachbarländer geschmuggelt werden, wo sie zum wirklichen und nicht einem fiktiv niedrigen Dollarwert verkauft werden können.

Venezuela hat keine Industrie, die in normalen Zeiten Kolumbien viel zu bieten hat. Aber eine Abwertung von 28,7 Prozent des Bolivar macht venezolanische Produkte in Kolumbien billig und alle kolumbianischen in Venezuela zu teuer. Kolumbianische Exporteure und Fabrikanten sagen bereits ihrer Regierung, daß Kolumbien ohne falsche Scham seinen Peso im gleichen Verhältnis abwerten muß wie Venezuela den Bolivar. Kolum*biens Peso wird gegenwärtig offi*ziell mit 72,40 zum Dollar gehandelt, aber auf dem Schwarzen Markt, wo der Dollar viele Jahre billiger als auf dem offiziellen Markt war, wird er bereits mit mehr als 76 gehandelt. Am Export *interessierte Kreise fordern einen* Kurs von 100 Pesos zum Dollar, um sich gegen die Folgen der venezolanischen Abwertung zu schützen.

Für diejenigen, die mit Export nichts zu tun haben, sieht es anders aus. In Kolumbien macht sich angesichts der Möglichkeit einer größeren Abwertung Nervosität bemerkbar. Devisenhändler des Schwarzen Marktes berichten von mehr als normalen Dollarkäufen für Auslandsreisen. Viele wollen in den USA Rat holen, wie sie sich am besten gegen eine Krise verteidigen können, die nicht von Kolumbien, sondern von seinem Nachbarn Venezuela heraufbeschworen wurde. Ganze Familien verlassen Kolumbien.

Nicht alle können den Weg in die USA nehmen. Eine Million Kolumbianer arbeiten in Venezuela und schicken monatlich einen kleinen Scheck an ihre Angehörigen in Kolumbien, deren Existenz weitgehend von dieser Hilfe abhängt. Was soll aus ihnen werden, wenn sie *plötzlich nur noch einen Bruchteil* der Pesos bekommen, mit denen sie jeden Monat rechnen konnten? Auch ihnen käme eine Abwertung des Pesos sehr gelegen.

Kolumbien hat genügend eigene wirtschaftliche Sorgen. Ein Beispiel ist die Landwirtschaft, die alles Getreide produzieren könnte, das Kolumbien braucht. Aber das Anbaudefizit ist so groß, daß man 1983 eine Million Tonnen Getreide importieren muß. Kolumbien hatte wenigstens seine Währung in den *letzten Jahren verteidigen können*, bis Venezuela seine Krise nach Kolumbien exportierte und nun die Stabilität des kolumbianischen Pesos und der kolumbianischen Industrie bedroht. (SAD)

WGZ-BANK / *Drei-Stufen-Struktur bleibt*

Verbund hat sich bewährt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die deutschen Kreditgenossenschaften bleiben bei ihrer dreistufigen Struktur. Der Vorstandssprecher der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank (WGZ), Düsseldorf, Eugen Bester, wies auf einen Zusammenschluß der acht Zentralinstitute mit der Deutschen Genossenschaftsbank hinzielende Spekulationen entschieden zurück. Erst kürzlich seien sich, so Bester, die Vorstände der regionalen Zentralinstitute einig gewesen, über die vorhandene „angemessene" Struktur nicht weiter zu diskutieren. Entscheidend bleibe die Leistungsfähigkeit durch bestmögliche Kooperation zwischen allen Stufen des Verbundes.

Die WGZ, mit einem Viertel an der Bilanzsumme von 77 Mrd. DM größtes der acht Zentralinstitute, hat 1982 ihre Aufgabe und Funktion als „Liquiditätsspeicher" der mit ihr verbundenen 684 (701) Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage erfüllt. Deren zusammengefaßte Bilanzsumme von 78,9 (72,4) Mrd. DM erreichte mit der WGZ-Bilanzsumme fast *98 Mrd. DM*. Damit wurde der Anteil der genossenschaftlichen Bankengruppe weiter ausgebaut.

Auf der Aktivseite der WGZ-Bilanz erhöhten sich die Forderungen an Mitgliedsinstitute, *vor allem* als Folge deren verbesserten Liquidität, nur wenig. Forderungen an andere Kunden, im wesentlichen an die öffentliche Hand, wuchse dagegen *wesentlich kräftiger*.

Die Ertragslage hat sich weite verbessert. Die *Zinsspanne* stie von 0,79 auf 1,06 Prozent, sei abe noch um einiges von dem Wunsc bild für Zentralbanken dieser A (1,25 Prozent) entfernt. Der Jahr überschuß hat sich trotz der Verwaltungsaufwand mit 123 F zent überdeckenden gewinn hängigen Steuern um 85 Proz auf *61,3 Mill. DM* erhöht. Da sollen 50 (20) Mill. DM in die Rü lagen fließen, und der Rest unveränderten Ausschüttung 5,44 Prozent dienen. Für das la fende Jahr rechnet Bester mit nem „ähnlich guten Geschäfts gebnis". Die auf 525 (459) Mill. gestiegenen Eigenmittel (*schäftsguthaben* der Mitglie und Rücklagen) entsprechen 2 (2,69) Prozent der Bilanzsumme.

WGZ-Bank	1982	± %
Kredite an		
Mitgliedsbanken (Mill. DM)	5 900	+ [illegible]
Fremdbanken	4 700	–1[illegible]
Nichtbanken	3 100	+1[illegible]
Einlagen von		
Mitgliedsbanken	10 500	+ [illegible]
Fremdbanken	4 800	+ [illegible]
Nichtbanken	1 600	+ [illegible]
Bilanzsumme	19 000	+ [illegible]
Geschäftsvolumen	20 300	+ [illegible]
Zinsüberschuß	199	+ [illegible]
Provisionsüberschuß	37	– [illegible]

WESTLB / Eine Milliarde Betriebsgewinn in die Risikovorsorge gesteckt

Anzeichen für Konjunkturerholung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Binnennachfrage habe sich seit zwei Monaten stabilisiert, der Export sein letztjähriges Sommerloch überwunden. In Teilbereichen wie Wohnungsbau und langlebigen Konsumgütern (besonders Autos) seien Anzeichen echter Erholung da. Der Vorstandsvorsitzende der Düsseldorfer Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Friedel Neuber, fügt solcher jüngsten Konjunkturbeobachtung dieses drittgrößten deutschen Bankinstituts aber auch noch Fragezeichen hinzu.

Insbesondere fehle noch die breite und nachhaltige Investitionsbelebung. Zudem bleibe die durchschlagende Konjunkturerholung diesmal primär auf die Binnennachfrage angewiesen. Ein vom Export getragener Aufschwung sei, anders als in früheren Konjunkturzyklen, für 1983 wohl kaum zu erwarten. Andererseits aber seien auch die weiterhin positiven gesamtwirtschaftlichen Signale (Abwärtstrend der Zinsen, Anstieg des außenwirtschaftlichen Leistungsbilanzüberschusses und der Unternehmenserträge) in ihrer Dauerwirkung nicht zu unterschätzen.

Beachtlich Positives zur Konjunkturwende meldet die Bank denn auch aus ihrem eigenen Geschäft. Im November/Dezember 1982 habe der „technisch kaum zu bewältigende" Boom im Langfrist-Kreditgeschäft mit Firmen und Baukunden 0,9 Mrd. DM in der Baufinanzierung erreicht (gegenüber 1,1 Mrd. DM im vollen Jahr 1981). Auch das Industriekreditgeschäft sei bis zu 15 Prozent höher als in den Vorquartalen ausgefallen.

Insbesondere diesem jüngsten (und 1983 bislang anhaltenden) Boom verdankte es das Institut, daß in seiner 1982 nach erstem Rückblick um 7,6 Prozent auf 119 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme (ohne LBS-Bausparkasse) der dominierende Posten der Kundenforderungen denn doch noch um 3 Prozent auf 61,5 Mrd. DM stieg, darunter die mehr als vierjährigen Kredite um 4 Prozent auf 48,6 Mrd. DM. Hier wie bei den um 19 Prozent auf 26,6 Mrd. DM gestiegenen Forderungen an Kreditinstitute konnte zugleich das aus Vergangenheitssünden entstandene „Inkongruenzvolumen" (billig ausgeliehen und teuer refinanziert) auf 5 Mrd. DM halbiert und die Kostenlast noch drastischer auf nur noch etwa 150 Mill. DM reduziert werden.

Als Resultat aus alledem rechnet die WestLB für 1982 mit etwa 0,8 (0,35) Mrd. DM Betriebsgewinn im eigenen Haus und 1 (0,46) Mrd. DM im Konzern. Alles soll in die erhöhte Risikovorsorge gesteckt werden, wobei sich der WestLB-Chef kein Sterbenswort zur Inland-/Ausland-Aufteilung oder zum (milliardenschweren?) Kreditengagement seines Instituts in der krisengeschüttelten Stahlindustrie entlocken läßt.

Um so deutlicher streicht Neuber dankbar heraus, daß die drei Gewährsträger (= Eigentümer) der Bank (Land, Sparkassen und Landschaftsverbände) 1982 nicht nur mit 1,13 Mrd. DM Kapitalerhöhung die Eigenmittelsumme auf 3,85 Mrd. DM brachten, sondern auch mit Dividendenverzicht einen weiteren „Vertrauensvorschuß" für eine bessere Zukunft der Bank demonstrierten.

Das derart von seinen Eigentümern gestärkte Institut will die neu-gewonnene Kraft auch im Markt einsetzen. Eine umfassende Neuorganisation aller bisherigen Aktivitäten mündet in das Ziel, in Kooperation mit den Sparkassen das Kundenpotential zumal im Kreis der „mittelgroßen" Firmen besser auszuschöpfen.

BBC / Für Dividende werden Rücklagen aufgelöst

Schub aus dem Inland

JOACHIM WEBER, Mannheim

Weil sich eine Besserung der Konjunktur in aller Regel erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Elektroindustrie auswirkt, hat sich die Brown, Boveri & Cie. (BBC), Mannheim, für 1983 zunächst auf eine Stagnation der Auftragseingänge eingestellt. Diese Entwicklung wird freilich ebensowenig negativ angesehen wie der Auftragsrückgang 1982 um 2 Prozent auf 5,33 (5,45) Mrd. DM. Denn das Jahr 1981 hatte dem Konzern einen Sprung um 22 Prozent gebracht, und das Volumen wurde einigermaßen gehalten.

Auch, daß der Umsatz 1982 nur um 1 Prozent auf 4,76 (4,71) Mrd. DM gestiegen ist – und selbst dies nur durch die erstmalige Konsolidierung der neuen Tochter Petercem S. A. in Frankreich – beunruhigt nicht allzusehr, weil das Anlagengeschäft starken Schwankungen bei der Abrechnung von Großaufträgen unterliegt. Bei einem Auslandsanteil von 44 Prozent ging der Auslandsumsatz um 9 Prozent zurück, während der Inlandsumsatz um 7 Prozent zunahm. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Anlagenaufträgen.

Da die nicht voll abzuwälzenden Kostensteigerungen erneut durch Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen werden konnten, brachte das laufende Geschäft ein Ergebnis in der Größenordnung des Vorjahres (Konzernjahresüberschuß 1981: 16 nach 35 Mill. DM). Um eine Dividende zahlen zu können, wird BBC dennoch Rücklagen auflösen müssen, weil für das verzögerte Kernkraft-Projekt Mülheim-Kärlich zusätzliche Rückstellungen zu bilden sind. Für 1981 hatten die Aktionäre (56 Prozent des Grundkapitals von 156 Mill. DM liegen bei der Schweizer BBC AG, Baden) eine Ausschüttung von 6 (8) DM je 50-DM-Aktie erhalten.

Für Sachinvestitionen – größtenteils Rationalisierung und Ersatz – wurden 1982 rund 207 (238) Mill. DM ausgegeben. Die Mitarbeiterzahl stieg nur unwesentlich auf 38 920 (38 780). Ohne die Erstkonsolidierung der Frankreich-Tochter wäre sie sogar um 334 Beschäftigte gesunken. Die einzelnen Bereiche waren wieder sehr unterschiedlich ausgelastet. Während im Anlagengeschäft die Arbeit an langfristigen Aufträgen dafür sorgte, daß die Gesamtleistung sogar für den Gesamtkonzern stärker stieg als der Umsatz, litt das Geschäft mit Serienmaterial unter Markteinbrüchen.

Bischoff & Hamel: Mehr Aufträge

D. SCHMIDT, Hannover

Die Automobilflaute im Jahre 1982 hat auch bei der Bischoff & Hamel GmbH & Co., Hannover, dem größten VW/Audi-Händler in Niedersachsen, vor allem im Neuwagengeschäft Spuren hinterlassen. Die Auslieferungen gingen nach Angaben von Geschäftsführer Dieter Laxy gegenüber dem ohnehin schwächeren Vorjahr um 14,3 Prozent auf 3327 (3880) neue Fahrzeuge zurück. Zugleich wurden in den Werkstätten mit 49 000 Durchgängen 3000 Autos weniger gewartet als 1981.

Wenn der Umsatz mit 99,2 (101,8) Mill. DM dennoch fast wieder das Vorjahresniveau erreichte, so ist dies vor allem auf die Mehrleistung des Karosseriewerks, das sich mit dem Bau von Sonderfahrzeugen beschäftigt, zurückzuführen. Dort stieg der Umsatz um 26,3 Prozent auf 7,2 Mill. DM.

Zuversichtlich äußert sich Laxy zur Entwicklung im laufenden Jahr. Die Gesellschaft sei mit einem um 44 Prozent höheren Auftragsbestand in das Jahr 1983 gestartet. Auch in den Monaten Januar und Februar stiegen die Auftragseingänge um 9 Prozent. Im zweiten Halbjahr sei mit einer weiteren Belebung des Automobilabsatzes zu rechnen.

Dem Ergebnis, das nach den Worten Laxys 1982 etwas günstiger als im Vorjahr ausgefallen ist, soll künftig noch stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Für 1983 plant Bischoff & Hamel Investitionen von 5,2 (1) Mill. DM. Ein weiterer Abbau der Beschäftigtenzahl (430 nach 465) sei nicht auszuschließen. Starke Bedeutung kommt dem Geschäft mit Großkunden zu. Ihr Anteil am gesamten Neuwagenabsatz liegt bei 45 Prozent. Das Leasing-Geschäft erreiche inzwischen einen Anteil von rund 25 Prozent. Schwierig gestalte sich das Gebrauchtwagengeschäft.

Zanders hat den Kopf über Wasser

J. G. Düsseldorf

Mit Blick auf das schlimmere Branchenschicksal wertet die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, ihr 1982 erzieltes Betriebsergebnis im ersten Rückblick „noch als positiv". Es blieb in Vorjahreshöhe und reichte demnach nur aus, um das „stille Beteiligungskapital" von 40 Mill. DM (zumeist bei der Deutschen Bank) mit der vereinbarten Jahresrate von 5,6 Mill. DM zu bedienen. Seinen Eigentümern von 40 Mill. DM Aktienkapital hingegen kann dieses 154 Jahre alte Familienunternehmen, das sich auf seinen Produktfeldern als deutscher Marktführer einschätzt, zum zweiten Mal nacheinander keine Rendite mehr bieten.

Daß man in der flauen Branchenkonjunktur den Kopf wenigstens noch halbwegs über Wasser behielt, begründet Zanders damit, daß gegenläufig zum Branchentrend der Produktabsatz noch um 3 Prozent auf 202 000 t mit nun 44 (39) Prozent Exportanteil gesteigert wurde. Der Umsatz besserte sich dabei, gleichfalls über dem Branchendurchschnitt, um 9 Prozent auf 667 Mill. DM. Die allgemeine Stimmungslage deutscher Kunden, so resümiert Zanders, reagiere auf negative Wirtschaftsdaten stärker als in vergleichbaren Ländern. Gleichwohl könne man für 1983 auch auf dem Inlandsmarkt mit einer Fortsetzung der seit einigen Monaten zu beobachtenden Belebungstendenz rechnen.

Kreditanträge nehmen zu

PETER WEERTZ, Berlin

Das Investitionsklima in Berlin wurde 1982 wieder durch Sondereinflüsse wie die Neuansiedlung von Betrieben und hohe Folgeinvestitionen gefördert. Allerdings blieb das mitfinanzierte Investitionsvolumen der Berliner Industriebank AG, über die die zinsgünstigen ERP-Mittel eingesetzt werden, mit 1,1 Mrd. DM (minus 10 Prozent) deutlich hinter dem Vorjahr zurück. Zugleich sanken auch die Kreditzusagen auf 501 (564) Mill. DM.

Wie Vorstandsmitglied Schröder erläuterte, sind die Investitionskredite nicht unwesentlich durch das Auslaufen der Investitionszulage und die Senkung der Kreditzinsen gefördert worden. Im Berichtsjahr ermäßigte sich der Zinssatz für ERP-Kredite von 7,5 auf 5 Prozent. Wie schon in den Vorjahren hat die Bank ihre Investitionskredite zu knapp 70 Prozent aus dem ERP-Sondervermögen, zu 27 Prozent mit dem Aufkommen an steuerbegünstigten privaten Darlehen und den Rest durch eigene Mittel finanziert.

Im neuen Geschäftsjahr hat sich nach Angaben der Bank, deren Bilanzsumme 1982 auf 4,1 (3,8) Mrd. DM wuchs, der positive Trend bei den Kreditanträgen fortgesetzt. Was jedoch für einen Investitionsschub fehlt, ist nach Ansicht der Bank eine bessere Ertragslage der Unternehmen, deren Umsatzrendite ist seit 1979 von 5,6 auf 3,2 Prozent zurückgegangen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Detmold: Robert Krüger, Kaufmann, Extertal 1; **Dortmund:** Albert Uelner GmbH & Co. KG; **Hamburg:** Nordex Datentechnik GmbH & Co.; Verwaltungsges. Nordex Datentechnik mbH; **Hannover:** Doris Kohrs, Kauffrau, Inh. d. Malereifachbetriebes. Schwarmstedt; **Hechingen:** Mathias (Mato) Kremer; Johann Mayer KG, Burladingen; **Herford:** Heinz Bünermann, Kaufm. Bünde-Hunnebrock; **Kleve:** den Heten GmbH, Goch 1; **Krefeld:** REBEST Ges. f. Kunststoffverwertung; **Osnabrück:** Wagner & Wagner Bau GmbH; Immobilienkaufm. Matthias Wagner, Lotte-Halen; **Wesel:** Hans Tillmann, Kraftfahrer; **Wiesbaden:** Bernd Crass Sanitär- u. Heizungsbau GmbH, Wiesbaden-Bierstadt; Nachl. d. Erika Anita Holmann geb. Schneider.

Konkurs beantragt: Offenburg: A. Heber Verwaltungsges. mbH, Renchen.

Vergleich eröffnet: Hechingen: Boss-Moden Handelsges. mbH, Bisingen.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Sozialwerk St. Georg e. V., Gelsenkirchen-Buer.

UNILEVER / Finanzielle Kraft ungebrochen – Dividende wird gehalten

Rezession hinterließ deutliche Spuren

JAN BRECH, Hamburg

Die Wirtschaftsrezession in den Industriestaaten und das erhebliche Abflachen des Wachstums in den Entwicklungsländern haben den Geschäftsverlauf des niederländisch-britischen Unilever-Konzerns im Berichtsjahr 1982 maßgeblich bestimmt. Berechnet auf der Basis von Gulden zu Kursen am Ende des jeweiligen Jahres sind Umsatz und vor allem Ertrag deutlich zurückgegangen. Auch für dieses Jahr erwartet Unilever keine wesentliche Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds.

In einem ersten Überblick, den der Unilever-Vorstand in Abwandlung früherer Jahre nur noch auf Pressekonferenzen in London und Rotterdam, nicht aber in Deutschland kommentierte, ging der Umsatz um 0,4 Prozent auf 55,9 Mrd. hfl zurück. Rückläufig waren die Verkäufe vor allem in den Bereichen Margarine, Öle, Fette und Milchprodukte sowie bei der UAC International.

Noch deutlicher spiegelt sich die schwierige wirtschaftliche Lage in der Ertragsentwicklung wider. Der Betriebsgewinn verschlechterte sich um 10 Prozent auf 3,0 Mrd. hfl, der Reingewinn um 15 Prozent auf 1,57 Mrd. hfl. Die Rendite sank von 3,3 auf 2,8 Prozent. Das Ergebnis, so betont die Verwaltung, sei maßgeblich von notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen beeinflußt worden. Dadurch sei zwar die Produktivität insgesamt um 4,2 Prozent gestiegen, die Ergebnisrechnung aber im Saldo mit 155 (123) Mill. hfl belastet worden. Als größte Posten werden Rückstellungen für die Schließung einer Papierfabrik in England und Maßnahmen in den Bereichen Ölmühlen, Waschmittel und Molkereiprodukte genannt.

In der Verpackungsmittelgruppe erlitt Unilever 1982 beträchtliche Verluste. Infolge der Vorgänge in Nigeria verschlechterte sich auch das Ergebnis der UAC International. Wesentliche Ertragsfortschritte erzielte der Konzern dagegen in den USA, vor allem bei der Firma Lever Brothers. In Europa waren die Ergebnisse insgesamt schwächer, wenn auch mit erheblichen Unterschieden in den einzelnen Sparten.

Die Aktionäre spüren von der insgesamt schwächeren Ertragslage nichts. Die Schlußdividende soll unverändert 7,60 hfl je 20-hfl-Stammaktie betragen, so daß sich der Gesamtertrag auch für 1982 auf 12,04 hfl stellt. Für die britische Gesellschaft werden 18,87 (16,91) Pence je 25-Pence-Aktie vorgeschlagen; die Gesamtdividende beträgt damit 28,82 (26,87) Pence für 1982.

Ungebrochen ist bei Unilever die finanzielle Kraft geblieben. Die Investitionen lagen mit 2 Mrd. hfl wieder auf hohem Niveau. An Beteiligungen erwarb Unilever 80 Prozent des Blohorn-Konzerns an der Elfenbeinküste und die restlichen 50 Prozent der Indus Lever in Chile. Beide Akquisitionen hätten bereits 1982 einen wertvollen Beitrag zum Ergebnis beigesteuert, heißt es.

Aktien überwiegend nachgebend

Bei AEG-Telefunken kam der überfällige Rückschlag

DW. – Am Monatsbeginn war das Aktiengeschäft schleppend. Eine einheitliche Tendenz konnte sich nicht durchsetzen, doch gab die Mehrzahl der Standardaktien nach. Hier fehlten vor allem die in der Vorwoche noch marktbeherrschenden Kaufaufträge aus dem Ausland. Mit dem Näherrücken des Wahltermins scheinen auch die Ausländer vorerst einmal auf Zeit zu spielen. Eine gewisse Irritation besteht überdies durch den festen Dollarkurs. Der Börsenberufshandel war vor allem in den sogenannten Nonvaleurs tätig, die teilweise erneut fester lagen.

Die auf ermäßigter Basis nach wie vor bestehende Kaufbereitschaft sorgte an der Dienstagbörse für eine Begrenzung der Einbußen. Gleichwohl erlitten erstklassige Papiere wie Daimler einen Tagesverlust von 6 DM. BMW-Aktien mußten um weitere 3 DM zurückgenommen werden. Bei AEG-Telefunken kam es zu der erwarteten Reaktion auf den sensationellen Kursanstieg vom Vortag. Der AEG-Handel setzte bei 54 DM ein, schloß dann bei 49 DM, das sind 13 DM weniger als am Vortag. Angeregt durch die in Aussicht stehende Staatshilfe bei der Sanierung der Stahlindustrie zogen die Aktien der beiden „schwachen" Konzerne, nämlich Klöckner (plus 2 DM) und Hoesch (plus 1,60 DM) weiter an.

Düsseldorf: Kromschröder erhöhten um 7 DM auf 192 DM und Edelwitten um 7 DM auf 162 DM. Rheintextil stockten um 5 DM und AEG-Kabel um 4 DM auf. Nachgeben mußten Balcke Dürr um 4 DM auf 158 DM und Sternbräu um 3 DM auf 129 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 10 DM auf 1840 DM und Aachener Rück 20 DM auf 800 DM. Nordstern stockten um 10 DM auf 655 DM auf.

Frankfurt: Kursgewinne zu verzeichnen hatten Allweiler Vorzüge mit 245 DM (plus 8 DM), Audi 187,50 DM (plus 8,50 DM) sowie Schwäbische Zellstoff mit 203 DM (plus 8 DM). Kursverluste bei Balcke-Dürr mit 153 DM (minus 7 DM), Binding Vorzüge 225 DM (minus 10 DM), Braun Vorzüge 345 DM (minus 15 DM) sowie Kupferberg mit 630 DM (minus 10 DM).

Hamburg: HEW schwächten sich um 1,50 DM auf 108 DM und NWK Vorz. um 2 DM auf 154 DM ab. Conti Gummi verbesserten sich um 1,50 DM auf 78,50 DM. Bremer Vulkan wurden nach Plusankündigung mit 36 DM (plus 3 DM) gehandelt. Hapag ging um 0,60 DM auf 42,90 DM zurück. Die Hypothekenbank Hamburg ging zu 453,00 aus dem Markt.

München: Audi NSU erhöhten um 6 DM auf 178 DM und Bayer. Lloyd um 10 DM auf 206 DM. Dywidag stockten um 1,80 DM auf 274,80 DM auf und Flachglas um 10 DM auf 280 DM. Nachgegeben haben Gehe AG um 1 DM auf 159 DM und Leonische Draht um 7 DM auf 318 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge verbesserten sich um 4 DM, BHF-Bank und DUB-Schultheiss um je 1 DM. AEG und Rheinmetall schwächten sich um je 9 DM, Dt. Hypobank Berlin um 5 DM und Schering um 5,70 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

	1. 3.	28. 2.		1. 3.	28. 2.		1. 3.	28. 2.		1. 3.	28. 2.
H AachM Beteil. 9	547	544	H Breitenb.-C. *28	465bB	470G	H Eilkraft 0	56G	55,5	H Holsten-Br. 6	254	252
H Aach. M. Vers. 5	250B	240	H Br. Straßb. *0	230T	230B	B Engelhardt 6	220G	220bG	F Holzmann 10	507bG	506bG
D Aach. Rück. 9+7,5	800G	820G	H Br. Vulkan 0	36	29,5	D Enka 3,33	106	111	D Horten 2,5	127	126
D Aseag *4	190G	190G	H Br. Wollk. 6	123,5	124	M Erlus 10	315bG	320TB	B Hw. Kayser *12	255G	255G
M Ack-Gögg 2,5	96,5	95bG	F BBC 6	227	227,5	M Erste Kulmb. 8	780bG	780bG	D Hussel 7	203	205,5
H Acco 0	80	80,5	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbl *0	–	–	D Huta Heg. 5	143	144,5
D Adler 9	298G	298G	D Buckau-W. 0	112G	112	S Essl. Masch. *10	470G	470G	M Hutschenr. 8,5+1	229	229
F Adt AG 7,5	159,9	160	D Buderus *12,6	348G	350	M Esterer **50	585G	585G	H Hypo Hbg. 10+2	453	450
F AEG-Telef. 0	49	59,5	M Bgl. Br. Ing. *11+1	725G	725bG				D IKB 7	174	176
D AEG-Kabel 7 + 1	214T	210T	S Bgl. Brh. Rav. *5	400G	400G	D Farb. Liqu. RM 0	12,4	13	S IWKA 0	128	129
S Aesculap 8	310	312bB	D Burbach 3,2	138T	132T	F Flachglas 10	285	300	M Isar-Amper 6	268	274bG
D Agrippina *7	625T	630T	S Calw D. **18	650G	653	H Flb. Schiff 3	126,9	126bB	D Isenbeck *9,5	300G	300
M Agrob *9	340,5	340bG	F Cassella *9	327,5	329	D Ford *0	950T	–	H Jacobsen *8	622G	627G
M dgl. Vz. *11	349bG	349bG	F Ceag 0	88	86,5	B Forst Ebn. *4	2150G	2150G	H Jute Bremen *6	305T	310B

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Swissvalor sfr	251,25	231,50	224,00
Technology $*	14,91	13,64	13,75
Templeton Growth $*	8,59	8,13	8,21
Universal B S sfr.	70,50	67,50	66,75
Universal Fund sfr	85,62	82,64	85,79
Ussec	–	–	673,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

1. 3. 83: BMW 258; Bavaria 187; Jute-Spinnerei 148 G; Philips Komm. 250 B; VEW 120; Herlitz St. 230; Herlitz Vz. 230; Freiverkehr: Reag 385 G.

WELT-Aktienindex vom 1. 3.: 117,1 (118,4); WELT-Umsatzindex vom 1. 3.: 3912 (3665).

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

	28. 2.	25. 2.		28. 2.	25. 2.
Fruehauf	32,75	33	Rorer Group	24,625	24,75
GAF Corp.	15,125	14,875	Schlumberger	39,125	47,25
General Dynamics	41,875	41,625	Sears, Roebuck	31	31,25
General Electric	108,50	108,50	Shell Oil	38,625	39

Toronto

[illegible]

Dome Petroleum	3,40	3,60
Dofasco	25,25	23
Falconbridge Nickel	56	59
Great Lakes Paper	75	75,50
Gulf Canada	13,125	13,625

London

[illegible]

Courtaulds	88	88
De Beers $	685	7,40
Distillers	240	241
Driefontain $	29	33,25
Dunlop	45	45

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

SIP	1949	1930
Snia Viscosa	945	970
STET	1838	1840
Index	–	202,84

Tokio

[illegible]

Wien

[illegible]

Steyr-Daimler-P.	152	152
Universale Hoch Tief	–	–
Veitscher Magnesit	176	176
Index	49,26	49,33

Zürich

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Privatbanken	738	[illegible]
Ostasiat. Komp.	108	[illegible]
Dan. Sukkerfabr.	457,5	[illegible]
For. Bryggerier St.	688	[illegible]
Kgl. Porc. Fabr.	254,5	[illegible]

Brüssel

[illegible]

Sofina	4165	4120
Solvay	2410	2430
UCB	2880	2880
Index	107,69	–

Madrid

Geschlossen

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Nat. Iron	7,45	7,40
OCBC	9,80	9,75
Sime Darby	2,39	2,40
Singapur Land	7,40	7,40
Un. Overs. Bank	4,17	4,14

Paris

	1. 3.	28. 2.
Air Liquide	443	443
Alsthom Atlant.	144,9	145
Beghin-Say	252	252
BSN-Gerv.-Danone	1445	1431
Carrefour	1344	1342
Club Méditerranée	523	516
C F P	140,5	137
Elf-Aquitaine	113,4	114,5
Gal. Lafayette	140	142
Hachette	792	795
Imetal	51	51,7
Lafarge	252,8	255,5
Locafrance	235	234
Machines Bull	45,55	45,5

[illegible]

Sydney

[illegible]

Poseidon	4,00	4,49
Thomas Nat. Tr	1,59	1,58
Waltons	0,66	0,70
Western Mining	3,68	3,75
Woodside Petr	0,67	0,69
Index	490,7	490,7

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5⅜–5⅝	2⅞–3⅛
3 Monate	8¾–9	5¼–5½	3 –3⅛
6 Monate	8⅞–9⅛	5⅜–5½	3⅜–3⅝
12 Monate	9⅛–9⅜	5½–5¾	3½–3⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 3.: Tagesgeld 5,95–6,05 Prozent; Monatsgeld 5,80–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55–5,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 1. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 1. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1514,20
10 US-Dollar (Indian)**)	908,00	1161,64
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	517,54
1 £ Sovereign alt	230,00	282,50
1 £ Sovereign Elizabeth II	228,00	280,24
20 belgische Franken	179,00	236,17
10 Rubel Tscherwonez	243,00	302,84
2 südafrikanische Rand	229,00	281,37
Krüger Rand, neu	1020,00	1197,80
Maple Leaf	1019,00	1196,67
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	236,00	300,58
20 schweiz. Franken „Vreneli"	224,00	281,37
20 franz. Franken „Napoléon"	219,00	275,72
100 österr. Kronen (Neuprägung)	945,00	1135,65
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	238,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	129,95
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	534,49
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	138,99

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die freundliche Tendenz des US-Dollars, ein Handelsfinanzdefizit in USA welches niedriger ausfiel als befürchtet, eine Versteifung am Tagesgeldmarkt in USA und die anhaltende Schwäche am Edelmetallmarkt bescherten dem US-Dollar am 1. 3. Kurse bis 2,4440. Die amtliche Notierung kam mit 2,4406 ohne Intervention der Notenbank zustande. Mit einem Schluß von 2,4370 wurde die höchste Tagesbasis jedoch nicht gehalten. Gegenüber den wichtigsten Währungen konnte sich die DM verbessern. So notierte der Schweizer Franken mit 118,41 knapp behauptet ebenso wie der japanische Yen mit 1,0245. Das englische Pfund verlor 0,7 Pfennig und gab auf 3,678 nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,6965; Brüssel 48,0675; Paris 6,9150; Mailand 1409,20; Wien 17,1640; Zürich 2,0611. Pfund/Dollar 1,5070.

Devisenterminmarkt

Im Mittelpunkt der Terminbewegung standen am 1. März die Swapsätze für FF, die aufgrund zunehmender Kurssicherungsbedürfnisse höher gehandelt wurden.

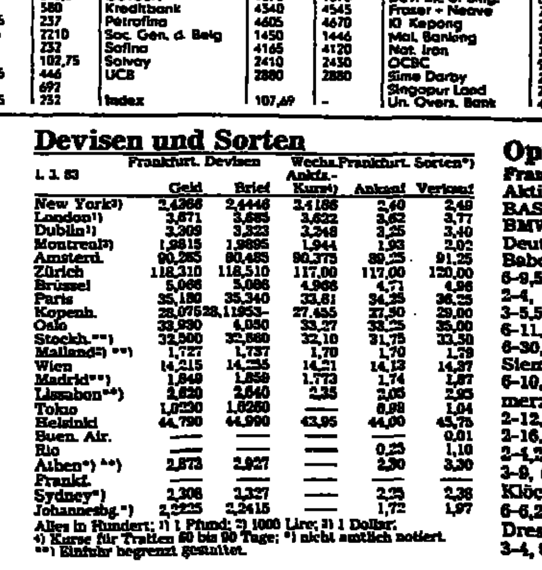
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80/0,70	2,25/2,15	4,40/4,20
Pfund/Dollar	0,37/0,34	0,96/0,92	1,65/1,60
Pfund/DM	2,70/1,30	6,30/4,90	11,00/9,60
FF/DM	79/63	175/159	281/265

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent). 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100, Rendite 7,25.

Devisen und Sorten

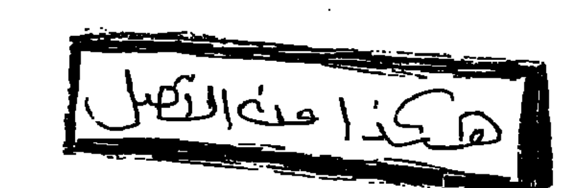


1. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4366	2,4446	2,4186	2,40	2,49
London¹)	3,671	3,685	3,622	3,62	3,77
Dublin¹)	3,309	3,323	3,248	3,25	3,40
Montreal³)	1,9815	1,9895	1,944	1,93	2,02
Amsterd.	90,285	90,485	90,375	89,25	91,25
Zürich	118,310	118,510	117,00	117,00	120,00
Brüssel	5,066	5,086	4,966	4,71	4,96
Paris	35,180	35,340	33,81	34,25	36,25
Kopenh.	28,075	28,115	27,455	27,50	29,00
Oslo	33,930	34,050	33,27	33,25	35,00
Stockh.**)	32,500	32,660	32,10	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,727	1,737	1,70	1,70	1,79
Wien	14,215	14,235	14,21	14,13	14,37
Madrid**)	1,849	1,859	1,773	1,74	1,87
Lissabon**)	2,620	2,640	2,35	2,05	2,95
Tokio	1,0230	1,0260	——	0,98	1,04
Helsinki	44,790	44,990	43,95	44,00	45,75
Buen. Air.	——	——	——	——	0,01
Rio	——	——	——	0,23	1,10
Athen*) **)	2,873	2,927	——	2,30	3,30
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,308	2,327	——	2,25	2,38
Johannesbg.*)	2,2225	2,2415	——	1,72	1,97

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 1. 3.: 822 Optionen, 41 700 (54 950) Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 6-15, 3-11, 2-10, BASF 6-10, 3-7,40, 2-6,50, Bayer 6-9,50, 3-7, 2-6,50, BMW 6-25, 3-17, 2-13, Conti 6-6, 2-5, Daimler 6-38, Deutsche Babcock 6-18, 3-12,50, 2-11, Deutsche Babcock Vorzüge 2-11, Harpener 6-20, Hoechst 6-9,50, 3-7,50, 2-6,50, Hoesch 6-7, 3-4,80 und 4,90, 2-4, Karstadt 3-18, KHD 6-16,60, Klöckner 6-7, 3-5,50, 2-4,80, Lufthansa 6-11, Lufthansa Vorzüge 6-11, 2-7, Mannesmann 6-13, 3-9, 2-7, Mercedes 6-30, RWE 6-19, 3-12,50, 2-8,50, Schering 6-28, Siemens 6-19, 3-15, 2-12, Thyssen 6-8, 3-6,30, Veba 6-10, 3-8, 2-4,90, VW 6-17, 3-12,90, 2-10,40, Commerzbank 6-11, 3-8,40, 2-7, Deutsche Bank 6-30, 2-12,50, Dresdner Bank 6-12, 3-10, 2-8, IBM 6-35, 2-16, Xerox 6-11. **Verkaufsoptionen:** BASF 2-4,20, 6-5,60, BMW 6-16, Deutsche Babcock 2-4, 3-9, 6-12, Hoesch 2-3,80, 3-5, 6-6, Kaufhof 6-9,50, Klöckner 2-4, 3-5,20, 6-6, Mercedes 2-10, RWE 6-6,20, Siemens 2-7,80, VW 2-8,80, 3-9,60, 6-11,40, Dresdner Bank 2-5,50, Litton 2-5,70, 6-9, Xerox 3-4, 6-5.



Renten abwartend

Am Rentenmarkt war die Geschäftstätigkeit minimal. Wegen des Wahltermins hat sich die Zurückhaltung verstärkt. Daran konnte auch der Zinstermin vom 1. März nichts ändern; besonders die private Kundschaft hält sich mit Neudispositionen zurück. Deshalb ist der Absatz der letzten 7½prozentigen Bundesanleihe schleppend. Der Markt muß hier noch in die Konditionen hineinwachsen. Anlageinteresse bestand im öffentlichen Bereich bestenfalls für Langläufer. Insgesamt war hier die Kursbildung aber uneinheitlich. DM-Auslandsanleihen gaben eher nach.

Bundesanleihen

Bundesbahn

		1. 3.	28. 2.
4 Abl. 57*	4/84	100,45G	100,45G
5½ Bdbahn 58	10/85	99,9G	99,9G
8½ dgl. 75	5/83	100,3	100,3
10 dgl. 75 II	11/85	102,7	102,7
7½ dgl. 72	2/84	101,45	101,5
8 dgl. 72	9/84	102,25	102,25
8½ dgl. 76	9/84	102,3	102,3
6 dgl. 78 III	11/84	99,4	99,4
6½ dgl. 79	2/85	100	100,05
8½ dgl. 73	2/85	103,7	103,7
7 dgl. 77	2/87	99,5	99,5

Bundespost

Länder – Städte

		1. 3.	28. 2.
6 dgl. 64 II	84	99,9	99,9G
7½ dgl. 72	87	100	99,75
8½ dgl. 73	85	105,1G	105,1
7 Essen 72	86	100,4	100,4bG
7½ Köln 71	85	100bG	100bG
6 München 63	83	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75	99,75
6 Stuttgart 63	83	100	100
7½ dgl. 71	86	101,5	101,5
7¾ dgl. 72	87	101,5	101,5

Sonderinstitute

	1. 3.	28. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92bG	92bG
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5

	1. 3.	28. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,25	101,25
10 dgl. KO 125	105,85G	105,85G
9 dgl. KO 179	106,4G	106G
9¾ dgl. KO 180	109G	109G
9½ dgl. KO 181	109,1G	108,9G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	98,45	98,45
6½ dgl. KO 125	95,6G	95,6G

	1. 3.	28. 2.
8¼ dgl. Pf 174	102,65	102,65
8½ dgl. Pf 175	105	105
9¼ dgl. Pf 178	105	105
6 dgl. KO 39	83	83
7¾ dgl. KO 170	99	99
9 dgl. KO 180	104,1	104,1
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien

		1. 3.	28. 2.
D	Jusco	5,7G	5,7G
F	Kawasaki Kisen	1,65	1,5
F	Kawasaki Steel	1,3bG	1,4T
M	Kloof Gold Min.	101,8	103,8
F	Komatsu	5,1T	5T
D	KLM	140,5	140
F	Kubota	3,05G	3,05G
D	Laforge	–	–
D	Litton Ind.	152	151
M	M.I.M. Hold.	17,95	18,3G
F	Magneti Marelli	–	–
D	Marubeni	2,9G	2,9G
F	Marudai Food	5,7G	5,8G
M	Vaal Reefs Expl.	256	255
F	Veitscher Magn.	–	–
D	Verl-Stork	60B	58T
D	Volvo A	117T	115T
D	dgl. Nam B	117T	115T
F	Warner Commun.	70	70,5
F	Warner Lambert	70,6	72
F	Wells Fargo	65,5	68
M	Western Deep L.	127	127
M	Western Mining	8,55	8,75
F	West.-Utrecht H.	82,7	82,8
D	Xerox Corp.	94,5	94

Warenpreise – Termine

Limit Down schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Uneinheitlich notierten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	28. 2.	25. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	308,50	323,55
Mai	322,00	336,00
Juli	333,50	347,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	28. 2.	25. 2.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	233,06	233,76
Amber Durum	209,41	206,31
Roggen Winnipeg (can. $/t)		

Genußmittel

	28. 2.	25. 2.
Kaffee		
New York (c/lb)	28. 2.	
Terminkontr. März	125,10	[illegible]
Mai	120,23	[illegible]
Juli	118,75	[illegible]
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1704	[illegible]
Mai	1748	[illegible]
Juli	1769	[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

	28. 2	25. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,52	29,51

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	1. 3.	28. 2.
Leg. 225	269–284	269–284
Leg. 226	272–286	272–286
Leg. 231	315–330	315–330
Leg. 233	330–347	330–347

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	1. 3.	26. 2.
Platin (DM je g)	35,05	38,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 900	33 600
Rücknahmepr.	32 100	32 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 880	33 050
Rücknahmepr.	31 890	32 060
verarbeitet	34 510	34 690
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 480	32 940
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	852,00	926,00
Rücknahmepr.	822,20	893,60
Verarbeitet	889,80	957,00

Internationale Edelmetalle

	1. 2.	28. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	414,50	419,75
15.00	414,00	408,50
Zürich mittags	412,00–414,00	421,00–434,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	93 300	94 850
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	708,20	768,20
3 Monate	728,70	789,05
6 Monate	745,70	809,05
12 Monate	779,70	844,70
Platin (£-Feinunze) London	28. 2.	25. 2.
fr. Markt	258,60	287,25
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	65,30	73,85

New Yorker Preise	28. 2.	25. 2.
Gold H & H Ankauf	409,50	464,75
Silber H & H Ankauf	1095,00	1330,00
Platin fr. Händlerpr.	439,00–442,00	439,00–442,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	98,00–103,00	110,00–112,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1035,00	1256,00
April	1175,00	1275,00
Mai	1187,00	1297,00
Juli	1209,80	1309,80
Sept.	1232,60	1332,60
Dez.	1278,00	1366,60
Jan	1300,80	1379,00
Umsatz	40 000	43 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 2.	25. 2.
März	73,80	78,70
April	74,40	79,40
Mai	75,30	80,45
Juli	76,70	81,90
Sept.	78,00	83,10
Dez	79,60	84,60
Jan	80,10	85,10
Umsatz	32 000	23 000

Londoner Metallbörse

	1. 3.	28. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	857,50–858,50	880,50–881,50
3 Monate	884,50–885,00	907,00–909,00
Blei (£/t) Kasse	289,50–290,00	291,50–292,50
3 Monate	301,50–302,00	303,00–304,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1071,5–1072,0	1098,0–1096,0
3 Monate	1105,5–1105,5	1130,5–1131,0
abends Kasse	–	1081,5–1082,5
3 Monate	–	1114,0–1114,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1050,5–1051,0	1060,0–1061,0
3 Monate	1092,0–1093,0	1090,0–1091,0
Zink (£/t) Kasse	439,00–439,05	437,50–438,50
3 Monate	452,50–453,00	452,00–453,00
Zinn (£/t) Kasse	8739–8740	8722–8724
3 Monate	8730–8735	8721–8725
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–83

In Trauer nehmen wir Abschied von einem aufrichtigen Freund unseres Hauses

Consul

Hermann Helms

Der Verstorbene war von 1933 bis 1973 Mitglied unserer Aufsichtsräte und seit 1970 deren Vorsitzender.

Er stand uns mit seiner lauteren Persönlichkeit und seiner reichen Erfahrung jederzeit hilfreich zur Seite.

Sein nobler Charakter wird uns Vorbild bleiben, und wir werden seiner stets in großer Dankbarkeit gedenken.

Aufsichtsräte und Vorstände der
ALBINGIA Versicherungsgruppe

Hamburg, den 1. März 1983
Ballindamm 39

Wir trauern um den Senior und Mitbegründer unserer Wirtschaftsprüfersozietät, um unseren hochverehrten Chef, Herrn

Heinrich Schüttelhöfer

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

* 3. Mai 1903 † 27. Februar 1983

Über 50 Jahre hindurch war er mit seinem fachlichen Wissen und seinem abwägenden klugen Rat unseren Mandanten in vielen schwierigen und entscheidenden Fragen ein hochgeschätzter Ratgeber. Alle, die ihm persönlich und beruflich verbunden waren, schätzten seine stete Hilfsbereitschaft. Neben seinem unermüdlichen Einsatz für unsere Mandanten widmete er sich viele Jahre hindurch ehrenamtlich den Aufgaben unserer beruflichen Organisationen und erwarb sich dabei hohes Ansehen bei den Kollegen.

Sein Tod beendet eine mehr als 30jährige harmonische Zusammenarbeit. Mit ihm haben wir einen Freund und Partner verloren, der mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten unsere gemeinsame berufliche Tätigkeit mitgeprägt hat. Dafür danken wir ihm.

Für Sorgen und Probleme der Mitarbeiter hatte er stets Verständnis und wußte Rat. Alle gedenken seiner in Dankbarkeit und hoher Achtung.

Dr. F. J. Jacobs **Dr. E. Keßler**
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
G. Fischer
Steuerberater
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Münster, den 27. Februar 1983

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.), Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein, Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm, Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger, Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller, Sport: Frank Quednau, Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT), WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje, Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 20

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung, Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

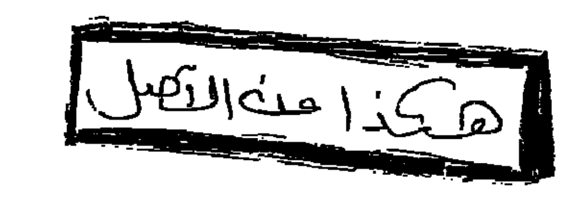
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in: 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN



Auktionshaus Hans Stahl

HOHE BLEICHEN 28 · 2000 HAMBURG 36
TELEFON 0 40 / 34 23 25

34. Auktion

Sonnabend, den 5. März 1983, 11 Uhr

Gemälde: Georg Nicolai Achen, Horst Altermann, Constant Artz, Vilhelm Arnesen, Hans v. Bartels, Ernest Ballue, Carl Bille (3x), M. Breu, J. B. Dutze, Themistocles v. Eckenbrecher (Zuschr.), Emile van Damme-Sylva, Henri Duvieux, Julien Dupré, Jan Davidsz de Heem (Zuschr.), Joseph Heydendahl, Alfred Jensen, Ascan Lutteroth, José Pinelo Llull, Luigi Loir, Julius Moser jr., Vilhelm Melbye, Victor Quistorff, Hanns Pellmar, A. P. Schotel, Frans van Severdonck, Robert Stübner, Robert Schmidt-Hamburg (Sammlung), J. E. Spohler, Willy Stöwer, J. Sonnenschein, Georg Wolf, Felix Ziem u. a. Bernhard Buttersack, E. H. Blashfield, Dietz Edzara.

Porzellan: Frühe Meißen-Objekte mit Höroldt-Chinoiserien um 1725, z. B. auch mit KPM-Signatur. Ebenfalls Meißen 18. Jh., u. a. Teedose mit Kauffahrtei-Szenerie oder Schwarzlotmalerei in Purpur-Fond. Sowie diverse Porzellan-Objekte des Biedermeiers.

Fayencen: u. a. Vexierkrug, Muskau, 2. Hälfte 17. Jh., Birnkrug, Holland 17. Jh.

Silber: Großes Sortiment von Objekten des 18.–19. Jh.

Glas: Sammlung Jugendstilobjekte Tiffany, Daum Nancy, Mullerfres Luneville, Louis Majorelle, Daum Nancy; Böhmische Gläser des 18. und 19. Jh. sowie Biedermeier-Gläser. Kleine Sammlung Milch-Glas, Böhmen 18. Jh.

Möbel: Barock-Kommoden und -Vitrinen sowie Biedermeier-Möbel. Aus Hamburger Villen-Auflösung: großartiges Mahagoni-Eßzimmer mit 13 Stühlen, Anrichte und Tisch für 24 Personen sowie diverse Klein-Möbel.

Graphik: Georges Braque, Salvator Dali, Karl Hofer, Oskar Kokoschka, Hermann Kauffmann, Rolf Nesch, Herkules Seghers, Meister Stephanus u. a.

Vorbesichtigung: 14 Tage vor der Auktion werktags 10–18 Uhr, samstags 10–13 Uhr

Katalog mit vielen Farbfotos nach Überweisung von DM 10,- auf unser Postscheckkonto Hbh. (BLZ 200 100 20) 14 83 66-209, Jahresabonnement DM 70,- (9 Auktionen)

International tätiger, finanzstarker Konzern der

Medizintechnik

sucht zur Ausweitung seiner Aktivitäten den Erwerb von Ideen, Patenten, Produkten und auch ganzer Unternehmen.

In Betracht kommen Produkte, die auf Intensivstationen und in Operationen zum Einsatz kommen.

Bitte richten Sie Ihr Angebot, für das strengste Diskretion zugesichert ist, an Herrn

Diplom-Kaufmann
Carl-Ulrich Bremer
Wirtschaftsprüfer Steuerberater
Jessenstr. 4 – 2000 Hamburg 50
Tel. 0 40 / 38 14 11

Tätige Gesellschafter
eines in der Branche Metall u. Kunststoff verarbeitenden namhaften Unternehmens gesucht. Voraussetzungen: Unternehmerische Fähigk. u. Erfahr. zur Führ. eines mittelständ. Betriebes. Kaitalbedarf je nach Beteiligungsverhältnis zwischen 200 000 und 400 000 DM. Spätere Gesamtübern. nicht ausgeschl. Angebote erbeten u. V 4576 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen freie Vertretung für Innenausbau
Wir sind eine alteingesessene Möbeltischlerei mit Schwerpunkt auf Innenausbau für Bankeinrichtungen, Büros, Arztpraxen und privaten Bereich.
Unser Einzugsgebiet ist Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen, evtl. auch weiter. Bewerbung von Interessenten, die solche oder ähnliche Zielgruppen ansprechen, mit Provisionsvorstellungen erbeten an:
Fa. John.-Friedrich Mohr, 2202 Barmstedt, Veloxstr. 1, Tel. 0 41 23 / 20 08-09

Ihre Vertretung in Hamburg mit Büro und Lager, Kommissionierung und Verteilung übernimmt:
Tel. 0 40 / 22 64 61 / 62

Anonyme Kapitalanlage
mit voller Absicherung, guter Rendite u. Steuervorteilen für interessierte Anleger.
Info durch Eastheath Co., Postf. 24 30, 4800 Bielefeld

Wollen Sie
Sonderberater
beim US-Kongreß werden? Kostenl. Info.
Fa. Gebriel, Postf. 91 03 22, 3 Hannover 91

Firma/Vertreter gesucht
Die anerkannte biologische Schädlingsbekämpfungsmittel mit geschützten Namen für Krankenhäuser, Gastronomie, Schlachtereien, Drogerien, Nahrungsmittelhersteller etc. in ihr Verkaufsangebot aufnehmen. – Gebietsschutz –
Caesar Simon + Sohn
Tel. 0 40 / 7 10 20 27

6000 Kundenadressen
aus Spezial-Reisebüro wegen Gesch.-Auflösung zu verk.
Angeb. erb. u. Z 4646 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werksvertretung gesucht
Für Artikel des Bau- u. Baunebengewerbes.
Ausführl. Angebote erwünscht unter PT 46054 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36

Vertriebsfirma
sucht absolute Neuheiten für den Norddeutschen Raum. In- oder Ausländische Erzeugnisse.
Konkrete Angebote unter PS 46053 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Immobilien-Vertriebsfirma
überregional tätig, sucht selbständige Mitarbeiter. Büro u. Kfz. erforderlich.
Näheres u. U 4575 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Blumen-, Möbel-, Deko-EH
Freie Handelsvertreter für textile Pflanzenkollektion ges. PLZ-gebietsweise zu vergeben. Nutzen Sie die Stunde der Zeit
EVERGREENS, Postf. 362, 8200 Rosenheim

Britische GmbH (Ltd.)
günstig abzugeben.
Telefon 05 21 / 17 18 08
Mo.–Fr., 10.00–17.00 Uhr

Bürodienst in Hamburg
Telex, Telefon- und Postservice
Sekretariat – Tel. 0 40 / 5 27 45 00

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

KAUFANGEBOT: PRODUKTION U. MONTAGE

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen. Aufgrund besonderer Umstände bieten wir für ein ges. geschütztes, markteingeführtes Erzeugnis alle Rechte u. Produktionseinrichtungen zum Kauf an. Kaufpreis 1,5 Mio.

Bei Vorhandensein einer Werkhalle von ca. 800 m² kann die Produktion sofort aufgenommen werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Produktion am jetzigen Standort zu belassen und die Marktbearbeitung fortzuführen; in Werkhallen, Büros u. Sozialräumen, die wir für DM 6000 im Monat angemietet haben.

Kurzfristig können im Produktions- sowie im Außenbereich – Tiefbau u. Montage – ca. 160 Mitarbeiter bei einem Umsatz p. a. von DM 15 Mio. mit steigender Tendenz beschäftigt werden. In der Übergangszeit erhalten Sie von uns weitestgehende Unterstützung, damit Sie erfolgreich in diesem Markt arbeiten können.

Ein für das Endprodukt wachstumsorientierter Markt sichert für Jahre die Absatzchancen.

Wir erwarten Zuschriften von Kaufinteressenten, die ihre Unternehmungen in weitestem Sinn im Tiefbau angesiedelt haben.

Da erfahrungsgemäß zusätzlich Betriebsmittel in Höhe von 1,5 Mio. erforderlich sind, bitten wir nur potente Unternehmen um Kontaktaufnahme. Wir sichern strengste Diskretion zu, wobei wir diese auch von Ihnen erwarten.

Zuschriften unter K 4435 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Führender Gitterrosthersteller sucht mehrere
freie Vertreter
die in ihrem Kundenkreis unsere Qualitätsprodukte zusätzlich vertreten.
Abnehmer sind: Lieferanten von Investitionsgütern aller Art, Industrie als Eigenverbraucher, Bau und Gewerbe, Energie- und Wasserwirtschaft, Bauämter, Handel, Export u.a.
Bewerbungen erbeten unter Y 4579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GROSSVERTRIEB MIT VORMONTAGEWERK ZUR HERSTELLUNG VON DOM-FERTIGHÄUSERN
für Deutschland, Österreich und die Schweiz gesucht vom größten Hersteller in den U.S.A., der seit 17 Jahren erfolgreich i. d. Branche tätig ist. Langjährige Erfahrungen u. Verbindungen im Baugewerbe erforderlich.
CATHEDRALITE DOMES, INC., 820 Bay Avenue, Suite 302, Capitola, CA. 95 010, U.S.A.
Tel. (408) 4 62 - 22 10 – Telex 1 76 070

Wir suchen
Handelsvertreter
mit Kontakten zu Baumärkten und Sanitärgroßhandel.
Wir bieten lukrative Zweitvertretung. Sind Sie interessiert? Schreiben Sie unter Z 4580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Wir antworten kurzfristig.

Mikro-Elektronik für Wiegen, Dosieren und Betriebsdatenverwaltung
Wir suchen den freien Handelsvertreter, der den Anwendernutzen unserer Geräte und Anlagen potentiellen Kunden nahebringt. Gute Branchen-Kontakte setzen wir voraus.
Wir erwarten gern Ihr kurzes Anschreiben. Bei telefonischer Vorabinformation sprechen Sie bitte Herrn Dr. Eckmann.
Elotec Prozeßdatentechnik GmbH
Alte Schmelze 21 · 6200 Wiesbaden · Telefon: 0 61 21 / 2 43 75

In der pharmazeutischen-, chemischen-, Nahrungs- und Genußmittel-Industrie gut eingeführte **Verkaufsorganisation**, mit Kenntnissen in de Vakuum-, Kälte- und Verfahrenstechnik, sucht zur Erweiterung ihres Programmes für die Bundesrepublik und RGW-Staaten geeignete
Geschäftsverbindungen
mit Firmen, die Anlagen für diese Industriezweige liefert.
Zuschr. erb. wir u. Y 4645 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Mittelständisches, erfolgreiches Unternehmen im Spezialmaschinenbau mit langjähriger Erfahrung will sein Vertriebsnetz weiter ausbauen. Für den Vertrieb und/oder die Wartung von dynamischen Lagersystemen und speziellen Flurförderzeugen wird Kooperation mit Vertriebsfirmen, Handelsvertretern und Händlern in Niedersachsen für die Postleitzahlgebiete 2 und 3 gesucht.
Hubtex Maschinenbau GmbH
Schlinckstraße 3 · 2102 Hamburg 93 · Tel. 0 40 / 7 52 20 71

Unlösbare Probleme
Für mich gibt es nur Erfolge, und zwar 100%igen. Privatdetektiv arbeitet auf Erfolgshonorar.
Anfragen unter A 4229 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Domizil Schweiz
Firmendomizile, Briefkastenadressen, Postweiterl., Telefon, Telex, Sekretariat, EDV, alle Kantone.
P.O.B. 121, CH-8027 Zürich

Suche:
Verkaufsniederlassung – Werksvertretung – Auslieferungslager oder ähnliches Projekt
Biete: Für fast alle Branchen geeignetes Gewerbeobjekt in 4200 Oberhausen, verkehrsgünstig gelegen. Lager- und Bürofläche 1200 m², Gesamtgrundstücksfläche 2800 m².
LKW, Stapler, Ladegeräte, eingerichtete Büroräume, Telex vorhanden.
Kontaktaufnahme: Tel. (02 08) 86 10 68, Telex 8 56 372

Im PLZ-Gebiet 2 und 7/8 suchen wir für den Vertrieb hochwertiger Hebezüge (DL-Züge, -Winden)
Handelsvertreter
zum Besuch von Werften, Chemie, sonst. Industrie.
Bewerbung u. A 4581 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

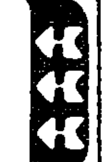
Gefährlich stehende Bäume
werden gefällt u. abtransportiert. Holzeinschläge werden aufgearbeitet u. übernommen.
Mo.–Fr.: 8.00–19.00 Uhr: Tel. 0 21 02 / 5 13 65

Welcher freie Stahlhändler möchte sein Edelstahlgeschäft intensivieren oder Edelstahlprodukte ins Programm aufnehmen?
Biete Erfahrung, Marktkenntnisse, beste persönliche Kontakte und Einsatzwillen.
Zuschriften erbeten an: 1113, Hollmann-Werbung, 4000 Düsseldorf, Postf. 43 40.

Geschäftskarriere in USA
beginnt mit neue Beziehungen anzubahnen, neue Geschäfte anzuknüpfen, wertvolle Kontakte zu Kunden, die es werden könnten, zu pflegen. Kostenlose Information (deutsch) von US-Wirtschaftsdiplomaten: KEMKO International, Inc., 2517 Route 35, P. O. Box 158, Manasquan, N. J. 0 87 36, USA. Tel. (2 01) 5 28 - 55 01; Telex: TWX-7-107 236 518; Cable: KEMKO Manasquan, N. J.



Für den norddeutschen Raum suchen wir eine zuverlässige Vertretung für unsere bekannten Metallreinigungsanlagen und Reinigungssysteme. Unsere Produkte werden in folgenden Industriezweigen eingesetzt: Metall, Chemie, Nahrungs- und Genußmittel u. a.
Es werden Anfragen von Herren bevorzugt, die Kontakte zu obigen Branchen oder Kenntnisse im Investitionsgüterbereich besitzen. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.
MEA GmbH · 4020 Mettmann 2
Postfach 20 01 67 · Tel. (0 21 04) 5 26 38



STELLENANGEBOTE

orba

Wir suchen **IBM/38-PROFIS** mit nachweislicher Erfahrung von mindestens 2 Jahren in RPG III und Datenbankanwendungen zur Übernahme geschlossener Realisationsprojekte im norddeutschen Raum.
Wir sind ein seit 10 Jahren eingeführtes und kontinuierlich wachsendes EDV-Beratungsunternehmen mit Sitz in Hannover und Büros in Hamburg und Bremen. Für die Kundenbetreuung suchen wir außerdem den
Vertriebsbeauftragten für SOFTWARE und Beratung
mit mehrjähriger Erfahrung in Hardware- und Softwarevertrieb sowie qualifizierter Kundenbetreuung als SE o.ä.
Es erwartet Sie eine große Aufgabe mit den entsprechenden, z.T. erfolgsabhängigen und überdurchschnittlichen Bezügen (z.B. neutr. Firmenwagen).
ORBA SOFTWARE GmbH Hannover
Vahrenwalder Str. 255
Telefon (05 11) 6300 17/18

Stellengesuch-Anzeigen in der WELT bringen Erfolg!

Schon wenige Tage nach Erscheinen Ihrer Anzeige wissen Sie, wer sich für Ihre Mitarbeit interessiert.
Wie man Stellengesuch-Anzeigen erfolgversprechend formuliert, sagt Ihnen eine Broschüre, die wir Ihnen gern zusenden. Natürlich kostenlos. Schreiben Sie an:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung, 2000 Hamburg 36, Postfach 30 58 30

P.S. Bitte geben Sie in Ihren Anzeigen-Aufträgen stets Ihre Telefon-Nummer an. Dann haben wir es einfacher bei eventuellen Rückfragen.

W 3583

Suche Verkäuferinnen
für die Saison nach Lourdes, 2sprachig, deutsch-frz.
Zuschr. an: Mme. CANUT, 70 chemin Lannedarré, 65100 LOURDES (Frankreich)



STELLENGESUCHE

Langjährig erfahrene
Allround-Sekretärin
perfekt in Stenographie und Schreibmaschine, mit guten Englischkenntnissen, selbständiges Arbeiten gewohnt, sucht interessanten Wirkungskreis mit verantwortungsvoller Position.
Angebote erbeten unter A 4647 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Führungskraft
Industriefachwirt, prakt. Betriebswirt, 39 J., sucht per 1. 10. 83 Aufgabe in Absatzwirtschaft (Verkauf, Vertrieb, distr. Logistik) oder kaufm. Geschäftsleitung (evtl. Assistent). Bisher überw. vertriebsorient. Tätigkeiten im öffentl. Dienst, Einzel- u. Großhandel, Mittelst.- u. Großindustrie div. Branchen. Fund. Kenntnisse auch als Organisator in Aufbau- u. Ablauforganisation u. mod. DV-Dialog-Technologie.
Kontakt u. G 4567 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Elektro-Ingenieur grad.
Betriebserhaltung mit Planung, Ausschreibung, Abrechnung von Neu- u. Umbauten an E-Anlagen bis Reihe 30, Meß- u. Regelanlagen. Betriebsüberwachung: Dampferzeugung u. -verleitung bis 80 bar, Wasseraufbereitung, Betriebsabrechnung. Sicherheits-Ingenieur. 52 J., verh., 2 Kinder, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. W 4599 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Auslandseinsatz Kfm. Führungsposition Anlagenbau
Exportkaufmann u. Betriebswirt grad., Anf. 40, 9 J. Auslandserfahrung Mittlerer Osten, u. a. Niederlassungsleiter u. kfm. Baustellenleiter, umfangreiche Erfahrungen in Akquisition, Vertragswesen, Abwicklung im Auslandsanlagenbau u. Exporthandel, gutes techn. Verständnis, derzeit ungek. mit HV in Exportleitung namhaften Unternehmens tätig. Engl. verhandlungssicher in Wort u. Schrift, franz. Grundkenntnisse, sucht echte Führungsaufgabe im Ausland, vorstellbar sind kfm. Niederlassungsleitung, Baustellenleitung oder Delegierter.
Angebote erb. u. B 4649 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Berufserfahrene, intelligente junge Dame
Abitur und mehrsemestriges Studium im Außenhandel, derzeit tätig in einem ausländischen Staatsunternehmen, 33 Jahre alt, Sprachkenntnisse deutsch, englisch, russisch, jugoslawisch, spanisch und bulgarisch, umfassende Kenntnisse im gesamten Handelsbereich, Büro- und Bankangelegenheiten, sofort oder später verfügbar, sucht eine interessante und gutbezahlte Position.
Angebote erbeten unter J. 4574 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt Dipl.-Ing. + Ing. (grad.), Projektleiter
42 J., verhandlungsstark und engagiert, 15 Jahre Berufserfahrung in Planung, Bauleitung, Projektleitung und Projektsteuerung mit Schwerpunkt im Verwaltungs-, Wohnungs- und Industriebau, sucht verantwortungsvolle Position mit Führungsaufgaben. – Angebote erb. unter PR 46052 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Diplom-Wirtschafts-Ing.
z. Zt. Geschäftsführer einer Konzern-Tochtergesellschaft, mit umfangreichen Führungserfahrungen in Unternehmensplanung, Marketing + Vertrieb von Investitionsgütern, Mobilien-Leasing sowie Ergebnisoptimierung, sucht neue, anspruchsvolle Aufgabe im Bereich Investitionsgüter o. Dienstleistung.
Angeb. erb. u. K 4589 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (TH + FH)
Bauingenieurwesen, 35 J., ledig, Lehre als Stahlbauschlosser, Schweißfachingenieur, Studienschwerpunkte: Statik, Stahlbau, Wasserbau, Grundbau, EDV-Kenntnisse, 2 J. Praxis: Bauleitung im Spezialtiefbau, Engl. sehr gut, sucht Tätigkeit in der Planung/Berechnung; Raum Norddeutschland, Berlin, evtl. Ausland.
Angeb. erb. u. X 4600 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmännische Führungskraft
Gepr. Betriebswirt, 38 J., verh., jahrelange Erfahrung im Innen- und Außendienst (national) bedeutender Markenartikelunternehmen der Nahrungs- und Genußmittelbranche, nachweisbare Erfolge, Englischkenntnisse, gute Kontakte im Handel, sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe; auch Hineinwachsen in Handelsagentur Raum Norddeutschland erstrebt. Domizil: Raum Hamburg.
Für vertrauliche Kontaktaufnahme unter K 4567 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, bedanke ich mich.

Dynamische Führungskraft
42 J., über 10 J. im Einzelhandel, Non Food, auf Unternehmerebene absolut selbst. tätig, z. Zt. in der Prod. mit gleichz. Vertrieb für den Marktführer in Deutschland einer expans. Warengruppe mit überdurchschnittl. Zuwachsraten tätig. Am weiteren Ausbau einer zusätzlichen Handelsstufe in Deutschland sowie Überwachung bestehender europ. Handelsorg. bin ich federführend beteiligt. Weiter bin ich leitend zusätzlich in einem Tochterunternehmen mit wiederum veränderter Handelsstufe regieführend beschäftigt. VB 90 000 DM.
Ich bitte um Kontaktaufnahme unter D 4584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankfilialleiter
41 J., möchte sich in den Köln/Bonner-Raum verändern und sucht hier einen neuen Wirkungskreis im Bank-, Handels- oder Verwaltungsbereich. Durch umfangreiche Kenntnisse in Führung von Mitarbeitern, Kundenberatung, Akquisition, Schulung, Organisation und Kreditbearbeitung universell einsetzbar. – Angebote erbeten unter L 4580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH)
Konstruktiver Ingenieurbau (Baustatik)
Schweißfachingenieur
6jährige Berufserfahrung, Schwerpunkte Stahlbeton- und Stahlbau, 31 J., ledig und regional unabhängig, möchte sich aus plausiblen Gründen verändern. – Kontaktaufnahme erbeten unter H 4568 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zielstreb. Einkaufsmanager
38 J., mit langj. Erfahrung i. Versandhandel, sucht verantwortungsv. Führungsaufgabe i. Hamburg o. näherer Umgebung. Verfüge üb. ein hohes Maß a. Leistung u. Einsatzbereitschaft m. überdurchschnittl. Eigenverantwortung. Bin es gewohnt, betriebswirtschaftl. u. ergebnisorientiert z. denken u. z. handeln. Vertraut m. allen Aufgaben d. Zentraleink., Planung, Controlling u. Personalführung.
Angeb. unt. A 4559 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Maschinenbauingenieur
Seit 20 Jahren erfolgreich im Außendienst im PLZ-Gebiet 60–69, mit guten – besten Kontakten zum Maschinen- + Apparatebau, zur Metallverarbeitung, sowie Auto- und Autozubehörindustrie an selbständiges und absolut seriöses Arbeiten gewohnt, in ungekündigter Position sucht neue Aufgabe. (Ist-Gehalt 80 TDM)
Angeb. erb. u. F 4586 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
39 J., gel. Schiffsmkl., dynam., viels. belastbar, verhandlungss. Engl., in ungek. Stell. im Außenhdl. Erf. in Intern. Sped., Export-Versandleitung. Langj. NL-Leiter Schiffahrtsagt. West-Afrika. Profunde Kenntn. d. Tätigk. als Prok. Linien-Schiff HH – sucht zukunftsor. Wirkungskreis – gern a. branchenfremd – zum 1. 7. 83 – mögl. Raum HH.
Angeb. erb. u. P 4571 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Marketing Manager
Dipl.-Volksw. 40 J. verh., mehrj. Berufserfahrungen in Werbeagentur (Schwerp. Mediaplanung), Marketing (Markenartikel - Food) und Verkaufsleitung (Außendienst) in int. Unternehmen, sucht neue Aufgabe im Raum Hamburg. Zuschr. u. PU 46055 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

TOP-FACHMANN
Dipl.-Ing. (FH) – Textiltechnik
42 J., verh., langjährige Erfahrungen in Ring- u. OE-Spinnerei, Glatt- u. Effektzwirnerei, text. Garnen, Einsatz von segm. Polyurethan. Abhalten von Effektkursen u. Schulung des Kundenpersonals in USA, GB, Kanada, UdSSR, Jugoslawien, Argentinien, Italien und Inland. Zuletzt Betriebsleiter in einer Spinnerei-Zwirnerei, sehr gute Englischkenntnisse. Erwünscht: zukunftsorientierte Tätigkeit in Produktion, Entwicklung, Verkauf oder als Berater und oder freier Mitarbeiter.
Off. erb. u. N 4592 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kontaktstarker Verkaufsleiter
– vertraut mit dem Aufbau und der Leitung eines Profit-Centers
– erfahren im Führen und Motivieren von Innen- u. Außendienstmitarbeiter, nach Art der Großkonzerne
– Schwerpunkt Werbung und Betreuung von Top-Kunden
– ausgeprägtes Renditedenken, kooperativer Führungsstil, verbunden mit dem notwendigen Durchsetzungsvermögen
sucht adäquates Aufgabengebiet.
Angeb. u. S 4595 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Allroundhandwerker
Tischler, 44 J., sucht neuen Wirkungskr. a. Gran Canaria, Teneriffa o. einem and. Land i. Verwalt. u. Instandhalt. v. Apartments, Ferienhäus. o. ä. Span. Sprachkenntn. vorhanden.
Angeb. erb. u. E 4651 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Elektromeister
Erfahrungen in Installation und Steuerungsanlagen, sucht Arbeitsmöglichkeit in der UdSSR, bevorzugt Moskau od. nähere Umgebung.
Angeb. unt. R 4572 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Franzose
35 J., wohnh. in Frankreich, perfekt zweispr., Deutsch-Frz. 8 J. Erfahrung in ltd. Position, mittelst. Unternehmen der Bauindustrie, sucht passende Stellung, möglichst bei frz. Niederl. einer deutschen Firma.
Angeb. u. C 4649 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Beraterin
26 J., mit Messeerfahrung für die Hannover-Messe frei.
Ang. erb. unter T 4596 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter
41 Jahre, 12 Jahre bei führ. Mineralölgesellschaft im Tankstellengeschaft tätig, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. X 4578 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)
Elektrotechnik, 31 J., Technischer Leiter, mehrjährige Erfahrung (techn. u. kaufm.), sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Großraum Hamburg. – Angebote erb. u. U 4597 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ERZIEHERIN
mit heilpäd. Zusatzausbild., 28, led., sucht Stellung in Fam. oder Heim ab Sommer 83.
Angeb. erb. u. R 4594 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Gas- und Wasserinstallateurmeister
36 Jahre, sucht zu sofort od. später neue Anstellung in den Bereichen: Gas, Wasser, Heizung, technische Beratung, Verkauf, Überwachung, Kundendienst oder ähnliche Tätigkeiten. Reisebereitschaft für In- und Ausland ist vorhanden.
Angeb. u. P 4593 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Staatlich geprüfte
Kinderpflegerin
s. z. Sommer '83 neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. F 4652 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bilanzbuchhalter und prakt. Betriebswirt, 43 J., sucht Anfangsstellung als Buchhaltungsleiter oder 2. Mann in HH. Zuschriften erbeten unter V 4598 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Meister
mit Verkaufserfahrung sucht Außendiensttätigkeit, nicht branchengebunden.
Freundliche Angebote erbeten an N. Faassen, Fichtenweg 2, 4236 Hamminkeln/b. Wesel.

Langjähriger
Verkaufsleiter
in chemisch-techn. Bereich, Raum Essen, m. Büro u. Auslieferungslager, sucht nur seriose u. lukrative Existenz.
Angeb. unt. B 4560 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbautechniker
31 J., Gruppenleiter i. der GDV, CAD-Erfahrung, sofort frei.
Angeb. u. M 4569 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dieselmonteur
24 J., Fachhochschulreife, g. Englischk., sucht lukrative Montage- od. langerfr. Auslandstätigk.
Angeb. erb. u. L 4568 an WELT-Verlag, Postfach 10 03 64, 4300 Essen

Ist es denn möglich
daß fast 10 Jahre Nahosterfahrung (zeitw. a. Fernost) abgeschrieben werden müssen, ohne einem Arbeitgeber (spez. n. d. 6. 3. 83) zu optimalem Nutzen gereichen zu können?
Bin **Groß- u. Außenhandelskaufm.**, 34, verh., habe 1 kl. Tochter und suche nach Auslandsrückkehr seit nunmehr 8 Monaten Auslandsanstellung (Familienmitn.)
Dynamik u. dergl. abgen. Begriffe sind m. E. Vorauss. f. eine Karriere schlechthin. In Akquisition u. Administration (a. kurzfr. Baustellen) bin ich gleichermaßen versiert. Englisch u. Urdu (Pakist.) sind wie meine zweite Muttersprache, mein Arabisch ist verhandlungsausr. Wenn Sie Verwendung für o. g. Erf. haben, schreiben Sie mir bitte unter M 4591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Oecotrophlogin
Studienschwerpunkte: Ernährungslehre, Lebensmittellehre u. Mikrobiologie. 26 J., sucht Tätigkeit im Laborbereich.
Angeb. erb. unt. S 4573 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Einzelhandelskaufmann
Fachrichtung Kunsthandel, z. Z. Studentin, sucht jetzt oder später Beschäftigung im Kunsthandel, Buchhandel, Juwelier pp. im Raum Köln, Bonn, Düsseldorf.
Ruf 0 22 34 / 3 11 58

Interviewerin
Raum Nordhessen frei.
Angeb. erb. u. N 4570 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dr.-Ing.
Dipl.-Chemiker, 33 J., verh., sucht neuen Wirkungskreis. Derzeitiges Aufgabengebiet: Leitung des analytischen Labors, tätig in F. u. E., Metallveredlung und Korrosionsschutz.
Zuschriften unter S 4683 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Grad. Ingenieur
der Produktions- u. Fertigungstechnik, 30 J., sucht neuen Wirkungskreis als Außendienstmitarbeiter oder im Kundendienst.
Zuschr. unter T 4684 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HANDBALL / Sieg über die CSSR ein wichtiger Schritt ins olympische Turnier

Tränen nach dem Sieg – Nationalmannschaft feierte ein „Gummersbacher Familienfest"

ULRICH DOST, **Nijmegen**

Sie hüpften herum wie aufgedrehte Stehauf-Männchen, schlugen sich wild auf die Schultern, gaben zusammenhanglose Wortfetzen von sich. Und bei manchem waren die dicken Tropfen, die übers Gesicht rollten, eine Mischung aus Schweiß und Tränen. Wie lange hatten die deutschen Handball-Nationalspieler dieses Gefühl nicht mehr erlebt, die unbändige Freude, das Sich-Gehen-lassen nach einem Sieg. Prügel hatten sie eingesteckt, weil sie im eigenen Land den Abstieg in die Zweitklassigkeit hinnehmen mußten. Jetzt, bei der B-Weltmeisterschaft in Holland, wo es um die zwei Olympia-Fahrkarten für Los Angeles 1984 geht, ist ihnen durch das 17:16 über die CSSR in Nijmegen erst einmal international so etwas wie die Wiederherstellung des alten Rufes gelungen.

Zwar ganz vorsichtig, doch ein Silberstreif am Horizont ist erkennbar. Jetzt haben sie es selber in der Hand, das zu schaffen, was Torjäger Erhard Wunderlich so formulierte: „Der Handballsport in Deutschland darf nicht so uninteressant werden wie das Murmelspiel von Kindern."

Sie haben also in Nijmegen ausgelassen gejubelt, dazu hatten sie sicherlich Grund. Und Simon Schobel, der neue Bundestrainer, stand nach dem Abpfiff mitten unter ihnen auf dem Parkett wie einer, der mitgeholfen hat, den Sieg zu schaffen. Er wurde nicht auf Schultern getragen, und ihm setzte auch niemand eine Krone auf, wie es bei Schobels Vorgänger Vlado Stenzel oft passierte. Aber Schobel gehörte dazu, er wird akzeptiert, das machten die Szenen deutlich. Bei Stenzel war das zum Schluß nicht mehr der Fall.

Und dennoch, eins ließ sich gerade bei diesem Spiel in Nijmegen nicht verbergen. Hatte Vlado Stenzel immer versucht, Mannschaften zu formen und aufzubauen, neue Spieler zu entdecken, große Experimente zu wagen, so ist bei Simon Schobel nichts davon zu sehen. Er greift auf Altbewährtes zurück – und das ist der VfL Gummersbach. Wer genau hinsah, mußte das Gefühl haben, hier hat der VfL Gummersbach ein Europapokalspiel bestritten, ergänzt und verstärkt durch zwei Spieler (Meisinger, Freisler).

Als zum Schluß der Mannschaft aus der CSSR noch drei Sekunden blieben, um den Ausgleich zu erzielen, tauchte plötzlich Gummersbachs Handball-Chef Eugen Haas bei der deutschen Bank auf. Er dirigierte seinen Spieler Claus Fey zu einem Gegenspieler, gestikulierte wild mit den Armen und schrie Anweisungen ins Feld. Daneben stand Simon Schobel und versuchte sich ebenfalls bemerkbar zu machen. Aber Eugen Haas hatte alles im Griff.

Vlado Stenzel wären sicherlich die Augen übergegangen. Ihm hatte Haas das Leben als Bundestrainer schwergemacht, wo es nur ging. Erst unlängst sagte Vlado Stenzel dazu: „Die beste Mannschaft eines Landes will immer die Nationalmannschaft sein. Läßt man sie nicht, reagiert sie wie eine beleidigte Diva. Das haben die Gummersbacher früher getan."

Bei Simon Schobel ist das anders. Er läßt die Gummersbacher gewähren – und hat Erfolg damit. Gummersbachs Trainer Petre Ivanescu wurde von Schobel als Spielbeobachter eingesetzt. Er sagte nach dem Spiel gegen die CSSR: „Hier hat doch sowieso der VfL Gummersbach gegen Dukla Prag gespielt." Erst vor wenigen Wochen waren die beiden Mannschaften im Viertelfinale des Europapokals aufeinandergetroffen, und Gummersbach gewann auch damals. Andreas Thiel, Frank Dammann, Heiner Brand, Erhard Wunderlich, Claus Fey oder Thomas Krokowski – ihr erster Weg führte sie nach dem Spiel zu dem 62 Jahre alten, grauhaarigen Eugen Haas, der Hof hielt. Aus Gummersbach waren auch die Eltern von Heiner Brand angereist. Und als der Ordner Vater „Sherry" Brand nicht zu den Kabinen lassen wollte, sagte er ganz würdevoll: „Ich will zum Kapitän der deutschen Nationalmannschaft." Das beeindruckte, der Vater durfte zu seinem Sohn.

Wahrscheinlich war das der große Fehler von Vlado Stenzel, daß er den VfL Gummersbach nicht so hofiert hat, wie es heute Simon Schobel tut. Denn auch das wurde in Nijmegen deutlich: Die Gummersbacher machen es schon, sie werden die Sache schon schaukeln. Angefangen von Torwart Andreas Thiel, der 20 Bälle abwehrte und dem Schobel das Prädikat Weltklasse zubilligte, über Heiner Brand, den Abwehrchef.

Petre Ivanescu: „Er ist heute abend von Nijmegen nach Gummersbach und zurück gelaufen." Und das hört bei Erhard Wunderlich auf, mit acht Treffern (schon selbstverständlich) erfolgreichster deutscher Werfer. Auch wenn er nicht seinen besten Tag erwischt hatte, so schoß er doch immer die entscheidenden Tore.

Simon Schobel wäre schlecht beraten, wenn er auf diese Bank nicht setzen würde, die VfL Gummersbach heißt . . .

Tabellen und der Spielplan

Gruppe A

Ungarn – Schweden	26:19
Israel – Bulgarien	24:23

1. Ungarn	3	3	0	0	79:47	6:0
2. Schweden	3	2	0	1	74:63	4:2
3. Israel	3	1	0	2	58:79	2:4
4. Bulgarien	3	0	0	3	54:76	0:6

Gruppe B

Frankreich – Holland	19:19
Deutschland – CSSR	17:16

1. Deutschland	3	3	0	0	58:44	6:0
2. CSSR	3	2	0	1	65:46	4:2
3. Frankreich	3	0	1	2	58:66	1:5
4. Holland	3	0	1	2	37:62	1:5

Gruppe C

Island – Belgien	23:20
Schweiz – Spanien	23:20

1. Spanien	3	2	0	1	65:44	4:2
2. Schweiz	3	2	0	1	64:60	4:2
3. Island	3	2	0	1	58:58	4:2
4. Belgien	3	0	0	3	44:69	0:6

● Ungarn, Schweden, Deutschland, die CSSR, Spanien und die Schweiz haben sich für die Hauptrunde qualifiziert. Jedes Team bestreitet jetzt noch vier Spiele, das Ergebnis gegen den Gruppengegner zählt auch in der Hauptrunde. Die beiden ersten Teams der Abschlußtabelle sind für das olympische Turnier qualifiziert.

Der Spielplan: Heute: Ungarn – CSSR (Haarlem/20.45 Uhr), Schweden – Spanien (Schiedam/19.00), Deutschland – Schweiz (Doetinchem/20.45). – **Morgen:** Ungarn – Spanien (Voorburg/20.45), CSSR – Schweiz (Alkmaar/19.00), Deutschland – Schweden (Apeldoorn/20.45). – **Samstag:** Deutschland – Spanien (Rotterdam/19.00), Ungarn – Schweiz (Enschede/20.45), Schweden – CSSR (Utrecht/19.00). – **Sonntag:** Ungarn – Deutschland (Amsterdam/14.00), CSSR – Spanien (Arnheim/13.45), Schweden – Schweiz (Zwolle/13.45).

Prof. Walter Bruch, Erfinder des PAL-Farbfernsehsystems, wird heute 75

Bekannt wie ein bunter Hund

Normalbürger, wissen die Schlafforscher, träumen überwiegend schwarzweiß. Professor Walter Bruch träumt vorzugsweise in Rot. Wen wundert's? Walter Bruch hat die Farben auf Deutschlands Fernsehschirme gezaubert, hat das TV bunter und natürlicher gemacht. Sein PAL-Farbfernsehsystem genießt weltweit den Ruf höchster Qualität. Er selbst, seiner stattlichen Erscheinung wegen von Freunden gern „Palstaff" genannt, steht international als Wissenschaftler und Ingenieur in höchstem Ansehen. Heute wird Professor Dr.-Ing. E. h. Walter Bruch, hochdekoriert und seit 1973 im Ruhestand, 75 Jahre alt.

Die Farbe hat ihn bekanntgemacht wie einen bunten Hund. Sie stand gleichsam am Ende seiner Karriere. Am Anfang, Ende der zwanziger Jahre, stand die Neugier. Als junger Student schon begann er sich experimentell mit der Fernsehtechnik zu beschäftigen. Im Berlin der frühen dreißiger Jahre war er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Manfred von Ardenne. Bei dem ungarischen Erfinder Dénes von Mihaly konnte er seine Erkenntnisse anwenden und erweitern.

Richtig in die Startlöcher ging Bruch bei den Olympischen Spielen von 1936. Ein Jahr vorher war er Mitarbeiter der Telefunken-Gesellschaft geworden. Jetzt stand er als „Operateur" an der von ihm selbst mitentwickelten Ikonoskop-Kamera. Das noch sehr grobe Bild, man arbeitete mit nur 180 Zeilen, erschien „live" auf 28 Schirmen: Das Fernsehen war geboren.

Kein Ingenieur gibt sich auf Dauer zufrieden mit dem Geschaffenen. Bruch schon gar nicht. Ein Jahr später übertrug er auf der Pariser Weltausstellung vom hohen deutschen Pavillon aus das Panorama des Ausstellungsgeländes. Mit immerhin schon 375 Zeilen flimmerten die ersten Interviews über die wenigen Bildschirme. Und im Herbst 1938 – nun schon mit 441 Bildzeilen – wurde im Berliner Deutschlandhaus das erste vollelektronische Fernsehstudio eröffnet. Entwicklung, Planung und Bau oblagen Bruch.

Der Zweite Weltkrieg. Auf Walter Bruchs deutlich zutage getretene



Von seinen Freunden gern „Palstaff" genannt: Prof. Walter Bruch FOTO: DPA/WERNER BAUM

Extraklasse mochte auch die nationalsozialistische Führungsclique nicht verzichten. Während des Krieges gehörte der gerade dreißigjährige Ingenieur zu den wenigen Zivilisten am Raketenversuchsgelände Peenemünde: Hier entwickelte er eine schon damals so genannte Kabelfernsehanlage zur Beobachtung des Startablaufs der „Vergeltungswaffen" V 1 und V 2.

Der Krieg bedeutete für Walter Bruch keine Unterbrechung seiner fernsehtechnischen Forschungen. Und schon gleich nach Kriegsende formulierte er gemeinsam mit einem sowjetischen Techniker im Berliner Werk Oberschöneweide die 625-Zeilen-Fernsehform, die bis heute für PAL gültig ist.

Nach einer kurzen Episode als selbständiger Ingenieur kehrte Bruch 1950 zu Telefunken zurück. Er baute zunächst Fernsehgeräte und befaßte sich zunehmend auch mit der physikalischen Grundlagenforschung. Dann nahm ihn, Ende der 50er Jahre, voll die Entwicklung „seines" Farbfernsehens in Anspruch. Heraus kam PAL. Aus dem Vergleich der bereits vorhandenen Systeme NTSC in den USA und dem französischen SECAM entstand sein Verfahren zur Beseitigung der Farbschwankungen, die bei der Übertragung vom Sender zum Empfänger entstehen.

PAL heißt Phase Alternative Line, zu deutsch: zeilenweise Phasenwechsel. Und der sorgt auf genial einfache Weise dafür, daß die deutschen Farben stabil bleiben. Die Farbsignale werden von Zeile zu Zeile wechselnd so übertragen, daß sich eventuelle Schwankungen bei einer Zeile in Richtung Rot, bei der nächsten Zeile in Richtung Blau auswirken. Der Empfänger ermittelt aus der Rot-Blau-Divergenz zweier aufeinanderfolgender Zeilen den tatsächlichen Übertragungs- oder „Phasen"-Fehler und kompensiert ihn dann automatisch. Kurz: Der Wechsel der Phasen verhindert den Wechsel der Farben. Die bonbonbunt changierende Farbschauerlichkeit amerikanischer TV-Schirme blieb uns und inzwischen rund 60 anderen PAL-Ländern – darunter Indien und die Volksrepublik China – von Anfang an erspart – dank Bruch . . .

KLAUS BRUNS

KRITIK

Sammelsurium von Mini-Tragödien

Wie aus armseligen Bergbauerndörfern florierende Wintersportorte wurden, die Geschichte eines sagenhaften Aufstiegs, den ein kräftiges, kluges Volk in den Bergen der Pracht des weißen Elements und der traumhaften Landschaft verdankt – das mag schon Stoff für dicke Dokumentationsschinken und Romanwälzer hergeben. Und wer all dies, wie es eine einprägsame Dramaturgie verlangt, fürs Fernsehen an Familienschicksalen festmachen möchte, der hat verteufelt achtzugeben, daß er den roten Faden durch all die vier bis fünf Generationen hindurch in Händen behält. Besonders schwierig wird das dann, wenn der jeweilige Beitrag nur eine Stunde mißt und zwischen der Ausstrahlung der einzelnen Folgen eine ganze Woche liegt.

Damit nämlich hatte **„Die fünfte Jahreszeit"** (ARD) zu kämpfen. Kein Wunder und keine künstlerische Katastrophe also, wenn auch Felix Mitterer dieses Meisterstück, das da dem Autor abverlangt wurde, nicht geglückt ist. Die Geschichte wurde mitnichten zur Saga, vielmehr zu einem Sammelsurium abgehackter Mini-Tragödien, und wer nebenbei auch gerne etwas über die Entwicklung des Skilaufs erfahren hätte, wie es die stürmisch vorausgeeilte TV-Reklame verheißen hatte, der wartete neun Folgen lang umsonst.

Zudem war das alles noch mit einer Reihe saftiger Schlampereien garniert – so parlierten die Darsteller in den unterschiedlichsten Mundarten – und mit einer beachtlichen Anmaßung: Ein Journalist aus nördlichen Flachlandgauen hatte die Bauernburschen seinerzeit erst auf die Idee gebracht, sich Bretter an die Haxen zu schnallen. Und ebenso ist es wieder die Urenkelin dieses „preußischen" Lehrmeisters begriffsstutziger Gebirgler, gleichfalls wieder Journalistin, die die Tiroler in ihrem wirtschaftlichen Expansionsdrang auf Kosten der eigenen Natur und Tradition zu bremsen sucht.

Vielleicht aber hätten die erste Folge, die in der Erfassung des bergbäuerlichen Elends dem kritischen Alpenfilm eines Peter Turrini noch einigermaßen gelungen, stellenweise ergreifend nacheiferte, und der letzte Beitrag, der das Alpendorf im Zwielicht gewonnener Blüte und weitgehend verlorener Ursprünglichkeit zeigt, ganz einfach in kürzerem Zeitabstand aneinandergereiht werden sollen. Dann hätten sich die Filmer nicht nur sieben wirre Folgen erspart – sie wären mit diesem scharfen Kontrast ihrem Ziel vielleicht näher gekommen, den Fremdenverkehrsplanern des „Immer-noch-mehr" ein mäßigendes „Stopp" zuzurufen.

HERMANN A. GRIESSER

FUSSBALL / Heute Europacup-Viertelfinale HSV – Kiew im Fernsehen

Hoeneß spricht vom „wichtigsten Spiel des Vereins"

sid/dpa, **Bonn**

Für Uli Hoeneß, Manager des FC Bayern München, findet heute „das vielleicht wichtigste Spiel der Vereinsgeschichte statt". Hoeneß: „Kommen wir eine Runde weiter, ist das Halbfinale ausverkauft. Damit schaffen wir Reserven für die Investitionen der nächsten Saison." So wie die Bayern denken auch die Verantwortlichen des Hamburger SV und des 1. FC Kaiserslautern vor den heutigen Hinspielen im Fußball-Europapokal. Damit gegen den FC Aberdeen nichts schiefgeht, will der noch nicht ganz gesunde Paul Breitner auf jeden Fall spielen.

Die Millionen aus dem Europacup braucht auch der Hamburger SV. Vor dem Spiel (im ZDF ab 15.55) in Tiflis gegen Dynamo Kiew sagt Manager Günter Netzer: „Wir müssen alle Kräfte mobilisieren. Das Spiel wird so schwer, als wenn es gegen Bayern München ginge."

Einen Gegner, der sportlich stark, aber dennoch nicht attraktiv ist, bekam der 1. FC Kaiserslautern mit Universitatea Craiova zugelost. Vize-Präsident Rainer Pochert erwartet deshalb heute auch nur einen schwachen Besuch von 25 000 Zuschauern.

Stielike gegen Müller – kein Gruß, kein Blick . . .

MARTIN HÄGELE, **Mailand**

„Verdammt wichtig, ja verdammt wichtig ist dieses Spiel", sagt Hansi Müller. Ganz Europa richtet die Antennen heute abend nach Mailand. Inter gegen Real Madrid im Cup der Pokalsieger. Sechsmal hat Real den Europapokal der Landesmeister gewonnen, 1964 und 65 ließen sich die Stars von Inter als Fußball-Könige des Kontinents feiern.

Die Legenden, die alten Zeiten, kehren wieder. Italiens Zeitungen lassen die Großen von damals noch einmal hochleben. Inter gegen Real, das ist schon deshalb ein europäischer Gipfel, weil die Namen der ehemaligen Stars, die Farben der Trikots – Blau-Schwarz und Weiß – genügen. Da stört es kaum, daß das Ruhmeskleid ein paar Falten gekriegt hat.

Die Hauptrolle in diesem Schaustück spielen zwei deutsche Nationalspieler. Hansi Müller (25) aus Stuttgart und Uli Stielike (29) aus dem badischen Dorf Ketsch. Bei der Weltmeisterschaft in Spanien teilten die beiden das Zimmer. Viel mehr an Gemeinsamkeit gibt es zwischen beiden nicht. „Der Uli ist ein ganz anderer Typ als ich, ruhig, er liest viel. Man kommt mit ihm nicht so schnell ins Gespräch", sagt Müller über Stielike. Nein, Krach mit Hansi habe er nicht, sagt Stielike.

Heute abend wird Uli Stielike den Zimmerkameraden von der Weltmeisterschaft nicht begrüßen. Zumindest nicht vor dem Spiel. Stielike wird ins San-Siro-Stadion laufen, und wenn ihm Hansi begegnet, wird der glauben, er starre einer Maske in die kalten Augen. Bei Stielike hat sich diese Art des Abstandes zum Gegner schon fast zu einer Kulthandlung entwickelt. Bernd Schuster vom CF Barcelona hat er mit dieser Psycho-Masche geschockt. Zu seinem Freund Rainer Bonhof (einst in Valencia), mit dem er in Mönchengladbach zusammen spielte, sagte er erst nach dem Schlußpfiff „Guten Tag", wenn sich in spanischen Arenen die Wege der beiden deutschen Legionäre kreuzten. Das sei keine böse Tour von ihm, meint Stielike, „aber ich muß mich konzentrieren vor dem Spiel".

Früher, so Hansi Müller, sei er ähnlich verfahren, wenn er gegen einen Kollegen aus der Nationalmannschaft habe antreten müssen, „aber heute ändert es an meiner Vorbereitung auf ein Spiel nichts, wenn ich mit einem vorher ein paar Takte rede". Er wird dieses Duell auf Distanz annehmen, obwohl er die schlechteren Karten auf der Hand hat. „Uli ist seit sechs Jahren im Ausland, er ist die entscheidende Figur bei Real, unser Manager Mazzola schwärmt von ihm, hält ihn für einen Supermann", sagt Müller.

Müller grübelt vor dem Spiel: Es müsse verdammt gut laufen bei ihm, wenn er diesen Vergleich mit Stielike unentschieden gestalten sollte. „In vierzehn Tagen beim Rückspiel, vielleicht habe ich da bessere Chancen."

Wenn er über das große Spiel spricht, kommt ihm das Wort „verdammt" häufig über die Lippen. Verdammt wichtig, es müßte verdammt gut laufen. Die Tifosi könnten ihn ja schließlich auch verdammen. Sie werden ihn an Stielike messen. Auf jeder Seite der Waage pendelt ein deutscher Star.

Und nach den Spielen mit Real werden die Italiener ihren Spruch fällen über Müller. Er weiß, daß seine Probezeit in Mailand vorbei ist. Er ist gewarnt durch das Beispiel des Österreichers Herbert Prohaska, der bei Inter im letzten Jahr für ihn Platz machen mußte.

Müller zeigt trotzdem Zuversicht. Das verletzte Knie sei endgültig gesund. Die Zerrung, die ihn zuletzt zum Zuschauen zwang, sei auskuriert. Und sein Umfeld, er hat zusammen mit seiner Freundin Claudia eine Wohnung, stimme jetzt auch. „Ich hatte doch kein Daheim. Leb' doch mal fünf Monate ohne Freundin und nur im Hotel und aus dem Koffer. Das ist nicht gut für die Form eines Profis."

Wenn es ihm am dreckigsten ging in dieser Zeit, hat er sich mit Kevin Keegan gut gemacht. Den hatte der Hamburger SV einst auch wegen Anpassungsschwierigkeiten verhökern wollen. Ein Jahr darauf war der kleine Engländer Europas Fußballer des Jahres. Der Stuttgarter hat noch ein Beispiel, wie der eigenen Moral wieder auf die Beine geholfen werden kann: Den aktuellen Fall Felix Magath.

„Komisch", sagt Müller, „den Felix hat man erst aus der Nationalmannschaft rausgedrängt, und jetzt soll er der große Retter sein. Jeder klopft ihm auf die Schultern." Für Müller ist die Nationalelf im Moment zweitrangig. „Wenn ich in Mailand richtig Fuß gefaßt habe, kommt alles andere von alleine. Und wenn ich in Form bin, habe ich keine Bedenken, egal in welcher Aufstellung dort gespielt wird."

Saudis schlugen zu

Abu Dhabi (dpa) – Der belgische Schiedsrichter Alexis Ponnet wurde in Abu Dhabi beim Fußballspiel zwischen de Militär-Mannschaften von Kuwait und Saudi-Arabien von Jamal Farhan (Saudi-Arabien) mit einem Fausthieb niedergeschlagen. Er hatte einen Saudi des Feldes verwiesen. Das Spiel wurde beim Stande von 2:1 für Kuwait abgebrochen.

Gregor Braun führt

Siniscola (dpa) – Gregor Braun (Neustadt) übernahm mit einem dritten Platz auf der dritten Etappe der Sardinien-Rundfahrt für Radprofis die Führung in der Gesamtwertung.

Eine Begegnung mehr

Hamburg (dpa) – Die Termine im deutsch-deutschen Sport-Kalender haben sich um eine Begegnung (jetzt 79) erweitert. Zusätzlich aufgenommen wurde vom Deutschen Sportbund (DSB) und vom Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) der „DDR" der Grand Prix der Trap- und Skeetschützen im Juni in Suhl.

Fußball: Erneute Absage

Düsseldorf (sid) – Das für gestern angesetzte Nachholspiel der Fußball-Bundesliga zwischen dem VfL Bochum und Bayer Leverkusen mußte wegen Unbespielbarkeit des Platzes im Bochumer Ruhrstadion erneut abgesagt werden.

McLaren testet Turbo

London (sid) – Nach Angaben von Direktor Ron Denis wird der englische Formel-I-Rennstall McLaren den neuentwickelten Turbo-Motor von Porsche erstmals im April testen. Der Einsatz bei Rennen ist voraussichtlich für Juni geplant, allerdings nur für den Wagen von Ex-Weltmeister Nicki Lauda.

Epples fielen zurück

Düsseldorf (sid) – Durch ihre bisherigen Renn-Ergebnisse haben Maria und Irene Epple (Seeg) in der neuesten Riesenslalom-Rangliste des Internationalen Ski-Verbandes (FIS) jeweils zwei Plätze verloren. Irene ist Dritte, Maria Vierte. Vize-Weltmeisterin Christa Kinshofer (Miesbach) fiel im Slalom und im Riesenslalom aus der zweiten Startgruppe (bis Platz 30) heraus.

Nur ein Neuling

München (dpa) – Thomas Gandorfer (Landshut) ist einziger Neuling im vorläufigen, 30 Spieler umfassenden Aufgebot von Bundestrainer Xaver Unsinn für die Eishockey-Weltmeisterschaft vom 16. April bis 2. Mai in der Bundesrepublik.

Willi Schwarz gestorben

Düsseldorf (sid) – Das Ehrenmitglied des Landes-Sportbundes (LSB) Nordrhein-Westfalen, Willi Schwarz, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Der frühere Vize-Präsident des LSB (1957–1975) hatte an der Seite von Carl Diem entscheidenden Anteil am Aufbau der Deutschen Sporthochschule in Köln.

STAND PUNKT / *Denkt wirklich keiner „Wir"?*

Eine Kölner Zeitung hat Torwart Harald Schumacher zur Misere der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zitiert. Mag sein, daß dieses Zitat aus irgendeinem Zusammenhang gerissen wurde, vielleicht hat es der Nationaltorwart auch gar nicht so gemeint, wie es dennoch gedeutet werden muß. Es ist nämlich symptomatisch für die derzeitige Situation und führt schnurstracks zu den Hintergründen einer Krise, die sich beileibe nicht nur in personellen und taktischen Diskussionen erschöpft.

Harald Schumacher, so stand also zu lesen, sagte über die Position des Bundestrainers Jupp Derwall: „Wenn er die nächsten drei Spiele nicht gewinnt, dann ist er wohl weg."

Worte sind immer Spiegelbild der Gedanken. Diese hier lassen erkennen, daß die Kategorie „wir" in den Köpfen der Nationalspieler verkümmert. Was vordergründig so klingt, als wollte Schumacher in den nächsten drei Spielen gar nicht mitmachen, oder als müsse Jupp Derwall alleine antreten, scheint Allgemeingut zu werden: Es gibt für jeden einzelnen nur das „ich" und den ausgestreckten Zeigefinger auf „den da". Das „wir", das zum Begriff Mannschaft gehört, bleibt auf der Strecke.

Es ist eben viel einfacher, schnell mal eine Abstimmung zu arrangieren und bei ihr dem Trainer mit 16:0 das Vertrauen auszusprechen, als gemeinsam auf dem Spielfeld zu handeln oder die Nationalmannschaft auch als gedankliche Einheit aufzufassen.

Hätte der Satz, mit dem Schumacher zitiert wurde, wenigstens gelautet: „Wenn wir die nächsten drei Spiele nicht gewinnen, dann ist Derwall wohl weg", hätte er gestimmt. Aber bei soviel Angst, „wir" zu denken und zu sagen, gibt es keine Erfolge.

que

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. Rang: 844 435,00, 2.: 38 888,00, 3.: 5958,00, 4. 120,70, 5. 9,70. – **Toto,** Elferwette: 1. Klasse: 66 523,70, 2.: 1583,80, 3.: 117,10. – Auswahlwette „6 aus 45": 1. Klasse: unbesetzt. Jackpot: 1 160 507,60, 2.: 10 596,50, 3.: 1170,10, 4.: 45,20, 5.: 5,80. – **Rennquintett: Pferdetoto:** Klasse 1: 763,70, 2: 503,70. – **Pferdelotto:** Klasse 1: 251,00, 2.: 8,80. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt. Jackpot: 862 885,20.

(Ohne Gewähr)





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
(*Nur über die Sender von HR, NDR, RB, SFB, WDR*)
10.00 heute
10.03 Den Hals in der Schlinge
US-Spielfilm (1951)
Regie: Raoul Walsh
11.30 Mosaik
12.00 Umschau
12.10 New York, New York
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Drachen und Tempelstörche
17.00 Deutsche Puppenbühnen
Rappel & Wegg / Lapislazuli
Dokumentarfilm von Rudolf Fischer
17.30 Wunder Wald (2)
Dokumentarfilm von Werner Trittmacher
Der zweite Teil beschreibt verschiedene Holzarten und ihre Verarbeitung – von der Eisenbahnschwelle bis zum Musikinstrument.
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl. Parteien zur Wahl
20.15 Car-napping
Film von Wigbert Wicker
Mit Bernd Stephan, Anny Duperey, Michel Galabru, Peter Kuhnert, Ivan Desny u. a.
Regie: Wigbert Wicker
Robert Mehring, ein einfallsreicher Designer, ist ohne Job und finanziell völlig abgebrannt, als ihm zwei Autoknacker an der französischen Riviera auch noch seinen Sportwagen stehlen. Als er ihnen die Beute wieder abjagen kann, überreden sie ihn, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.
21.45 Titel, Thesen, Temperamente
Kulturmagazin
22.30 Tagesthemen
23.00 Schaukasten
Bilder und Berichte vom Kino
Rückblick auf die 33. Internationalen Filmfestspiele Berlin und das 13. Internationale Forum des jungen Films
23.45 Tagesschau

ZDF

15.20 ZDF – Ihr Programm
15.25 Löwenzahn
15.55 Sport aktuell
Aus Tiflis:
Fußball-Europapokal der Landesmeister
Dynamo Kiew – Hamburger SV
In der Pause: ca. 16.45 heute
17.53 Rauchende Colts
Der Glücksbaum (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Der Glücksbaum (Teil 2)
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
Anschl. Parteien zu Wahl
19.30 Spielregeln
Jugend contra Justiz
Gestank macht krank
Der Filmteil zeigt Jörg und Peter, zwei Auszubildende. Der tägliche Umgang mit Chemikalien verursacht besonders bei Peter häufig Übelkeit und Brechreiz. Peter will seine Ausbildung abbrechen, sein Freund Jörg will das Problem anders lösen.
20.15 Bilanz
Benzin bald wieder eine Mark? / Heizöl nur noch 50 Pfennig? / Schwarzarbeit – am Rande der Kriminalität? / Kürzere Arbeitszeit – früher in Rente – Verzicht auf Einkommen – wirksame Hilfe gegen Arbeitslosigkeit?
21.00 heute-journal
Anschl. Parteien zur Wahl
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Die Todesspur
22.10 Sport aktuell
Hallenhandball-WM
Finalrunde
Fußball-Europapokal
Viertelfinale, Hinspiele
23.55 heute



Bernd Stephan, Anny Duperey und Ivan Desny (v. l.) in der Gaunerkomödie „Car-napping", ARD, 20.15 Uhr FOTO: KOVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch 18
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Mit der Soul und Funky Music Band Eruption
21.45 Auslandsreporter
Volker Zielke: Neuseeland – Insel am Ende der Welt
22.15 Der kleine Soldat
Französ. Spielfilm (1960)
Mit Michel Subor, Anna Karina u. a.
Regie: Jean-Luc Godard
(Original mit dt. Untertiteln)
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Das Leben auf unserer Erde
Die Entwicklung vom Einzeller zum Menschen (8)
19.15 Arbeiterbewegung – Arbeiterkultur
Wir machen unsere Filme selbst
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik aktuell
22.05 Der Film-Club: W. C. Fields (6)
Mississippi
US-Spielfilm (1935)
Regie: A. Edward Sutherland
(Mit dt. Untertiteln)
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
Die kleinen Räuber (1)
18.55 Cartesio
19.00 Textiles Gestalten (7)
19.30 Follow me (60)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.15 drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Club 2

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
19.00 Rock aus dem Alabama
19.50 Frau und Frau
Poln. Spielfilm (1979)
21.25 Autorenmagazin 6

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 Im Atelier – Die letzte Stelle der Ida D.
19.45 Joan und Harry (7)
20.30 Mickey McGuire
Serie mit Mickey Rooney
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Nächstes Jahr, selbe Zeit
US-Spielfilm (1978)
23.45 Rundschau
23.50 News of the Week

Ein Reim auf wrensch

P. J. – Nein, dieses Buch hätte nicht erscheinen dürfen. Gar zu viele Landsleute nehmen schon jetzt das Wort von den Deutschen als einem Volk der Dichter und Denker – zumindest dessen erste Hälfte – zu ernst und huldigen in Permanenz der Reimkunst und dem Verseschmieden. Verlagslektorate und Feuilleton-Redaktionen wissen ein garstig Lied davon zu singen. Ihnen blieb nur die Hoffnung, daß so mancher von dem dichterischen Tun zurückschreckte, weil er sich nicht den rechten Reim auf eine Sache machen konnte.

Damit ist es nun vorbei. Denn der Insel-Verlag hat ein „Allgemeines deutsches Reimlexikon" in zwei Taschenbuchbänden herausgebracht. Für 28 Mark findet der Reimbegierige da auf 1770 engbedruckten Seiten 300 000 Eintragungen vereint, ordentlich nach Wortausklängen von „A" (die Aa, Abluentia, in absentia usw.) bis „utztere" (vermutztere, benutztere, geputztere, verdutztere), nebst einem „Verzeichnis der deutschen Wörter und in der Conversation vorkommenden Fremdwörter, auf welche keine oder doch unreine Reime gefunden werden".

Die alte Schulweisheit, daß auf „Mensch" kein Vers zu finden sei, widerlegt das Buch eigensinnig. „wrensch" wird da angeboten (was immer das heißen mag, denn kein Wörterbuch verzeichnet es, weder der Urduden von 1880 noch das sechsbändige Duden-Wörterbuch hundert Jahre später), als auch mit Hilfe eines Apostroph reimgefügig gemacht „ardenn'sch, avicenn'sch, fescenn'sch, revenn'sch, sevenn'sch".

Zeigt uns das alles nur, daß uns der Wortschatz von 1826, als Herr Peregrinus Syntax dieses Werk zum ersten Mal vorlegte, fremd geworden ist? Oder sollten da „die etwanigen Druckfehler" im Spiel sein, die der Autor nicht ausschließt, „weil ihn die grosse Entfernung des Verlagsorts von der letzten Correctur ausgeschlossen hat"?

Aber wir wollen's ihm nicht nachtragen. Denn er gibt uns die Gewißheit, daß wir auf „des Gebleib's" auf „des Verbleibs, Gekleib's, Leibs, Zeitvertreibs" und „Weibs" reimen dürfen. Nicht ohne die energische Mahnung zum Schluß: „schreib's!"

„Mein Gedicht ist die Welt": 1000 Seiten Poesie

Frühling mit Fußangeln

Günter Eich schrieb Gedichte, um sich in der Wirklichkeit zu orientieren. Was tun wir? Wir lesen Sachbücher, aber erhalten nur Informationen, bestenfalls und stückweise. Wir hören Nachrichten. Und wissen Bescheid, glauben dies zumindest. Wir verfolgen die Kurse. Zahlen sind gewiß nützlich, aber sie helfen nicht.

Die Wirklichkeit ist unleserlich. Also muß sie beschrieben werden, zum Beispiel im Gedicht. Das Bedürfnis dafür ist groß. Lyrik hat derzeit Hochkonjunktur. Im Frühjahr schlägt das Barometer jeweils am heftigsten aus. 1400 junge Menschen von 14 bis 34 Jahren haben sich beworben, um zum sog. Literarischen März nach Darmstadt eingeladen zu werden, wo der Leonce-und-Lena-Preis vergeben wird. Allein 17 000 Gedichte waren von den Juroren zu bewältigen. Die Österreichische Gesellschaft für Literatur veranstaltet am 2. März in Wien einen „Tag der Lyrik". Und in der Schweiz hat man, nun schon zum fünften Mal, den „Tag der Poesie" ausgerufen. Er wird am 26. März abgehalten.

Wie zum Schauen und Lesen bestellt, kommen da zwei Bände mit insgesamt 1000 Seiten deutscher Gedichte gerade recht. Erschienen sind sie dieser Tage bei der Büchergilde Gutenberg, Frankfurt: „Mein Gedicht ist die Welt". Sie kosten 76 Mark (für Mitglieder der Buchgemeinschaft 64 Mark, Subskriptionspreis bis 31. März: 49 Mark).

Sie machen äußerlich einen guten Eindruck, sind typographisch ansprechend gearbeitet, mit Illustrationen von Günter Stiller dezent, aber geschmackvoll versehen. Die Herausgeber, Hans Bender und Wolfgang Weyrauch, bürgen mit ihrer Sachkenntnis als erfahrene Anthologisten und mit ihrer Autorität als Schriftsteller dafür, daß wir hier nicht mit dem soundsovielten Poesie-Album traktiert werden.

Es ist keine Anthologie gegen den Strich. Die Kostbarkeiten deutscher Lyrik seit 1780 sind gebührend vertreten. Aber es finden sich auch Gedichte mit allem „Pathos der Parteileidenschaft" (Gottfried Keller), donnernde Glaubensbekenntnisse, Dokumente der Zeitbezogenheit.

Es ist freilich nicht selbstverständlich, in einer Anthologie mit „deutschen Gedichten aus zwei Jahrhunderten" (so der Untertitel) eine Rubrik mit Gedichten ausländischer Autoren zu finden. Das war so nicht ausgemacht. Diese Art von freundlichem Etikettenschwindel läßt sich ja noch verschmerzen. Aber nicht hingenommen werden kann der mangelhafte Umgang mit Text und Anmerkungsapparat.

Stichproben bei den umfangreichen Quellenangaben offenbaren ein erschreckendes Defizit an Sorgfalt. Mal werden die Herausgeber von Werkausgaben genannt, mal nicht. Mal werden die Erscheinungsdaten mitgeteilt, mal nicht. Ein Quellenhinweis auf Peter Hille findet sich gleich gar nicht, obwohl er im Textteil mit drei Gedichten und einer poetologischen Äußerung vertreten ist.

Normalerweise dringt ein Anthologie-Leser selten bis zum bibliographischen Anhang vor. Er vertraut darauf, daß die Wiedergabe der Texte einwandfrei ist. Wenn aber schon die Quellenangaben voller Fehler und Inkonsequenzen stecken, regt sich der Verdacht, daß sich die Schluderei bis in den eigentlichen Textteil fortgesetzt hat.

Der Verdacht ist begründet. Ein Beispiel: Im Fall Georg Heym werden als Textgrundlage die „Dichtungen und Schriften" von 1964 genannt. In Wahrheit wird aber bei fünf von zehn Gedichten nach der Originalausgabe „Umbra vitae" von 1912 zitiert, die zum Teil erhebliche Unterschiede zur kritischen Gesamtausgabe aufweist. Das wird nicht erläutert, geschweige denn begründet. Offenbar war man aber nicht einmal in der Lage, von besagter Originalausgabe richtig abzuschreiben. Die Wiedergabe strotzt von Fehlern.

Nicht nur Dichter wie Günter Eich wollen sich orientieren, auch der Leser will das. Er hat zudem ein Recht darauf, verläßlich bedient zu werden. Statt dessen stolperte er in einen Poesie-Frühling voller Fußangeln. Und mit ihm die Büchergilde Gutenberg. Im kommenden Monat soll darüber verhandelt werden, ob der finanziell trittunsicher gewordene, gewerkschaftseigene Buchklub vom Holtzbrinck-Konzern vereinnahmt wird. Es muß sich dann erweisen, ob nicht nur die Lyrik, fast so unschuldig wie der März, auf der Strecke bleibt.

WOLFGANG MINATY

Burgtheater: A. Benning inszeniert Tschechow

Atmosphäre ohne Pause

Gestern ist mein Stück gespielt worden, meine Stimmung ist daher nicht gut", notierte Anton Tschechow nach der Uraufführung, beschwerte sich, daß sein „Kirschgarten" auf Programmen und Plakaten konsequent nicht als Komödie, sondern als Schauspiel bezeichnet würde, und scheute sich nicht, den berühmtesten aller damaligen Regisseure, Stanislawski, anzuklagen, die Dialoge zerdehnt und durch übermäßiges Ausspielen das Stück ruiniert zu haben.

Nun, man weiß es, der Autor steht im Bühnenleben an letzter Stelle, *der tote zumal*. Er wird von ehrgeizigen Regisseuren „wiederentdeckt", von „neuen Aspekten her" inszeniert, redigiert, zensuriert. So war man jetzt in Wien gespannt, was Achim Benning aus dem „Kirschgarten" machen würde, der Chef des Burgtheaters, der nach langer Zeit wieder einmal selbst ans Regiepult getreten war.

Ein überdimensionierter, grellroter Bühnenvorhang im Großen Haus am Ring ließ einiges befürchten. Aber schon nach den ersten Szenen wurde ein erfreulich präzises, klar durchdachtes Regiekonzept deutlich, das sehr wohl dem Dichter diente und auch die „Komödie" einbezog. Freilich hätte man das Stück lieber im intimeren Rahmen des Akademietheaters gesehen; im Großen Haus gingen schon einmal die berühmten Tschechowschen „Pausen" verloren, jene kostbaren Augenblicke, in denen Vergangenheit zur Gegenwart wird und Gegenwart in die Vergangenheit sinkt.

Doch blieb das Atmosphärische, das bei Tschechow so wichtig ist, stets erhalten. Großartig, wie Helmut Lohner mit sparsamsten Mitteln den Bruder der Ranjewskaja zeichnete, wie seine bloße Anwesenheit schon den unausweichlichen Untergang des Landadels ahnen ließ. Ihm zur Seite, und fast ebenbürtig, Erika Pluhar, als letzte einer langen Reihe von Gutsherrinnen, die durch kindliche Verschwendungssucht, unbekümmertes Genießen, zerstreut-liebenswürdige Großzügigkeit und totale Blindheit gegenüber dem sich langsam befreienden Bauernstand zum Ende der Feudalherrschaft beiträgt.

„Der Bauer gehört zum Herrn, der Herr zum Bauern" – das alte Wort gilt hier schon nicht mehr. Dennoch, als Tschechow den „Kirschgarten" schrieb, war die Anhänglichkeit des Bauern an die Herrschaft noch nicht erloschen. Ließe der Dichter sonst seinen Lopachin, der als Sohn eines Leibeigenen auf dem Gut geboren ist und es zum erfolgreichen Geschäftsmann gebracht hat, so sehr darum bemüht sein, der Herrschaft mit praktischen Sanierungsvorschlägen zu helfen? Er findet so wenig Gehör wie sein Dichter. Während das Gut zur Versteigerung gelangt, findet im Herrenhaus der letzte Ball statt.

Der in Wien neue Heinz Krähkamp fand sich glänzend in die schwierige Rolle des Lopachin hinein. Von gewohntem Format Josefine Platt, Maresa Hörbiger, Hilke Ruthner und der wunderbare Attila Hörbiger als greiser Diener, der weit über seine Rolle hinaus den Geist der alten Zeit verkörperte. Starker Beifall.

MARIA G. WICKENBURG

Pleite für Margarethe v. Trotta, Triumph für Mario Camus: Berliner Filmfestspiele gingen zu Ende

Die Erde ist so blau wie eine Orange

Was wäre ein internationales Filmfest ohne eine gehörige Portion Lokalpatriotismus? Venedig präsentiert Jahr für Jahr sein prallgefülltes venezianisches Schaufenster, Cannes zeigt – nicht uneitel – Frankreichs filmische Gloire vor, und Berlin ist eben doch auch stolz auf seine Berlinale. Margarethe von Trotta ist an der Spree zu Hause. Schon deshalb also war das 1200-Plätze-Kino im Zoo-Palast bis zum allerletzten Notsitz gefüllt, als ihr Film „Der helle Wahn" über die Leinwand lief. Es war ein Berliner Lokalereignis.

Und es *blieb* freilich auch ein Lokalereignis. Dieser Film wird außerhalb der Berlinale kaum ein Publikum finden. Er war ein satter Flop. Schon nach den ersten Szenen in einem schicken Landhaus in der Provence, wo Angela Winkler sich demonstrativ-lebensmüde einen Strick um den Hals legt und im Keller abwartet, bis Hanna Schygulla erscheint und ihn ihr wieder abnimmt, schwante dem Publikum nichts Gutes. Und das ganze Opus erwies sich dann in der Tat als so kläglich, daß selbst die weiblichen Fans der Expertin für Frauenfragen nur noch müdesten Pflichtbeifall zollten.

Der Film spielt, wie könnte es anders sein, im neudeutschen Intellektuellenmilieu. Hanna Schygulla als selbstbewußte Universitätsdozentin Olga, Frau eines Theaterregisseurs, lebt mit einem russischen Pianisten zusammen. Angela Winkler als kontaktscheue, labile Ruth, die mit einem „bekannten Friedensforscher" verheiratet ist, *kopiert im Museum die Werke großer Meister*, immer in Schwarzweiß. Zwischen den beiden so unterschiedlichen Frauen spinnt sich eine Freundschaft an, die ihre Männer (Peter Striebeck und Franz Buchrieser) vor Eifersucht schäumen läßt. Die Männer haben hier einen miserablen Part: Sie sind weinerliche, selbstgefällige Trottel, die ungeheure Besitzansprüche an die Frauen knüpfen. Aber die Frauen sind im Grunde nicht besser. Margarethe von Trottas Diskurs zum Thema Emanzipation ist in toto so plattfüßig wie der Vortrag, den Olga im Film vor einem angestrengt lauschenden Feministinnenkreis an der Universität Kairo hält. Eine Katastrophe für die Trotta und eine Katastrophe für die Berlinale!

Auch die übrigen deutschen Beiträge konnten nicht überzeugen. Bemerkenswert dagegen Xaver Schwarzenbergers Erstling „Der Stille Ozean" aus Österreich, der nach einem Roman von Gerhard Roth entstand. Der 37jährige Wiener Schwarzenberger war seit 1979 Fassbinders Kameramann. Sein schlichter, sorgfältig gemachter Schwarzweißfilm erzählt von einem Arzt (Hanno Pöschl), dem ein Kunstfehler unterlaufen ist und der dadurch schuldig wurde am Tod eines Menschen. Um wieder mit sich ins reine zu kommen, vergräbt er sich in einem gottverlassenen Dorf in der Steiermark. Die Dorfbewohner, abgearbeitet und vor der Zeit gealtert fast alle, kommen dem Fremden freundlich entgegen und verflechten ihn in ihr Leben. Der Film beschreibt minuziös den Alltag der Bauern, ihre Bräuche, ihre Aggressionen, ihre Schicksalsergebenheit und ihr Sterben. Er führt hinein in die große Stille, die über das Dorf fällt, wenn der Winter kommt. Viel Beifall für dieses Regiedebüt.

Um eine Identitätskrise geht es auch in Alain Tanners für die Schweiz startenden Film „In der weißen Stadt". Wieder einmal steigt jemand auf Zeit aus seinem gewöhnlichen Leben aus. Aber hier bleibt völlig unklar, warum der Schiffsmaschinist Paul sich in Lissabon von seiner Mannschaft absetzt und in einer schäbigen Absteige der Alfama einquartiert. Bruno Ganz versucht nach Kräften, einen Menschen zu zeigen, dem sich die Wirklichkeit verzerrt. Die verwackelten 8-mm-Streifen, die er von Lissabon und seiner neuen Flamme, dem Dienstmädchen Rosa, aufnimmt und seiner Frau in die Schweiz schickt, sind dafür freilich eine reichlich abgedroschene Metapher. Das Ganze wäre denn auch nichts als ein langweiliges Kammerspiel, gäbe es nicht die Traumkulisse von Lissabon, die immer wieder ins Bild rückt und die am allerschönsten ist, wenn der rote Mond mit den Lichtern der Hafenkneipen um die Wette leuchtet. Die gelungene Bildersprache machte Tanners Opus zu einem Geheimtip des Festivals.

Mehr noch gerieten die Cineasten über „Die schöne Gefangene" ins Schwärmen. Es ist ein Film von Alain Robbe-Grillet, dem einstigen Vater des „Nouveau Roman" in Frankreich. Der Titel spielt auf ein Gemälde des surrealistischen Malers René Magritte an, dessen Hauptelemente immer wieder vorkommen: halbgeöffnete rote Theatervorhänge, irgendwo am menschenleeren Strand wie zufällig aufgehängt; ein weiterer Blick auf die Brandung; im Vordergrund eine Staffelei, die Sand und Meer genauso zeigt, als sähe man sie durch den roten Samtvorhang hindurch. Auf dieser Bühne spielt sich das Schicksal eines Mannes namens Walter ab, der nicht ahnt, daß hier sein eigener Tod vorbereitet und zelebriert wird.

Walter steht einen ebenso schaurigen wie atemberaubenden Alptraum durch, in dem alle Schrekken und Hirngespinste seiner Kindheit wach werden. Doch suche man nicht nach logischen Zusammenhängen in dieser Geschichte, *in der – wie der Lyriker* Paul Eluard sagen würde – die Erde so blau wie eine Orange ist. Man genieße seine Schönheit, sein märchengleiches Gaukelspiel aus Licht und Farben, das der 75jährige Kameramann Henri Alekan geschaffen hat. Alekan hat einst mit Cocteau gearbeitet und unlängst den in Venedig preisgekrönten Wim-Wenders-Film „Der Stand der Dinge" fotografiert.



Errang den Goldenen Bären von Berlin: Szene aus dem Film „Der Bienenkorb" (Spanien) von Mario Camus FOTO: DIE WELT

Äußerster Gegensatz zu diesem raffiniert-nostalgischen Kunstfilm mit kriminalistischen Einlagen war der knallharte Polit-Thriller „Vorwärts, Brasilien!" von Roberto Farias aus Rio. Er spielt im Juni 1970 und ist eine dezidierte Anklage gegen Terror und Gewaltakte in jenem Land. Scheußliche Folterungen erschrecken in diesem Film, der vor allem wegen seines „politischen Anliegens" einigen Beifall fand.

Auch Jason Millers Erstling „Saison der Meister" (USA) überzeugte nicht durch filmische Qualitäten. Fünf scheinbar gestandene Mannsbilder erinnern sich des größten Tages in ihrem Leben. Einst waren sie die Basketball-Champions ihrer Highschool, heute sind sie – unter der Lupe betrachtet – schlimme Versager. Der New Yorker Dramatiker Miller hat sein 1970 am Broadway erfolgreiches Stück, das durch starke Dialoge brilliert, buchstabengetreu auf die Leinwand gebracht, hat ihm dabei jedoch keine Dimension hinzugewonnen. Eine überflüssige Verfilmung, trotz guter schauspielerischer Leistungen.

Ganz zum Schluß des Festivals haben aber noch die Spanier einen preisverdächtigen Knüller lanciert: „Der Bienenkorb" von Mario Camus, nach einem Roman von Camilo José Cela. Camus, Drehbuchschreiber von Carlos Saura („Los Golfos", „Weinen um einen Banditen"), führt ins winterliche Madrid des Jahres 1943. Er zeichnet eine pointierte Gesellschaftsstudie der spanischen Nachkriegszeit mit einer Unzahl präziser Charakterskizzen. Sechzig der besten spanischen Schauspieler hat Camus zu einem höchst komödiantischen Gruppenbild aufgeboten und hat jede einzelne Figur behutsam modelliert. Ein Film voll verhaltener Traurigkeit und ruppiger Zärtlichkeit, mit Witz, Sarkasmus und einem Schuß Frivolität.

Den Hintergrund der Geschichte bildet das verstaubte Literaten-Café „La Delicia", wo Poeten und Journalisten, Maler, wohlanständige Bürger und jede Menge armer *Teufel sich aufwärmen, stundenlang* debattieren und wenig verzehren. Ein Milchkaffee am Abend, zu mehr reicht es nicht. Dieser Film in den Farben und dem verblichenen Glanz alter Postkarten erhielt in Berlin mehrfachen Szenenapplaus und galt dem fachkundigen Publikum sofort als ganz großer „Bären"-Favorit.

DORIS BLUM

Sibirische Erdgasleitung steht im Mittelpunkt – Die 24. Nummer des Ost-West-Forums „Kontinent"

Eine Vokabel der Hilflosigkeit macht Karriere

Ich denke, daß eine neue Jugend immer aus Stalinisten besteht, weil sie wie früher an den Terror und an Lenin glaubt. Sie weiß nicht, daß sie als erste darunter leiden wird." Diese trostlose Bilanz zieht Nadeschda Mandelstam in einem Interview kurz vor ihrem Tode. Der Text, der – anders als ihre Memoiren – ein Bild der Hoffnungslosigkeit entstehen läßt, findet sich in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Kontinent".

Dieses „Ost-West-Forum" erscheint mit seiner 24. Ausgabe, die zugleich die erste Nummer des neuen Jahrgangs ist, mit neuem Gesicht in einem neuen Verlag. Nachdem sich die Form des Taschenbuch-Magazins (ohne Abonnement-Möglichkeit) nur unvollkommen bewährte, ist man jetzt zum Zeitschriftenformat zurückgekehrt. Zugleich wurde eine Gestaltung gewählt, die die Aufmerksamkeit neuer, nicht unbedingt nur an Ost-West-Fragen interessierter Leser wecken soll.

Hauptthema der jüngsten Ausgabe ist die sibirische Erdgasleitung. Es wird mit drei im Ansatz sehr unterschiedlichen Beiträgen eingekreist. Zuerst beschreibt Allan Kroncher, welche Schwierigkeiten die Sowjetunion mit diesem Projekt hat – und früher schon bei ähnlichen Projekten hatte. Daß sie aber der Hilfe aus den „kapitalistischen Staaten" – Kredite und Know-how – gewiß sein kann, obwohl dieses Geschäft alles andere als ein Geschäft zu werden verspricht.

Otto Luchterhandt steuert zu dem Thema eine juristische Untersuchung über den „Arbeitseinsatz der Politgefangenen im sowjetischen Strafvollzug" bei. Und Chronid Lubarsky ergänzt diese mehr theoretischen Betrachtungen durch einen Blick auf die Praxis, indem er Erfahrungen Strafgefangener, die beim Bau von Großbauten eingesetzt wurden, zusammenfaßt.

„Kontinent" beschränkt sich natürlich nicht auf die Sowjetunion. Auch den Ereignissen in Polen und ihren Hintergründen wird nachgegangen. So schildert Leopold Tyrmand in seinem geistreichen Essay „Zur polnischen Frage", wie eine Vokabel Karriere macht. Er definiert „Frage" als wortgewordenen Ausdruck politischer Hilflosigkeit, mit dem ein ungelöstes Problem mühsam drapiert wird – nicht unbedingt zum Nachteil des Problems „Polen". Anders als Nadeschda Mandelstam neigt Tyrmand nicht zur Resignation. Er hält sich an das trotzige „Bis zum nächsten Mal ..." mit dem sich polnische Arbeiter, die in Wajdas Film „Der Mann aus Eisen" von kommunistischen Schlägertrupps verprügelt wurden, verabschieden. Auch Tyrmand ist überzeugt: „Es wird in Osteuropa immer ein nächstes Mal geben, solange Lüge und Verfolgung das Leben der Menschen beherrschen."

„Kontinent" weiß, wie Stefan Kisielewski in seinem „ernstgemeinten Feuilleton" mit dem ironischen Titel „Sozialismus oder Wohlstand?" betont: „In der Geopolitik gibt es keine Wunder." Aber die Autoren dieser Zeitschrift, erfahren im Umgang mit dem „real existierenden Sozialismus", lassen sich davon nicht beeindrucken. Sie setzen auf einen Wandel durch Information als wirksames Gegenmittel gegen eine Annäherung durch Illusion.

PETER DITTMAR

„Kontinent" erscheint viermal jährlich im Buch Verlag (Un. – Au 41, 7123 Sachsenheim-Hohenhaslach); Einzelpreis: 10 Mark; Jahresabonnement: 36 Mark



Aus vielen Trümmern neu zusammengesetzt: Die Figur des Königs *Dhamar aus der römischen Zeit* Arabiens in Bonn FOTO: L. HOMEY

Nach der Restauration: Bonn zeigt die großen Königsfiguren Jemens

Jetzt hat Dhamar seine Nase wieder

Fast 1700 Jahre lang hatte König Dhamar-aliy Yuhabirr nicht einmal eine Nase. Die bronzene Kolossalfigur des Herrschers aus dem Jemen war, wie die seines Sohnes Tharan, bei Ausgrabungen in der Bergstadt Nakhlat al-Hamra gefunden worden – in völlig zertrümmertem Zustand. Denn im 7. Jahrhundert hatte der Islam auch im Gebiet des heutigen Jemen Einzug gehalten, und der duldete keine „Bilder".

Jetzt stehen Dhamar und Tharan, jeder rund 2,50 Meter groß, für kurze Zeit in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz in Bonn. – Die Ausstellung „Jemenitische Königsstatuen" ist sozusagen nach fünfjährigem Aufenthalt ihr Abschied aus Deutschland. Denn die Trümmer der Standbilder, gemeinsame Arbeit eines römischen Bildhauers namens Phokas und eines Jemeniten mit Namen Lahayamm, sind im Rahmen eines Kulturhilfe-Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Jemen 1977 zur Restaurierung und Konservierung in das Römisch-Germanische Zentralmuseum nach Mainz gekommen.

Hier stellte sich nach komplizierter Reinigung der Teile von vielhundertjähriger Patina heraus, daß an ein Zurechtbiegen des Metalls nicht zu denken war. Da die Standbilder mit großer Gewalt zerschlagen worden waren, wobei Dhamars Antlitz zu einem Loch mit einem Mund darunter wurde, konnte eine Rekonstruktion nur mit Hilfe von Kopien aus verformbarem Material gelingen. Also wurden mit drahtverstärkten Silikon-Kautschukformen Kunstharz-Wachs-Figuren gegossen, die die Basis für die nun vorhandenen Metall-Statuen bilden.

Der Reiz der Ausstellung liegt darin, daß der Besucher anhand der gereinigten Einzelteile in Vitrinen nachprüfen kann, wie genau die Rekonstruktion gelungen ist. Die Gesichter der Herrscher sind schon im Urbild so individuell, daß man annehmen kann, daß es sich um lebensechte Porträts handelt. Der Name des Phokas findet sich, wie damals üblich in griechischer Schrift, auf einem Bein. Die Herrscherstatuen werden genau in der Anordnung gezeigt, in der sie bald im jemenitischen Nationalmuseum von Sanaa zu sehen sein werden. Dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum, das für Wiederherstellungen mit modernen wissenschaftlichen Methoden internationale Anerkennung genießt, bleiben Abgüsse.

Diese ältesten bisher gefundenen südarabischen Königsstandbilder, die man bereits 1931 ausgrub, sind Zeugnisse für den Einfluß römischer Kultur weitab von den Reichsgrenzen auf der arabischen Halbinsel. Auf engstem Raum wird in Bonn versucht, diese Einbindung der Funde in die Geschichte der Zeit widerzuspiegeln.

Die Schau ist Eröffnung des „Rheinland-Pfalz-Programms 1983" des rheinland-pfälzischen Ministers für Bundesangelegenheiten, Johann Wilhelm Gaddum. Verdeutlicht werden sollen darin unter anderem landespolitische und landesgeschichtliche Daten. Im März folgt eine Ausstellung zum Luther-Jahr als Vorgriff auf die große Übersicht in Worms, die im Mai beginnt. Weitere Aktivitäten gelten dem Jubiläumsdatum „Karl Marx" und „2000 Jahre Trier". (Bis 9. März; Katalog: 10 Mark)

EBERHARD NITSCHKE

JOURNAL

Deutsche Musikverlage gehen in die Offensive

dpa, Hamburg

Die 1460 Musikverlage in der Bundesrepublik wollen mit einer Offensive auf Messen in New York, Chicago, Tokio und zahlreichen europäischen Ländern das deutsche Musikrepertoire populärer machen. Nach Angaben des Musikverleger-Verbandes sind im letzten Jahr bereits 22 000 deutsche Werke an ausländische Verlage vergeben worden. In die Bundesrepublik seien aber 54 000 Übernahmen von Werken gekommen. Der Importüberhang sei fast ausschließlich auf die Pop-Musik zurückzuführen. Der Verband forderte die Parteien auf, sofort nach den Bundestagswahlen das Urheberrecht so zu novellieren, daß das Fotokopieren von urheberrechtlich geschützten Werken kostenlos nicht mehr möglich sei. Die Notenumsätze seien durch das unerlaubte Kopieren drastisch gesunken.

Fünf Kandidaten für die Leitung der „documenta"

dpa, Kassel

Fünf Kandidaten sind von einer 30köpfigen Kommission in Kassel bei der Suche nach dem künstlerischen Leiter der „documenta 8" im Jahre 1987 in die engere Wahl gezogen worden. Es sind dies die Ausstellungsveranstalter Germano Celant (Genua), Wulf Herzogenrath (Kölnischer Kunstverein), Caspar König (München), Edi de Wilde (Städtisches Museum Amsterdam) und Armin Zweite (Städtische Galerie im Lenbachhaus München). Während sich vier Kandidaten schon für diese Aufgabe bereit halten, will sich Armin Zweite innerhalb von 14 Tagen zu dem Angebot äußern. Die Bewerber sollen bis Mitte Mai ihre Vorstellungen über die inhaltliche Gestaltung der nächsten „documenta" und ihre künstlerische Organisationsstruktur in Konzeptpapieren entwickeln.

Ein Reiseschriftsteller wird wiederentdeckt

SAD, New York

Ein in Deutschland vergessener Reiseschriftsteller des ausgehenden Mittelalters ist in Amerika wiederentdeckt worden: Arnold von Harff, der 1496 zu einer Reise aufbrach, die ihn in zwei Jahren durch den Balkan, den Nahen Osten, Italien, Frankreich und Spanien führte. Harff schrieb darüber ein Buch, das im 16. Jahrhundert sehr populär war, aber seitdem vergessen ist. Der Wiederentdecker von Arnold von Harff ist Peter Jorgensen, Germanistik-Professor an der University of Georgia. Jorgensen ist von Harffs spannender Reisebeschreibung so begeistert, daß er Harff durch Vorträge und die Veröffentlichung von Artikeln wieder populär machen will.

Harff interessierte sich nicht nur für Sitten und Gebräuche, sondern auch für technische Vorgänge. Er notierte, daß die Christen in Ägypten einen blauen Turban trugen, die Türken einen weißen, die Juden einen gelben. Über die Zuckerrohrernte in Ägypten notierte er, das Zuckerrohr werde in fingerlange Stücke geschnitten, in einer von Ochsen angetriebenen Mühle zerquetscht und der Saft zu einem Sirup eingekocht, den er „Zuckerbutter" nannte. Harffs Originalmanuskript ist verschollen, Jorgensen entdeckte eine handschriftliche Kopie in der Bodleian Library in Oxford.

Italiens Museen erhöhen ihr Eintrittsgeld

dpa, Rom

Der Besuch der Museen, Kunstgalerien und Ausgrabungsstätten in Italien wird teurer. Die Eintrittspreise, die jetzt meist bei tausend Lire (1,75 Mark) liegen, werden verdoppelt. Zugleich versprach das Kulturministerium in Rom, daß Italiens Museen künftig jeden Tag geöffnet sein sollen. Darüber hinaus sollen die wichtigsten Museen in den Sommermonaten bis 23.00 Uhr abends geöffnet bleiben.

Paul-Ehrlich-Preis an drei Immunologen

DW. Bonn

Die Immunologen Peter Ch. Dohorty, Michael Potter und Rolf M. Zinknagel wurden mit dem Paul-Ehrlich-Preis und dem Ludwig-Darmstädter-Preis ausgezeichnet. Während Doherty und Zinknagel untersuchten, wie das Abwehrsystem des menschlichen Körpers zwischen eigenen und fremden Substanzen unterscheiden kann, erhielt Potter die Auszeichnung für die Herstellung sogenannter monoklonaler Antikörper. Der Preis ist mit 80 000 Mark dotiert und gilt als die höchste deutsche Auszeichnung für Leistungen auf medizinisch-wissenschaftlichem Gebiet.

Viel Aufregung um einen Bühnenkuß

AFP, Johannesburg

Im Südafrika der Rassentrennung sorgt gegenwärtig ein Bühnenkuß für Aufregung. In dem Boulevard-Stück „Es ist ein Junge" fallen sich ein Farbiger und ein Weißer um den Hals und küssen sich. Die ursprüngliche Fassung – ein Kuß zwischen einem Schwarzen und einer Weißen – war von der Zensur als Verstoß gegen die „Immorality Act" verboten worden. Als der Autor Robert Kirby herausfand, daß die Verfasser der südafrikanischen Rassengesetze zwar Liebesbeziehungen zwischen Weißen und Farbigen verschiedenen Geschlechts verwehren, aber gleichgeschlechtliche Neigungen unerwähnt ließen, änderte er sein Stück entsprechend um.

Neues Hickhack um den Status Sadegh Tabatabais

Richter verliert Geduld mit dem Auswärtigen Amt

WILM HERLYN, Düsseldorf

„Wir wollen nicht ewig auf diesem Sumpf herumtrampeln und jetzt endlich eine klare Antwort des Auswärtigen Amtes erbeten", sich gestern Richter Otto Strauß gegenüber der WELT. Gerade hatte er die Hauptverhandlung gegen den Iraner Sadegh Tabatabai bis zum kommenden Mittwoch ausgesetzt. Der offensichtliche Grund seiner Entrüstung: Die Verteidigung des wegen Rauschgiftschmuggels angeklagten 39jährigen, der auf Immunität pocht und sich damit der deutschen Rechtsprechung entziehen will, zog überraschend ein Fernschreiben des iranischen Außenministers Akber Velayati an dessen Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher vom Vortrag hervor. Das Schreiben war Verteidiger Heinz Kroppen vom iranischen Botschafter in Bonn zur Verfügung gestellt worden. Das Auswärtige Amt hatte es dagegen nicht für notwendig befunden, Strauß vorab zu informieren. Damit nährte es Gerüchte, es wolle unter allen Umständen Tabatabai „loseisen".

Das Schreiben Velayatis ist in einem ungewöhnlich schroffen Ton gehalten. Darin beklagt er sich, sein Brief vom 31. Januar (übrigens mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt), in dem er recht vage seinem Landsmann eine „Sonderbotschaft in geheimer Mission" zuerkannt habe, sei „falsch interpretiert worden". Er wiederholte, der „Hohe Verteidigungsrat" habe sein Mitglied Tabatabai mit einer Sondermission „von höchster Geheimstufe" und Gesprächen „mit höchsten Autoritäten" beauftragt, „insbesondere mit Ihnen, Herr Kollege". Das ist bisher vom Auswärtigen Amt aber bestritten worden. Velayati fährt drohend fort: „Ich kann die Tatsache nicht verheimlichen, daß der Hohe Verteidigungsrat mit großer Sorge über die Vorfälle erfüllt ist."

Dieser Druck Teherans auf Bonn ließ Staatsanwalt Hans Hallmann in den Ruf ausbrechen: „Ich bin froh, daß wir hier deutsches und nicht iranisches Recht haben." – Nicht ohne Hintersinn, denn in Persien stellen die Mullahs Rauschgiftschmuggler ohne viel Federlesens vor Erschießungskommandos. So könnte Tabatabai von Glück sagen, vom deutschen Zoll gefaßt worden zu sein.

Aber auch bei diesem Überraschungscoup der Verteidiger bewies Otto Strauß Contenance. Er muß eine Verhandlung leiten, die streckenweise an Prozesse gegen Terroristen erinnert. Da zieht Verteidiger Kroppen, vom äußeren Erscheinungsbild dem früheren Chefankläger in Teheran, Khalkhali, nicht unähnlich, mit großer Geste die Robe aus und verläßt den Gerichtssaal („Es ist mir egal, was das kostet; wenn ich gehe, dann gehe ich."); oder da stellen die Anwälte Anträge zur Herstellung der Öffentlichkeit, obwohl der Gerichtssaal überfüllt ist. Strauß übt sich in Geduld bei den sich dahinschleppenden, im Kreise drehenden Begründungen zu Beweisanträgen. Nur ab und zu schießt ihm Adrenalinröte ins Gesicht, wenn sich Verteidiger, Staatsanwalt oder Publikum gar zu unbotmäßig aufführen. So großzügig er manchmal das Verfahren laufen läßt, so penibel verfolgt er die Einhaltung der Formalien.

Vor allem aber tragen die entscheidenden Fragen des Gerichts, mit denen die Aussetzung begründet wird, seine Handschrift. Hintersinnig erspart er dabei dem Auswärtigen Amt keineswegs eine „klare eindeutige" Stellungnahme, um die sich die Bonner Behörden zum Ärger des Gerichts bisher gedrückt haben.

Strauß will, bevor er den Prozeß fortsetzt, wissen:

● Wird Tabatabai „nunmehr als Sonderbotschafter Irans mit einer speziellen Aufgabe und mit Immunitätszusicherung ausgestattet"?

● Wird er auch „bei den zuständigen Bonner Regierungsstellen zur Durchführung dieser Aufgabe empfangen"?

Damit will Strauß offensichtlich verhindern, daß das Auswärtige Amt Tabatabai Sondererechte verleiht, um ihn alsbald als Persona non grata abzuschieben.

540 Pferde widerlegen in Essen das Wort von der Rezession

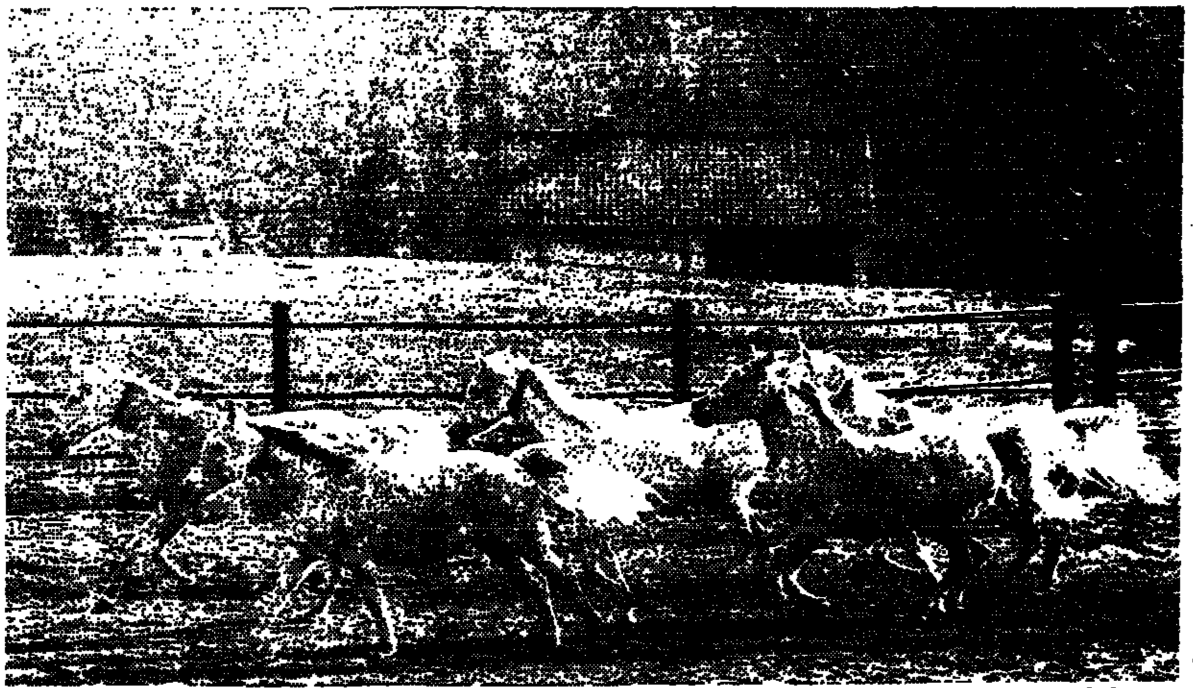
SIMONE GUSKI, Essen

Den Markt, die Pferde und die Industrie rund um das Pferd zu zeigen, das ist das Ziel der „Equitana", die heute in Essen eröffnet wird. Auf dieser größten Pferdemesse der Welt zeigen 20 Nationen bis zum 7. März 45 Pferderassen. 540 Pferde bevölkern die Messehallen, in denen sonst etwa schnelle Wagen und Mode gezeigt werden.

Da stehen die mächtigen Friesenpferde in den Boxen: schwarzglänzende Rappen mit schmalen Köpfen und dichten Mähnen und Behang an den Fesseln. Die Holländer haben für diese originellen Pferde einen Markt in Deutschland entdeckt, dessen offizielle Reitsport- und Zuchtverbände noch immer auf das normierte Einheitspferd setzen.

Gegenüber haben die Spanier ihre Pferde untergebracht. Nervige Andalusier mit runden Hälsen und schön gebogenen Nasen tänzeln in ihren Boxen. Auch hierzulande kaum bekannte Pferderassen werden ausgestellt. So die Achal-Tekkiner, russische Steppenpferde – hochbeinig, schmal und von vornehmer Reserviertheit.

Die amerikanischen und kanadischen Pferde bestechen durch eine außerordentliche Farbenvielfalt. Rotscheckige Appaloosas, cremegelbe Palominos werden mit viel amerikanischem Sinn für Showbusiness von jungen Damen im Westernstil vorgeritten. Überall stehen wuschelige Ponys herum. Noch im Winterfell, eher an kleine Bären erinnernd, die dunklen Pferdchen aus dem Dartmoor Englands. Mausgrau mit dunklen Zottelmähnen dösen in stoischer Ruhe die Islandponys. Die österreichischen Haflinger-Pferde, stets okkergelb und mit doppelten Mähnen bis über die Augen und kräftig wie Bauernpferdchen, werden vor allem die Freizeitreiter begeistern. Auf den großen Verkaufs- und Show-Vorführungen in der Halle zehn werden sie alle eine Woche lang den Pferdefreunden eine Augenweide sein.



Das Geschäft mit den Pferden steigerte sich laufend bis auf 4,2 Milliarden Mark im vergangenen Jahr

FOTO: JÖRG-PETER MAUCHER

Doch nicht nur eine Schau der Pferde ist die „Equitana". 800 Tierärzte treffen sich in Essen auf einem Kongreß. In einer Lehrschmiede kann man sich über den richtigen Beschlag der kostbaren Pferdehufe unterrichten. Es werden Vorträge über die richtige Ernährung von Zuchtstuten und Fohlen gehalten. Einblick in ihre Lehrgangsarbeit geben die Bundestrainer Harry Boldt (Dressur) und Hermann Schridde (Springen).

Den größten Raum in der Messe nehmen die Technik und der Markt für Pferdehalter ein. Da preist sich ein Unternehmen, erstmals eine aerodynamische Sattelkiste auf den Markt gebracht zu haben. Elektrostatisch aufgeladene Bandagen für Magnetfeldtherapie von Schwellungen an den Pferdebeinen werden entwickelt. Eine englische Firma hat ein neues Patent angemeldet: Statt Stroh oder Sägemehl in den Pferdeboxen empfiehlt sie die geschnipselte „Daily Mirror" oder „Times". Selbst die Pferde in den königlichen Ställen der Queen sollen auf einer so unterhaltsamen Streu gebettet sein. Ein Zertifikat der Queen beweist es.

Auch eine Modenschau darf nicht fehlen. Derartige Neuerungen zeugen nicht von einer Krise auf dem Markt, trotz Rezession. Die Ausgaben rund um das Pferd summieren sich zu einem Milliardengeschäft. 6120 Mark kostet ein Pferd durchschnittlich – zwischen 230 000 und 800 Mark. Viermal wechselt ein Pferd durchschnittlich seinen Besitzer. Diese Zahlen mögen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Markt in Deutschland zur Zeit für das normale Durchschnittspferd so übersättigt ist, daß Pferde teilweise zu Schlachtpreisen weggegeben werden und viele kleine Züchter es ganz aufgegeben haben zu züchten.

Dennoch, die „Equitana" beweist, daß das Interesse und die Begeisterung für das Pferd anhaltend groß ist und daß immer mehr Pferderassen bei uns heimisch werden.

Leben im All unter einem Panzer von Eis?

Nasa-Wissenschaftler überzeugt: Auf Jupiter-Mond „Europa" haben primitive Organismen durchaus eine Chance

dpa, Hamburg

Der mit einem dicken Eispanzer überzogene Jupiter-Mond „Europa" hat möglicherweise eine lebenserhaltende Umwelt. Wissenschaftler der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa meinen allerdings, daß dafür nur sehr primitive Lebensformen, wie sie beispielsweise auch unter den polaren Eiskappen unserer Erde zu beobachten sind, in Frage kommen.

Auf einer Tagung der amerikanischen Geophysikalischen Gesellschaft haben Nasa-Wissenschaftler darauf hingewiesen, daß der Jupiter-Trabant offenbar keine so ausgesprochen lebensfeindlichen Gebiete aufweist wie stellenweise Mars und Jupiter. Bei der Suche nach Voraussetzungen für Leben auf dem erdäußeren Nachbarplaneten Mars und auf dem Jupiter sind die Forscher enttäuscht worden, weil diese beiden Himmelskörper so aussichtslos für jede Form irdischen Lebens scheinen.

Steve Squyrer und Ray Reynolds vom Ames-Forschungszentrum der Nasa sind überzeugt, daß „einige der sehr niedrigen Lebensformen auf der Erde sozusagen transplantiert werden und gut in den vermuteten Ozeanen unter dem Eis des Jupiter-Mondes existieren könnten".

„Europa" ist einer der vier großen Jupiter-Satelliten, die zuerst von dem deutschen Astronomen Simon Marius aus Ansbach erahnt und am 8. Januar 1610 von dem italienischen Physiker und Astronomen Galileo Galilei als solche erkannt wurden. „Kallisto", „Ganymed", „Europa" und „Jo" sind deshalb auch als die Galileischen Monde in die Geschichte eingegangen.

Das erste sensationelle Nah-Porträt von „Europa", der nur etwas kleiner als der (schon ungewöhnlich große) Erdmond ist, zeichnete im Juli 1979 die amerikanische Raumsonde „Voyager 2". Die Bilder ließen „Europa" wie eine riesige weiße Billardkugel mit einem verwickelten Geflecht von Linien erscheinen, die bis heute nicht enträtselt werden konnten.

Von diesen Fotos, die Einzelheiten von nur wenigen Kilometern Ausdehnung erkennen lassen, und von einer Reihe von Messungen wird auf die Umwelt des Jupiter-Mondes geschlossen. Die Erkenntnisse sprechen nach Auffassung der Wissenschaftler dafür, daß „Europa" von einer fast fünf Kilometer dicken Eisschicht über 50 Kilometer tiefen Ozeanen bedeckt ist.

Die Forscher in den USA glauben, daß genug Sonnenlicht den Eismantel durchfluten kann, um solche Organismen am Leben zu erhalten, wie sie in den antarktischen Gewässern unter dem ewigen Eis entdeckt worden sind. Nach ihrer Ansicht werden die tiefen Gewässer durch radioaktiven Zerfall im felsigen Innern des Mondes wie durch Wärme aus den von der Jupiter-Gravitation herrührenden Gezeitenkräften und durch einfallendes Sonnenlicht daran gehindert einzufrieren.

Als völlig glatt erweist sich nach Auswertung der neuesten Nasa-Fotos die Oberfläche von „Europa", der mit seinem Durchmesser von 3100 Kilometern einen Abstand von 671 000 Kilometern vom Riesenplaneten Jupiter hält.

Die Bilder der „Voyager 2"-Kamera wurden damals von Bordcomputern entschlüsselt und über die Entfernung von einer halben Milliarde Kilometer hinweg zu einem Radioteleskop nach Australien gefunkt und in Kalifornien ausgewertet. Das Ergebnis: Phantastische Bilder und – vielleicht – Leben in einer neuen Welt, die den Namen der Alten Welt trägt.

RUDOLF MERGET

Schleudersitz rettete 5000. Piloten das Leben

SAD, London

Der in den vierziger Jahren von den Briten erfundene Schleudersitz hat jetzt dem 5000. Piloten das Leben gerettet. Bei dem „Jubilar" handelt es sich um einen Piloten der italienischen Luftwaffe, der sich von seinem Martin-Baker-Sitz aus seinem abstürzenden Starfighter katapultieren ließ und dann sicher am Fallschirm landete. Das heute in über fünfzig verschiedene Kampfflugzeuge eingebaute Sitzgestell mit Atmungs- und Rettungsvorrichtungen wurde entwickelt, weil Flugzeugbesatzungen im Notfall aus überschallschnellen Flugzeugen nicht einfach „hinausspringen" können. Der erste erfolgreiche Ausstieg per Schleudersitz gelang am 30. Mai 1949. Seitdem haben Piloten den Notknopf unter den extremsten Bedingungen betätigt: in Höhen von bis zu 17 000 Metern und unmittelbar vor dem Aufprall, bei Geschwindigkeiten von bis zu 1300 km/h und sogar unter Wasser.

Ehefrau außer Lebensgefahr

dpa, Fürth

Die bei einer Familientragödie durch einen Kopfschuß schwerverletzte Bezirksleiterin der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Nordbayern, Christel Beslmeisl, befindet sich auf dem Weg der Besserung. Der 44 Jahre alte Ehemann hatte seine Frau am Samstag mit einem Pistolenschuß verletzt. Bevor er sich selbst umbrachte, erschoß er noch seine Schwiegermutter. Der Mann soll sich durch die Tätigkeit seiner Frau „zurückgesetzt" gefühlt haben.

Raub mit Reagan-Maske

SAD, La Spezia

Eine Stunde vor Mitternacht drangen zwei wie US-Präsident Reagan und Italiens KP-Chef Berlinguer maskierte Männer in ein Restaurant in La Spezia ein. Nachdem sie die Gäste mit Songs und Witzen erfreut hatten, „sammelten" sie deren Börsen ein. Ihre Beute: etwa 2000 Mark.

Wieder Diphterieverdacht

dpa, Dortmund

Eine Sonderschule in Dortmund ist wegen des Verdachts auf Diphterieerkrankungen erneut geschlossen worden. Nach Angaben der Stadt war gestern eine Schülerin mit Diphterie-Symptomen in ein Krankenhaus gebracht worden. Die Schule war bereits im vergangenen Jahr wegen einer Serie von Diphterie-Erkrankungen vorübergehend geschlossen worden. Vier Menschen erlagen damals der Krankheit.

Schiffskatastrophe in China

AFP, Hongkong

Bei einem der schwersten Schiffsunglücke in China sind in der Nacht zum Dienstag aller Wahrscheinlichkeit nach weit mehr als 100 Menschen ertrunken. 140 werden noch vermißt. Das Unglück ereignete sich auf dem Perlfluß nahe Kanton, als das mit mindestens 200 Passagieren und 22 Besatzungsmitgliedern besetzte Ausflugsschiff „Roter Stern 312" bei orkanartigem Sturm sank. Zu den 76 Überlebenden gehört auch der Kapitän.

LEUTE HEUTE

Giscard erwägt Klage

Der frühere französische Präsident **Valéry Giscard d'Estaing** (57) erwägt eine Klage wegen britischer Pressemeldungen, wonach er in Paris mit einer Geliebten zusammenlebe und sich bald von seiner Frau **Anne-Aymone** scheiden lassen wolle. Da Giscard jetzt nicht mehr Präsident sei, sondern ein normaler Bürger, habe er die Angelegenheit seinen Anwälten übergeben. Giscard hatte als Präsident versprochen, sich gegen beleidigende Vorwürfe nicht gerichtlich zur Wehr zu setzen.

Blaues Auge

Prinzessin Diana (21) lief rot an. War es Verlegenheit oder Zorn? Thronfolger **Charles** (33) witzelte vor den Galagästen auf der 700 Jahre alten walisischen Burg Caerphilly, seine blaugeschlagenen Augen und seine zerschundene Nase hätten nichts mit schiefem Haussegen zu tun. Des Rätsels Lösung: Der Prinz hat schon wieder einen Reitunfall gebaut. Den siebten in zwei Jahren, auf einem Jagdausritt in der Nähe von Highgrove, dem Landsitz des künftigen Königs.

WETTER: Nachtfrost

Wetterlage: Die nach Mitteleuropa eingedrungene kalte Meeresluft gelangt von Norden her zunehmend unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Mittwoch:

Deutscher Wetterdienst
1. März 1983, nachm.

Nord- und Westdeutschland und Raum Berlin: Wechsel zwischen lockerer und starker Bewölkung. Niederschlagsfrei. Nachmittags um 3, nachts um minus 3 Grad. Auflebender Nordostwind.

Südwest- und Süddeutschland: Noch meist stark bewölkt, vereinzelt Schneefall. Nachmittags + 3, nachts minus 2 bis minus 5 Grad. Schwachwindig.

Wetere Aussichten:

Südlich der Donau noch zeitweise Schneefall, sonst sonnig und trocken. Leichter bis mäßiger Nachtfrost.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenh.	2°
Dresden	4°	Las Palmas	17°
Essen	2°	London	7°
Frankfurt	7°	Madrid	14°
Hamburg	3°	Mailand	2°
List/Sylt	3°	Mallorca	14°
München	4°	Moskau	–9°
Stuttgart	3°	Nizza	13°
Algier	18°	Oslo	0°
Amsterdam	5°	Paris	6°
Athen	14°	Prag	3°
Barcelona	14°	Rom	8°
Brüssel	5°	Stockholm	–3°
Budapest	5°	Tel Aviv	18°
Bukarest	4°	Tunis	16°
Helsinki	–8°	Wien	5°
Istanbul	11°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.04 Uhr, Untergang: 18.05 Uhr; **Mondaufgang:** 23.25 Uhr, Untergang: 9.08 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

36 000 „Patienten" auf einen Schlag geheilt

dpa, Warschau

Der polnische Wunderheiler Stanislaw Nardelli hat am Wochenende dreimal jeweils über 12 000 Menschen gleichzeitig „bioenergetisch aufgeladen" und von ihren Leiden zu heilen versucht. Wie die Zeitung „Kurier Polski" (Warschau) berichtete, habe Nardellis Therapie in der größten Sporthalle von Polen in Kattowitz (Katowice) jeweils drei Minuten gedauert. In einzelnen Fällen sei bei den Kranken Besserung eingetreten. Der Andrang zu der ungefähr 13 000 Menschen fassenden Halle war so stark, daß Nardelli die „Behandlung" dreimal durchführen mußte. Das Treffen mit insgesamt etwa 36 000 „Patienten" war der zahlenmäßig bisher größte Therapie-Versuch des in Polen bekannten Wunderheilers. Seine Praktiken sind zwar unter polnischen Ärzten sehr umstritten, aber Teilnehmer wollen eine eindeutige Verbesserung ihres Gesundheitszustandes bemerkt haben. Während eines solchen Treffens fassen sich alle „Patienten" bei den Händen und bilden eine sogenannte „bioenergetische Kette". Der Heiler selbst schließt den Kreis und übermittelt seine übernatürlichen Bioströme.

Mit 87 Jahren starb die ‚Erfinderin' der Côte d'Azur

SAD, Cannes

Florence Gould, die wahrscheinlich reichste Frau der Welt, ist tot. Die Multi-Milliardärin starb in ihrer 42-Zimmer-Villa in Cannes an der Côte d'Azur im Alter von 87 Jahren. Florence Gould, die Witwe des 1956 gestorbenen amerikanischen Eisenbahn-Magnaten Frank Jay Gould, galt als „Erfinder" der Côte d'Azur. Die Amerikanerin verliebte sich während ihrer Hochzeitsreise entlang des Mittelmeeres 1923 in das damalige Dörfchen Juan-les-Pins und bat ihren Mann, ihr hier eine Villa zu bauen. Der Milliardär ließ sich nicht lumpen und kaufte gleich einen riesigen Landbesitz, errichtete mehrere Hotels und verhalf so der Côte d'Azur zum „Snob-Appeal", den reiche Amerikaner damals in Europa suchten.

Florence Gould gab an der Côte d'Azur rauschende Feste, stiftete Kunstpreise und wurde deshalb zum Ehrenmitglied der französischen Kunstakademie ernannt.

In Paris hatte sie im Hotel „Meurice", in der auch Salavador Dali absteigt, so oft er Paris besucht, das ganze Jahr über eine Suite reserviert. Hier traf sich Dali häufig in aller Legalität mit der attraktiven Milliardärin.

An der Côte d'Azur lebte sie in ihrer Villa „El Patio", die nicht nur über jene erwähnten 42 Zimmer verfügt, sondern auch über einen eigenen Privathafen, über Tennisplätze, einen Swimmingpool und einen privaten Sandstrand.

Sechzehn Hausangestellte waren das ganze Jahr über fest angestellt, auch wenn die Milliardärin manchmal monatelang nicht erschien. Zusätzlich hatte Florence Gould zwei Privatdetektive, die Tag und Nacht die Villa von außen bewachten. Die Kunstschätze in „El Patio" sind sagenumwoben. Die Wände sind voll mit Gemälden von Toulouse-Lautrec, Gaugin, van Gogh, Corot, Sisley, Renoir und Pissaro. Zum selbstvergessenen Staunen aber kam man nie in dieser Villa, in der es ständig laut wie im Bahnhof zuging. „El Patio" liegt nur wenige Meter unter der Eisenbahnlinie Paris–Ventimiglia; vorbeirasende Schnellzüge verhindern oft minutenlang jedes Gespräch. „Ich will immer daran erinnert werden, woher mein Geld kam", sagte Florence Gould einmal zum Dichter André Gide, als er sich über den Lärm beklagte. Man schätzt, daß Florence Gould fünf Milliarden Dollar „schwer" war.

Schall und Rauch in den Bundestag

AP, Frankfurt

Eine fast komplette Fußball-Nationalmannschaft bewirbt sich am Sonntag um den Einzug in den 10. Deutschen Bundestag. Kleff, Junghans und Wimmer, Cullmann und Strack, Engels und Niedermeier sowie Nachtwei, Seel und Nickel streben alle ein Mandat im Bonner Parlament an. Echte Fußballer sind diese Kandidaten, zumindest hauptberuflich, nicht. Sie heißen nur zufällig genau so wie die prominenten Profi-Kicker. Ein bißchen Jonglieren mit den Kandidatennamen – bei allem Respekt vor den möglichen künftigen Volksvertretern – bringt wieder allerhand Kurioses zutage: da wollen nicht nur Schall und Rauch in den Bundestag, sondern auch Groß und Klein, Lang und Kurz, und nicht zuletzt Macht und Kraft. Unter den 2699 Kandidatinnen und Kandidaten ist die Literatur durch Thomas Mann vertreten, die Musik durch Bach, die Malerei durch Menzel. Bei den Farben führt Braun mit sieben klar vor Schwarz mit fünf und Weiß mit vier Nennungen. Außerdem kandidiert auch ein Grüner – allerdings nicht für die Grünen, sondern für die südwestdeutschen Liberalen.

ZU GUTER LETZT

Ein freudsche Fehlleistung erlaubte sich jetzt die britische Nachrichtenagentur Reuters, als sie aus einer Rede der britischen Königin in Los Angeles zitierte: „Selbst diese dynamischste unter den Kolonien hat sich nicht ganz immun gegenüber den Auswirkungen der Rezession gezeigt." Die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit 1776 unabhängig.

